

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

**1985 | 1**

1985

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18322>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1985 / 1, Jg. 11 (1985),  
Nr. 1. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18322>.

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -  
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/  
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz  
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

**Terms of use:**

This document is made available under a creative commons -  
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

# Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

11. Jahrgang Nr. 1 - Januar 1985

|                                                                                                                                                                                              |       |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-----|
| Nachrichten und Informationen:                                                                                                                                                               | Seite | 1   |
| 13. Doktoranden-Kolloquium 10.-12.Mai 1985<br>in Grünberg/Hessen - Festschrift Harald<br>Heckmann - DRA-Informationen - Ehrendoktor<br>Wilhelm Treue - Aus der Arbeit des Vorstandes         |       |     |
| Schwarzes Brett: Rundfunkgeschichte und<br>Archive - Dokumentation und Dramaturgie -<br>Viktor Ergert (1918-1984) - Unterhaltung in<br>der Geschichte - An die Redaktion der<br>MITTEILUNGEN | Seite | 6   |
| Fünfzehnte Jahrestagung, Berlin 27.-29.<br>September 1984                                                                                                                                    | Seite | 16  |
| Friedrich P. Kahlenberg: Aus der Be-<br>grüßungsansprache des Vorsitzenden                                                                                                                   |       |     |
| Pressestimmen                                                                                                                                                                                | Seite | 18  |
| Norbert Frei: Medienpolitik der Alliierten<br>nach dem Zweiten Weltkrieg - Die Situation<br>in den Besatzungszonen und in Berlin                                                             | Seite | 28  |
| Wolfgang Mittas: Rundfunk und Presse im<br>Wettbewerb - Die Berliner Situation während<br>der sechziger Jahre                                                                                | Seite | 42  |
| Gerhard Naeher: Motive und Perspektiven des<br>Presse-Fernsehens                                                                                                                             | Seite | 50  |
| Peter Leudts: Zur Mediengeschichte Berlins<br>1945-1955 - Ein Literaturüberblick und Hin-<br>weise auf Quellen (Teil II)                                                                     | Seite | 59  |
| Hanno Hardt: Rundfunk in den USA - Theorie<br>und Praxis der Nachrichten- und Informati-<br>onssendungen im kommerziellen Fernsehen                                                          | Seite | 69  |
| Horst O. Halefeldt: Themenvorschläge für<br>wissenschaftliche Arbeiten zu noch nicht er-<br>forschten Bereichen der Geschichte des<br>Weimarer Rundfunks                                     | Seite | 81  |
| Bibliographie:<br>Zeitschriftenlese 33 (1.6.-30.11.1984 und<br>Nachträge)                                                                                                                    | Seite | 97  |
| Besprechungen                                                                                                                                                                                | Seite | 105 |

## NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

### 13. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen, 10. - 12. Mai 1985

Auch dieses mal haben Doktoranden wieder Gelegenheit, sich während des schon traditionellen Kolloquiums des Studienkreises Anregungen zu holen, sich beraten zu lassen und selbst Forschungsanregungen zu geben. Zeit und Ort: 10. bis 12. Mai 1985 in der Landessportschule Grünberg/Hessen.

Teilnehmen können Studierende, die im Hauptstudium sind und eine wissenschaftliche Abschlußarbeit zur Rundfunkforschung schreiben oder schreiben wollen. Die Teilnehmer, deren Zahl auf höchstens dreißig begrenzt ist, sind, was Übernachtung und Verpflegung (ohne Getränke, ausgenommen Frühstückskaffee) betrifft, Gäste des Studienkreises.

Vorgesehen ist folgender Ablauf:

Freitag, 10. Mai, 20.00 Uhr Vorstellung aller Teilnehmer

Samstag, 11. Mai 9.30-13.00 Uhr Arbeit in Arbeitsgruppen  
14.30-18.00 Uhr

Schwerpunkte:  
Methodologie/Methode;  
Biographische Methode, "oral History";  
Quellen, Archive;  
Programmgeschichte/Organisationsgeschichte des Rundfunks in der Weimarer Republik und im "III. Reich";  
Programmgeschichte/Organisationsgeschichte des Nachkriegs-rundfunks;  
Programmpresse;  
Hörspiel;  
Rezipientenforschung/Wirkungsforschung;  
offen für Wünsche und Vorschläge.

Samstag, 11. Mai, 20.00 Uhr Dr. Wolfram Köhler, Direktor Funkhaus Hannover des NDR: Rundfunkgeschichte als Landesgeschichte am Beispiel Niedersachsen

Sonntag, 12. Mai, 9.30-13.00 Uhr Vorträge zweier Doktoranden/Magistranden, die kurz vor dem Abschluß ihrer Arbeiten stehen bzw. diese gerade abgeschlossen haben.  
Anregungen, Sonstiges

Zur Anmeldung:

Bis Freitag, 15. März 1985, an den Schriftführer des Studienkreises: Professor Walter Först, WDR/Landesredaktion, Postfach 101 950, 5000 Köln 1.

Die Anmeldung soll folgende Angaben enthalten:

- |                                     |                                                               |
|-------------------------------------|---------------------------------------------------------------|
| - Name                              | - Quellenlage                                                 |
| - Studienort                        | - evtl. Arbeitsergebnisse                                     |
| - Studienfächer                     | - Wünsche für die genannten Arbeitsgruppen                    |
| - Semesterzahl                      | - max. zwei Schwerpunkte mit Priorität                        |
| - Thema der Arbeit                  | - evtl. Wunsch nach einer weiteren AG                         |
| - Stichwort zum Erkenntnisinteresse | - Erwartungen an das Kolloquium (z.B. Kontakte, Archivzugang) |
| - Methode(n)                        |                                                               |
| - Stand der Forschung               |                                                               |

Um die Gesprächspartner in den Arbeitsgruppen möglichst intensiv auf die Erwartungen der Teilnehmer vorbereiten und um weiteren thematischen Wünschen rechtzeitig entgegenkommen zu können, bitten wir darum, den Anmeldungs-Schlußtermin einzuhalten und die erbetenen Angaben möglichst vollständig zu machen.

Festschrift Harald Heckmann

Dr. Harald Heckmann, stellvertretender Vorsitzender des Studienkreises und Kollege in der Redaktion der MITTEILUNGEN, feierte am 6.12.1984 seinen 60. Geburtstag. Zu diesem Anlaß erschien eine Festschrift, die dem wissenschaftlichen Schwerpunkt seiner Tätigkeit gewidmet ist: Musikdokumentation gestern, heute und morgen. Harald Heckmann zum 60. Geburtstag am 6. Dezember 1984, Hg. Wolfgang Rehm, Verlag Bärenreiter, Kassel - Basel - London 1984, 80 S. Aus der Reihe der Beiträge seien an dieser Stelle genannt: Jürgen Kindermann, Das Deutsche Musikgeschichtliche Archiv. Perspektiven einer Entwicklung, - Günther Pflug, Unkonventionelle Gedanken zur Dokumentation von Opernaufführungen. - Hans-Peter Reinecke, Ist Hörfunk noch wichtig? Ein Plädoyer. - Helmut Rösing, Musikdokumentation und EDV - eine Herausforderung. - Ulf Scharlau, Probleme und Möglichkeiten der Bewertung leichter Musik in den Rundfunkarchiven. Dem Band ist die Bibliographie der Veröffentlichungen Harald Heckmanns ebenso beigegeben wie eine Schallplatte mit Dreistimmigen Tonsätzen altfranzösischer Meister in Computer-Realisationen, eine Produktion des Staatlichen Instituts für Musikforschung in der Stiftung preußischer Kulturbesitz.

FPK

### DRA-Informationen

In der Reihe der seit Frühjahr 1984 erscheinenden "DRA-Informationen", vom Deutschen Rundfunkarchiv in der Redaktion Horst O. Halefeldts herausgegeben, liegen jetzt die Nummern 3 und 4 vor. Nummer 3 enthält u.a. den durch den Abdruck der Einleitung von Ansgar Diller unterstützten Hinweis auf die im K.G.Saur-Verlag in München erschienene Microfiche-Edition "Rundfunk-Bibliographien 1926-1942", Nummer 3 einen Beitrag von Horst O. Halefeldt und August Soppe "Vor 60 Jahren: Erste Hörfunksendungen aus der Region Dresden, Kassel und Bremen machten den Anfang".

FPK

### Ehrendoktor Wilhelm Treue

Der Vorstand hat dem Ehrenvorsitzenden des Studienkreises, Prof. Dr. Wilhelm Treue, Göttingen, telegraphisch Glückwünsche zur Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Salzburg am 11. Dezember 1984 übermittelt.

+ + +

### Aus der Arbeit des Vorstandes

Im Anschluß an den letzten Arbeitsbericht an dieser Stelle (MITTEILUNGEN 11/1984, S. 204-206) habe ich zunächst über die weiteren Sitzungen des Vorstandes zu berichten. Am 18. Juli 1984 war der Vorstand bei seiner 3. Sitzung des Jahres Gast im Hause des Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Treue in Göttingen. Die Fortführung der Schriftenreihe wurde beraten, letzte Vorbereitungen für die 15. Jahrestagung in Berlin getroffen. Bei der Nachlese zum 12. Doktorandenkolloquium in Grünberg wurde angemerkt, daß kaum noch jüngere Historiker zu den Teilnehmern zählen, rundfunkgeschichtliche Studien vielmehr überwiegend im Rahmen kommunikationswissenschaftlicher bzw. publizistischer oder politikwissenschaftlicher Studiengänge betrieben werden. Die Vorbereitung des nächsten Grünberger Kolloquiums in der Zeit vom 10. bis 12. Mai 1985 übernahm Dr. Walter Klingler (Südwestfunk Baden-Baden) und Dr. Rüdiger Steinmetz (Hochschule Fernsehen und Film, München).

Die 4. Vorstandssitzung fand am Vortag der 15. Jahrestagung am 27. September in Berlin in der Erholungsstätte Siemenswerder statt. Der Vorbereitung der 16. Jahrestagung im September 1985 und der für 1986 vorgesehenen Veranstaltungen galt eine erste Aussprache. Für die Jahrestagung 1986 liegen dem Vorstand Einladungen des Landesfunkhauses Niedersachsen des Norddeutschen Rundfunks in Hannover und des Südwestfunks in Baden-Baden vor.

Es wurde in Aussicht genommen, die Einladung zur Jahrestagung 1986 aus Hannover anzunehmen, für Baden-Baden aber im gleichen Jahr eine Forschungstagung zum Thema "Rundfunkpolitik in Südwestdeutschland" vorzusehen. Noch einmal wurde der Vorschlag Dr. Arnulf Kutschs beraten, einen Jahrespreis des Studienkreises für wissenschaftliche Arbeiten zur deutschen Rundfunkforschung, insbesondere zur deutschen Rundfunkgeschichte auszuloben. Neben organisatorischen Fragen bleibt das Problem der Finanzierung ungelöst, so daß vom Vorstand vorzugsweise der Gedanke verfolgt wird, Möglichkeiten der Vergabe von Förderungsstipendien für jüngere Mitglieder zu prüfen. Dabei könnten bislang vernachlässigte Forschungsaufgaben zudem gezielt gefördert werden, doch ist auch für eine solche Alternative die Finanzierung noch keineswegs sichergestellt.

Am 9. November 1984 begrüßte Intendant Prof. Dieter Stolte die Teilnehmer der Vorstandssitzung im Hause des ZDF in Mainz-Lerchenberg mit einem persönlichen Kommentar zur Lage der Rundfunkpolitik nach den Beschlüssen der Ministerpräsidenten von Bremerhaven. Gleichzeitig bekräftigte er seine Einladung zur 16. Jahrestagung, die vom 26. bis 28. September 1985 in Mainz stattfinden wird, und sagte zu, am Kaminabend über dann aktuelle medienpolitische Fragen mit den Teilnehmern zu diskutieren. Der Vorbereitung der nächsten Jahrestagung wie des Doktoranden-Kolloquiums diene die weitere Diskussion; für die Planung der Jahrestagung verabredeten sich Horst O. Halefeldt, Dr. Fritz Hufen, Dr. Wilhelm von Kampen, Prof. Dr. Winfried B. Lerg und Dr. Heiner Schmitt mit dem Schriftführer und dem Vorsitzenden. Statt des ursprünglich vorgesehenen Vorstandseminars am Nachmittag des 9. und am Vormittag des 10. November diskutierten die Teilnehmer mit den Mitarbeitern des Historischen Archivs der ARD im Deutschen Rundfunkarchiv Frau Pfeiffer, Dr. Ansgar Diller und H.O. Halefeldt über einige Aspekte der rundfunkgeschichtlichen Forschung. Dabei erwies sich eine gründlichere Vorbereitung des Gesprächs als unverzichtbar, zu der sich der Vorstand mit den Kollegen des DRA verabredete. Ein gemeinsames Gespräch über die Möglichkeiten der Belebung der rundfunkgeschichtlichen Forschung wurde für Frühjahr 1985 in Aussicht genommen. Die von Halefeldt formulierten, aus der Arbeit der Projektgruppe Programmgeschichte im DRA hervorgegangenen "Themenvorschläge für wissenschaftliche Arbeiten zu noch nicht erforschten Bereichen der Geschichte des Weimarer Rundfunks", die in diesem Heft der MITTEILUNGEN veröffentlicht werden, deuten die Vielfalt der offenen Probleme an.

Der Berichterstattung über die 15. Jahrestagung des Studienkreises vom 27. bis 29. September 1984 im Haus des Deutschen Rundfunks in Berlin dient dieses Heft mit dem Abdruck von Pressestimmen und Referaten, so daß weitere Kommentare an dieser Stelle unterbleiben können. Daß es bei der vorausgegangenen Tagung in München besser gelungen war, das Generalthema "Rundfunk in der Nachbarschaft zu Presse und Film: Historische Bedingungen des Medientransfers" zu verdeutlichen, war die übereinstimmende Einschätzung aller Vorstandskollegen. Vor allem war die geringe Beteiligung studentischer Mitglieder an der Jahrestagung zu bedauern, wohl ein Nachteil des Tagungsortes; aber auch die Beteiligung von Mitarbeitern der gastgebenden Rundfunkanstalt, des Senders Freies Berlin, blieb hinter den Erwartungen zurück. Hin-

gegen erweist die Resonanz der Tagung in der Presse die Nützlichkeit der der Tagung vorausgegangenen Pressekonferenz, zu der Georg Maier vom SFB am 21. September eingeladen hatte und zu der W. Först und der Berichterstatter angereist waren.

Jeder Verein hat eine Reihe formaler Bedingungen zu erfüllen. Dazu gehört die Aktualisierung der Eintragungen im Vereinsregister wie die Sicherstellung der Befreiung von der Körperschafts-, Gewerbe- und Vermögenssteuer wegen der Verfolgung gemeinnütziger, in unserem Falle wissenschaftlicher Zwecke. Mit Bescheid des Finanzamtes Frankfurt(Main)-Börse vom 11. September 1984 (Steuernummer 45 250 5627 2 K 37) wurde auf Grund der vorgelegten Unterlagen die Steuerbefreiung für die Jahre 1977 bis 1982 erteilt. Zum 31. Mai 1986 sind wir zur Vorlage eines nächsten Berichts verpflichtet. Wesentlich schwieriger gestaltete sich die Aktualisierung der Eintragungen im Vereinsregister beim Amtsgericht in Frankfurt/M., die der Vorstand im Oktober 1983 einleitete. Da die entsprechenden, jeweils notariell zu beglaubigenden Änderungsmeldungen seit der Gründung des Vereins unterblieben waren, fällt es nicht leicht, sämtliche Nachrichten nachträglich in der erforderlichen Form zu beschaffen. Erst jüngst suchte der Schatzmeister in den Unterlagen des Schriftführers der ersten Jahre der Vereinstätigkeit, Horst Scharfenberg, nach der Ausfertigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 6. April 1972 wegen der damals beschlossenen Satzungsänderungen. Schließlich zeichnet sich aber auch hier der Abschluß des Verfahrens für Januar 1985 ab, so daß der "e.V. Studienkreis Rundfunk und Geschichte" spätestens im neuen Jahr allen rechtlichen Erfordernissen wieder entsprechen wird.

Die Vereinsarbeit bleibt von dem Engagement der Mitglieder, von deren Bereitschaft zur Mitarbeit abhängig. Am Ende des Jahres zählt der Studienkreis 356 Mitglieder. Sie alle bleiben eingeladen, die Arbeit des Vorstands kritisch zu begleiten, sich in den MITTEILUNGEN zu äußern oder in einer der Fachgruppen des Vereins mitzuarbeiten. An die Möglichkeit, innerhalb des Vereins mit Zustimmung des Vorstandes für bestimmte Arbeitsbereiche Fachgruppen oder auch regionale Mitgliederzusammenschlüsse zu bilden, die die Satzung in § 7 vorsieht, sei ausdrücklich erinnert. Zur Zeit bestehen die von Dr. Edgar Lersch (SDR) geleitete Fachgruppe "Archive und Dokumentation", die zuletzt während der Jahrestagung zusammentraf, und die "Regionalgruppe München-Salzburg" unter Leitung von Dr. R. Steinmetz, in der künftig auch Interessenten aus Innsbruck mitarbeiten wollen. Zu der von Prof. Dr. Helmut Rösing und Dr. Harald Heckmann vorbereiteten Fachgruppe Musik haben sich ein Dutzend Mitglieder angemeldet, und ein erstes Zusammentreffen ist für die nächsten Wochen geplant. Leider haben die Kontakte des letzten Jahres noch nicht zu einer Neugründung der Fachgruppen Technik und Literatur geführt; beide bleiben in unserer Traktandenliste.

In der von Prof. Lerg herausgegebenen Schriftenreihe des Vereins, "Rundfunkstudien", stehen zeei weitere Bände unmittelbar vor Auslieferung: als Band 2 wird "Rundfunkwissenschaft im Dritten Reich" von Arnulf Kutsch erscheinen, als Band 3 "Rundfunk im Exil" von Konrad Pütter. Das von Norbert Weigend bearbeitete "Zehn-Jahres-Register" der MITTEILUNGEN steht kurz

vor dem Abschluß; die Redaktion hofft, daß die Auslieferung an die Mitglieder im Frühjahr erfolgen kann.

31. Dezember 1984

F.P. Kahlenberg

SCHWARZES BRETT -----

# I.

## Rundfunkgeschichte und Archive

Die Teilnehmer an der Sitzung der "Fachgruppe Archive und Dokumentation" am 27. September 1984 in Berlin gelangten von der Frage der Benutzung der Rundfunkarchive durch Anstaltsexterne bald zu einem Gespräch über einige grundsätzliche Probleme archivfachlicher Art, die auch für die Arbeitsschwerpunkte und Aufgabenstellung der Fachgruppe von Bedeutung sind. Über sie ausführlicher zu reden, schien nach drei Jahren mit fachspezifischen Themen an der Zeit. Den ausdrücklichen Auftrag, die wissenschaftliche Forschung zu unterstützen und damit auch anstaltsinternen Benutzungszwecken zu dienen, besitzt lediglich das Deutsche Rundfunkarchiv, wie dessen Leiter Dr. Harald Heckmann einleitend ausführte. Da das DRA aber für die Zeit seit 1945 keine eigenen Bestände besitzt, kann es diesem Auftrag nur bedingt, d.h. durch Vermittlung und Koordination der Benutzung in den Rundfunkanstalten nachkommen. Die einzelnen Rundfunkanstalten sind in ihren Entscheidungen über den Zugang autonom. Auch an Rundfunkgeschichte sehr interessierte Kollegen sind der Meinung, daß die Personal- und Raumausstattung der Schall- und erst recht der Filmarchive der Häuser kaum externe Benutzung zulassen, ganz abgesehen von einigen urheberrechtlichen Problemen, die allerdings nicht gravierend sind, wenn keine Kopien angefertigt werden. Ansätze zu praktischen Lösungen für die Benutzung werden in der Kooperation zwischen Rundfunkanstalten und Landesarchivverwaltungen gesehen; der Kooperationsvertrag zwischen dem SWF und dem Landeshauptarchiv Koblenz ermöglicht bereits die Benutzung von landesgeschichtlich relevantem Material. Andere, auch modifizierte Modelle wären denkbar. Beklagt wurde, daß keine weiteren Kooperationsverträge mit anderen Anstalten in Aussicht sind. In den Rundfunkanstalten ohne zentrale Archivorganisation lassen sich solche Kontakte hausintern nur schwer in Gang bringen oder gar durchsetzen. Auf der anderen Seite ist das Interesse der Landesarchivverwaltungen trotz aller verbalen Beteuerungen immer noch zurückhaltend; es bestehen nach wie vor Unsicherheiten, inwieweit Material aus den Rundfunkanstalten zum Dokumentationsauftrag der Landesarchive gehört.

Im Zusammenhang mit einer Diskussion über Überlieferungsstand wies Heckmann auf ein für die Zukunft gravierendes Problem hin. Die technische Entwicklung auf dem Gebiet der Fernsehaufzeichnung hat zur Folge, daß es in einigen Jahren immer schwerer sein wird, Abspielgeräte für ältere MAZ-Bänder zur Verfügung zu haben. Gelingt es nicht, einige Maschinen auf Dauer funktionstüchtig zu halten oder das Material umzukopieren, ist zu erwarten, daß große Teile der Fernsehüberlieferung nicht mehr reproduzierbar sein werden.

Ausführlicher gesprochen wurde auch darüber, wie die Probleme der Archive in Bezug auf die Durchsetzung von Zielen, die über das - unbestritten zentrale - Tagesgeschäft hinausgehen, sowohl in den Anstalten selbst als auch in der interessierten Öffentlichkeit besser bewußt gemacht werden könnten. Dies gilt nicht zuletzt auch für die immer noch weitgehend darniederliegenden Historischen Archive der Anstalten. Neben publizistischen Aktivitäten, die aus der Arbeit der Fachgruppe selbst erwachsen könnten, wurde auch die Frage thematisiert, inwieweit sich die Fachgruppe selbst den Problemen der Rundfunkarchive widmen oder ob sie sich nur auf die Historischen (und damit Akten-)Archive beschränken sollte. Mir scheint, daß eine gewisse Koordination und die Diskussion von Fragen, die über den Produktionsalltag hinausgehen, als Angebot durchaus einen Wert haben. Das Engagement der Schall- und Filmarchivare für Probleme der Historischen Hausarchive, die ihnen im übrigen manche Zubringerdienste leisten können, wäre geeignet, dem bedauernswerten Zustand in manchen Häusern abzuhelpfen.

Edgar Lersch

## II.

### Dokumentation und Dramaturgie

Wer in den letzten Monaten gespannt dessen harrete, was wohl mit der "Regionalisierung" des Westdeutschen Rundfunks an Programmangebot auf uns Zuschauer in den Regionen zukommen würde, der bekam kurz nachdem der WDR seine "Fenster" einen Spalt breit geöffnet hatte, eine historische Begründung für die neue, regionale Programmstruktur ins Wohnzimmer geliefert, sofern er oder sie sich als Münsterländer fühlten, auch eine plausible. In einem halbstündigen Fernsehbeitrag berichteten Wolfgang Horn und Leo Flamm über die Anfänge des Rundfunks in Münster, über die zwei Jahre der "Westdeutschen Funkstunde A.G.", die ihr als einer Sendegesellschaft mit nur "vorläufigen Standort" 1) gegeben waren. Die Sendung umriß zu Beginn kurz - vielleicht ein wenig zu knapp - die politische Situation, in der die Rundfunkgesellschaften der Weimarer Republik entstanden, und deren Organisationsstruktur. Eine Erörterung der besonderen Bedingungen, die die Gründung einer Rundfunkgesellschaft im damaligen westdeutschen Sendebezirk beeinflussten, schloß daran an. Ihr Hauptaugenmerk richtete diese Dokumentation dann jedoch auf die Darstellung des "Phänomens Rundfunk", wie es sich im damaligen Alltag

1) Vgl. Wolfgang Schütte: Die Westdeutsche Funkstunde. Frühgeschichte des WDR in Dokumenten. (Annalen des Westdeutschen Rundfunks, hrsg. v. Walter Först, Bd. 1) Köln, Berlin: Grote 1973.

der Rezipienten ausbreitete, womit auch die Leistungen dieses ehemals "Neuen" Mediums, sein Programmangebot, ins Blickfeld rückten. Welche Bedeutung kam dem Rundfunk damals im täglichen Leben zu? Welche Veränderungen hat ein Medium initiiert, das uns heute als kaum (hinter-)fragenswerte Selbstverständlichkeit erscheint? Diese Fragen versuchten die beiden Autoren zu verfolgen und begaben sich auf Spurensuche.

Eine solche Suche nach Spuren, besonders wenn es um die Programm- und Rezeptionsgeschichte eines Zeitmediums geht, muß schon von der Überlieferung her mit besonderen Schwierigkeiten rechnen. Denn was bleibt erhalten von den einstigen Leistungen einer Rundfunkinstitution und deren Nutzung, von ihrem Programm und seinem Stellenwert im Alltag der Hörer? Und die nicht minder wichtige Frage der Darstellung dessen, was überliefert ist, stellt sich bei einer Fernsehdokumentation gleich mit. Aufgrund dieser doppelten Problematik wäre es unsinnig, die Maßstäbe einer wissenschaftlichen Rundfunkgeschichtsschreibung an einen solchen Versuch anlegen zu wollen, solange die dargestellten Fakten sich im Rahmen des Vertretbaren bewegen. Eine Beurteilung sollte daher, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es außerordentlich schwer ist, historische Programme und ihre Nutzung zu "zeigen" 2), der Darstellung Beachtung schenken, mithin dem Problem "Geschichte in den Rundfunkmedien", das in diesem Fall auch die Frage nach der historischen Selbstdarstellung einer Rundfunkanstalt impliziert. Aus dieser Perspektive heraus betrachtet, präsentierte die Dokumentation Einblicke in die Geschichte eines Mediums in wohlthuender Distanz zur reinen Institutionsgeschichte einer Anstalt und ist, kurz gesagt, als eine stimmige und gut inszenierte Arbeit zu beurteilen - trotz des "Trailers", der in den letzten Minuten des Beitrags nach dem Muster "Wir bauen uns'rer Zukunft ein Zuhause..." die Regionalisierung anpries.

Als Quellengrundlage wurde von den Autoren neben den "Annalen des Westdeutschen Rundfunks" 3) vor allem die bisher (leider) noch unveröffentlichte Dissertation von Wolf Bierbach 4) herangezogen. Über die in diesen Darstellungen verarbeiteten Quellen hinaus sichteten sie die Geschäftsberichte der "Westdeutschen Funkstunde" 5) wie auch die Programmzeitschriften des betref-

---

2) Die Frage, inwieweit die Geschichte eines Zeitmediums darstellbar ist, haben im Zusammenhang der Problematik von Ausstellungen zur Geschichte des Rundfunks erörtert: Walter Först: Zeigen, was zu zeigen ist. Über erste Ausstellungserfahrungen, in: StRuG, MITTEILUNGEN Jg. 1. 1975 Nr. 2. S. 9-11; Friedrich P. Kahlenberg: Rundfunkgeschichte im Ausstellungskatalog, in: StRuG, MITTEILUNGEN Jg. 1. 1975 Nr. 2. S. 11-13; Lutz-Eugen Reutter: Die Rolle des Regionalen, in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 1. 1975 Nr. 3. S. 5-7; Friedrich P. Kahlenberg: Rundfunk und Museum, in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 2. 1976 Nr. 4. S. 30-34.

3) Vgl. Wolfgang Schütte (wie Anm. 1.) und Walter Först (Hrsg.): Aus Köln in die Welt. Beiträge zur Rundfunkgeschichte. (Annalen des Westdeutschen Rundfunks. Bd. 2) Köln, Berlin: Grote 1974.

4) Wolf Bierbach: Rundfunk zwischen Wirtschaftsinteressen und Politik. Der Weimarer Rundfunk unter besonderer Berücksichtigung des Westdeutschen Rundfunks Münster/Köln und der alliierten Rundfunkpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Münster, Phil.Diss. 1980.

5) Einzusehen im Historischen Archiv des WDR, Köln.

fenden Zeitraums, die allerdings im Historischen Archiv des WDR zum Teil nur in Ausrissen vorliegen 6). Diese Quellen wurden ergänzt durch die Befragung von Zeitzeugen, deren Auskünfte in manchen Fällen sehr unbefriedigend blieben 7), andererseits aber durchaus auch Fragen aufwarfen. So ließ etwa die Aussage eines der Beteiligten an der, aufgrund ihrer Rundfunkübertragung historisch gewordenen Ruderregatta auf dem Dortmund-Ems-Kanal bei Münster den Verdacht aufkommen, daß Bernhard Ernst (womöglich wegen technischer Schwierigkeiten) zumindest einen Teil der Reportage "getürkt" haben könnte, indem er sie nach ihrem eigentlichen Ablauf vermeintlich zeitgleich schilderte. Der Zweifel des Zeitzeugen selbst - "ich will jetzt nicht behaupten, daß das nachher so gesendet worden ist" - erscheint dabei vor der Tatsache, daß Aufzeichnungen zu dieser Zeit für Reportagen noch nicht eingesetzt wurden, eher als eine moralische Entschuldigung gegenüber einem Pionier der Rundfunkreportage. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß solcherlei "Kunstgriffe" zum Alltag der früheren Rundfunkreporter gehört haben, daß sie jedoch - auch heute noch - nur ungern zugegeben werden 8). Möglicherweise ist diese Scheu vor dem Eingeständnis, als Journalist dramaturgische Elemente im Handwerk verwendet zu haben, typisch für eine Berufssituation, die zwischen einer der Objektivität verpflichteten Berufsethik und handwerklichen Traditionen des Erzählens Vermittlung fordert. Die Rundfunkaussage steht von je her im Spannungsfeld von tradierten Formen zwischenmenschlicher Unterhaltung vom Typus der Veranstaltung und technischen Zwängen wie zum Beispiel Auditivität und dem Zwang zur Zeitlichkeit. Erst innerhalb dieses Spannungsfeldes gelangte sie schließlich auch zu einem publizistischen Selbstverständnis. Wir wissen allerdings noch sehr wenig über diese eher kommunikationshistorischen Wechselbeziehungen, die der Rundfunkaussage ins Stammbuch geschrieben wurden - ebenso wenig, wie über die Versuche der ersten Rundfunkmitarbeiter, vor diesem Hintergrund eine "Grammatik" ihrer Äußerungen zu entwickeln. Auf diesen interessanten Aspekt, der mit der angesprochenen Anekdote am Rande des Berichts deutlich wurde, sollte daher aufmerksam

---

6) Hauptsächlich wurde von den Autoren die Zeitschrift "Westfunk" der Jahrgänge 1925 und 1926 herangezogen, ebenfalls archiviert im Historischen Archiv des WDR. Aus diesen Quellen stammten die meisten Informationen zum Programm, so auch die Anekdote über Bernhard Ernsts Aufforderung zur Nacktkultur während der Radio-Frühgymnastik.

7) Zur methodologischen Brauchbarkeit von Zeitzeugenaussagen in wissenschaftlichen Geschichtsschreibung vgl. aus neuerer Zeit: Winfried B. Lerg: Persönliche Zeugnisse in der Rundfunkgeschichte. Zur Kritik der Oralistik (Oral History), in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 10. 1984 Nr. 1. S. 105-108. Rüdiger Steinmetz: Zur Programm- und Organisationsgeschichte des Nachkriegsrundfunks. Das 12. Doktoranden-Kolloquium, in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 10. 1984 Nr. 3. S. 225-229.

8) Vgl. Ansgar Diller: Die erste Sportübertragung im deutschen Rundfunk. Eine kommentierende Dokumentation, in: Publizistik Jg. 17 1972 H. 3/4. S. 320-325, bes. S. 322. Das Fehlen der dramaturgischen Routine wird auch sehr schön deutlich an dem Zeugnis von Fred Hildenbrand: Missglückte Reportagen, in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 2. 1976. Nr. 2. S. 28-30.

gemacht werden. Inwieweit, so ist zu fragen, kommen die Zeitmedien Hörfunk und Fernsehen überhaupt ohne dramaturgische Konstruktionen aus? Dieses Problem soll sich, wie die beiden Autoren bestätigen 9), auch in bezug auf ihren Dokumentarfilm von vorneherein.

Schön, da hat man nun die schriftlichen Überlieferungen und Arbeiten zur "Westdeutschen Funkstunde", aber wie kann man diese Fakten in einem halbstündigen Dokumentarbeitrag aufbereiten? Besonders zu Programm und Nutzung des Rundfunks lassen sich wohl Fakten finden, doch wie bringt man sie so ins Medium Fernsehen, daß nicht für "die wenigen Interessierten (Wissenden)... weiter Aufklärung betrieben (wird), für die vielen Uninteressierten (Unwissenden) (dabei nur) die Möglichkeit der bewußten Informationsvermeidung" 10) bleibt? Die Autoren dieses Films stellten sich jedenfalls dem Problem und lösten es durchaus elegant. Sie bedienten sich einer anderen Quellengattung und benutzten die noch verfügbaren Filme, die in ihrer Zeit über das Medium Kino um die Akzeptanz des "Neuen Mediums" Rundfunk im Kreise seines Publikums warben 11). Dies geschah damals reichsweit, was mit anderen Worten heißt, daß das verwendete Material im Grunde alles andere als regionalspezifisch war. Es waren Bilder einer Entwicklung, die nationale, ja, internationale Züge trug und die aus diesem Grund allerdings auch verallgemeinerbar sind. Unterm Strich kam dabei eine überaus ansprechende Dokumentation heraus, die aber ebenso wie die Beschreibung der Ruderregatta durch Bernhard Ernst einer Dramaturgie rundfunkspezifischer Kunstgriffe folgte. Trotzdem - oder gerade aus diesem Grunde - kann das Projekt von Leo Flamm und Wolfgang Horn als ein erfolgreicher Versuch verbucht werden, der den Zuschauern das Medium Rundfunk historisch ausdeutete und auf diesem Wege näherbrachte.

Es bleibt noch die Frage nach der Funktion dieses Beitrags im Programm. Eine Legitimation der Regionalisierungsstrategien des Westdeutschen Rundfunks war der Beitrag auf dieser Ebene gewiß, und ich kenne auch kaum einen Fachkollegen, der nicht angesichts der letzten drei Minuten der Dokumentation wie ich mit den Zähnen geknirscht hätte. Es scheint mir aber recht überzogen zu sein, den Autoren aus ihrem Werbe-Trailer zur Regionalisierung des WDR nun den Industriefilmästhetischen Strick

---

9) Die Hintergrundinformationen zur Dokumentation von Flamm/Horn stammen aus einem Informationsgespräch mit den Autoren.

10) Josef Hackforth: Trivialisierete und privatisierte Endlösung: "Holocaust". Ein Diskussionsbeitrag zur Vermittlung historischer Ergebnisse im Fernsehen, in: StRuG MITTEILUNGEN Jg. 5. 1979 Nr. 1. S. 12-20. bes. S. 13.

11) Es handelte sich um die Filme "Mit dem Werbewagen unterwegs", "Rundfunk für alle", "Der Westdeutsche Rundfunk überträgt" und zum Teil auch um unsignierte Rollen. Die Filme stammen aus dem Bundesarchiv Koblenz. Sie wurden ergänzt durch Teile eines Kulturfilms (Tonfilm) aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg: "Münster, Westfalens schöne Hauptstadt". Diesem Film entstammt auch die einzige O-Ton Sequenz der Dokumentation (Pinkus Müller - Der singende Bierbrauer), alle anderen Sequenzen wurden nachsynchronisiert.

zu drehen, zumal auch der Trailer, an den Maßstäben einer Produktwerbung gemessen, gut gemacht war. Ohne es nachweisen zu können, vermute ich, daß hier dieselben Stimmen aufstöhnten, die zu anderen Gelegenheiten nicht müde werden zu behaupten, das Programm der Öffentlich-Rechtlichen sei ja nun wirklich zu fade. Und außerdem: Wenn ich mir ein Radiogerät zulege, und das dumme Ding funktioniert schon vom ersten Tag an nicht richtig, dann mache ich ja auch nicht die Werbeagentur der Herstellerfirma dafür verantwortlich, oder?

Norbert Weigend

"Hier ist Münster auf Welle 407" von Leo Flamm und Wolfgang Horn im "Landesspiegel", WDR III Fernsehen, 4. Oktober 1984.

### III.

#### Viktor Ergert (1918 - 1984)

Die Tatsache, daß es auch in Österreich seit einigen Jahren ein unübersehbar steigendes Interesse an der Erforschung nicht nur der Stellung des Rundfunks in der Gegenwart, sondern auch seiner historischen Entwicklung und Bedeutung in der Vergangenheit gibt, muß nicht zuletzt auf den Anstoß zurückgeführt werden, den Viktor Ergert mit seinem dreibändigen Werk über "50 Jahre Rundfunk in Österreich" gegeben hat. Es dürfen dabei Zweifel angemeldet werden, ob sich Ergert selbst in einer Pionierrolle gefühlt hat, insbesondere soweit dies wissenschaftliche Rundfunkhistoriographie betrifft. Der kurz vor Ende des Ersten Weltkriegs, am 26. Mai 1918, in Wien als Sohn eines Schriftsetzers geborene Ergert erhielt seine ersten politischen Eindrücke in den letzten Jahren der Ersten Republik noch vor deren unrühmlichem Ende, das ihr von Hitler gesetzt, von innen her aber spätestens seit dem versuchten "Ausgleich" zwischen Schuschnigg und den "nationalen Kreisen" durch das Juli-Abkommen 1936 seit langem vorbereitet worden war. Im Jahre 1937, in dem Ergerts Schulzeit im Realgymnasium mit der Matura beendet wurde, waren die Hoffnungen auf einen möglichen inneren Frieden aber noch einmal an einem Höhepunkt angelangt. Der Gymnasiast war daher entschlossen, sofort nach Ableistung des Wehrdienstes in der damals für Realschüler üblichen Form als "Einjährig-Freiwilliger" seine Studien an der Wiener Universität aufzunehmen; welche es sein sollten, wissen wir heute nicht mehr.

Doch es kam anders: das Regime Schuschniggs, auf der verhängnisvollen Fiktion eines Selbstverständnisses von Österreich als "zweitem deutschen Staat" gebaut, zerbrach unter konzentrischem inneren und äußeren Druck, ohne den notwendigen Rückhalt in der seit 1934 verbotenen Arbeiterbewegung, binnen wenigen Tagen. Auch Ergert zählte zweifellos nicht zu den Verteidigern der ständestaatlichen Plattform. An das "Einjährig-Freiwilligen"-Jahr mußte, nach dem März 1938, noch ein zweites angehängt werden, und auch dieses war nur ein Vorspiel. Denn ausgerechnet am 1. September 1939, als auch dem Genüge getan war, erreichte ihn der Einberufungsbefehl für den Ernstfall.

Als Gefreiter und Obergefreiter in einer Gebirgsjägerdivision mit kartenzeichnerischen Aufgaben im Generalstab beauftragt, die sofort nach Kriegsende erste Früchte in Form von Buchillustrationen trugen, mußte Ergert die Odyssee der deutschen Armeen kreuz und quer durch Europa mitmachen. Beim herannahenden Kriegsende fand er sich in Norwegen vor; auf abenteuerliche Weise gelang ihm die Rückkehr mit dem Ausweis eines Gefallenen über Hamburg nach Oberösterreich, von wo er sich über die Zonengrenze nach Wien durchschlug.

Als einer der ersten meldete sich Ergert im Herbst 1945 am ausgebombten Publizistikinstitut in Gummistiefeln bei der einzigen Assistentin (Frau Prof. Marianne Lunzer) als Student des damals in seinem universitären Bestand gefährdeten Fachs an. Daneben belegte er die Fächer Philosophie und Theaterwissenschaft. Noch während des Studiums erwarb er sich, seine zeichnerische Ausbildung nutzend, ein Diplom für Gebrauchsgrafik an der Hochschule für angewandte Kunst und betätigte sich für Brotzwecke als Buchillustrator im Rahmen der Reeducations-Arbeit der Westalliierten: er illustrierte Bücher und Zeitschriften für das US-Informationen-Center und schrieb daneben für die "Weltpresse", das Organ der amerikanischen Besatzungsmacht. Den Stoff für seine aktuellen Lokalberichte über die nächtlichen Vorfälle, Unfälle und Überfälle im Wien des "Dritten Mann" lieferte ihm nicht selten seine Frau, die auf einer Unfallstation beim Roten Kreuz ihren Dienst versah. Daneben fand Ergert noch reichlich Zeit nicht nur für sein Studium, er sammelte auch viele der in unzähligen Publikationen verstreuten Artikel über österreichische Pressegeschichte, die er zu einer Bibliographie des österreichischen Zeitungs- und Zeitschriftenwesens über fünf Jahrhunderte zusammenstellte. Gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Institutspersonal wurde schließlich noch ein "Repertorium zur österreichischen Pressegeschichte" verfaßt, das noch jahrelang als Prüfungsunterlage und Gedächtnisstütze für Studenten höheren Semesters in Gebrauch war.

Nach Abschluß seiner Dissertation über "Die gedruckten periodischen Zeitungen Wiens im 17. Jahrhundert", einer quellenmäßig sehr fundierten und akribischen Arbeit, und seiner Promotion im Herbst 1948 folgte eine kurzfristige freie journalistische Tätigkeit bei einer großen Tiroler Tageszeitung. Schon Anfang der fünfziger Jahre jedoch war Ergert wieder in Wien. Als Gründer und Generalsekretär eines neu gegründeten "Verbands der freien und unabhängigen Presse Österreichs" stand er mit einem Male im Mittelpunkt des österreichischen Pressegeschehens, eine Position, die ihm einen breiten Überblick und Bekanntschaften mit den wichtigsten Pressepolitikern und journalistischen Persönlichkeiten ermöglichte. Der von ihm geleitete Verband leistete Pionierarbeit auch bei der Kontrolle und Veröffentlichung kontrollierter Auflagezahlen, eine Arbeit, die später vom "Verband österreichischer Zeitungsherausgeber" übernommen wurde.

Mit der Auflösung und Rückgabe der alliierten Sendergruppen an die Republik seit 1953, vor allem aber nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages fand die seit 1952 immer intensiver geführte Diskussion um die Neuordnung des österreichischen

Nachkriegsrundfunk Eingang in praktisch-politische Maßnahmen. An dieser Neuordnungsdiskussion, die mit der Konstituierung der "Österreichischen Rundfunk Ges. m.b.H." als Nachfolgerin der alten RAVAG ihren vorläufigen Abschluß fand, hatte Ergert, nach seinem Weggang vom "Verband unabhängiger und freier Presse", mehrfach mit Exposés und Memoranden mitgewirkt; seine engen Kontakte mit nahezu der gesamten Führungsgarnitur des österreichischen Journalismus - man sehe hierzu nur seine im Nachlaß befindliche Kartei ein - prädestinierte ihn zu jener Funktion, die er dann bis zu seiner Pensionierung einnahm: Leiter der Pressestelle, zunächst unter dem Generaldirektor Karl Cejka, in den Jahren 1957-69 auch als Redakteur, später (als Nachfolger Hans Bujaks) auch als Chefredakteur von "Radio Österreich", der offiziellen Programmzeitschrift des ORF.

Als Nicht-Parteigebundener, der sich zu keiner der beiden großen Parteien sonderlich hingezogen fühlte, hatte es Ergert in der Hochblüte des Parteienproporzes im Rundfunk (wie er 1952 formell institutionalisiert wurde) nicht leicht, sich gegen die zahlreichen Intrigen zu verteidigen. Erst recht schwer wurde es ihm mit dem im Jahre 1967 erfolgten Amtsantritt Gerd Bachers, dessen vorrangigstes Ziel die Auswechslung der gesamten bisherigen Führungsmannschaft zu sein schien. Ergert mußte zunächst im Jahre 1967 die Leitung der Pressestelle abgeben; 1969 wurde überdies die Programmzeitschrift "Radio Österreich" ohne Nachfolge eingestellt. Kein Wunder, daß Ergert, nun schon fast 50-jährig, noch einmal einen Wechsel zurück in die Tagespresse überlegte (wo ihm seitens des Herausgeberverbandes ein Angebot gemacht wurde). Nach einigem Überlegen entschloß er sich indes, die Herausforderung anzunehmen, und akzeptierte Bachers Angebot zur Zusammenstellung eines täglichen hausinternen und wöchentlichen "Pressespiegels". Der erzwungene Rückzug entlastete den Dauerarbeiter und ließ ihn nach weiteren Betätigungsmöglichkeiten Umschau halten.

Von sich aus trug Ergert Ende der sechziger Jahre an Bacher das Projekt einer umfangreichen, populären Rundfunkgeschichte aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des ORF heran, zumal er bereits eine im Jahre 1964 erschienene Foto-Dokumentation zusammengestellt hatte. Damit schloß sich der Kreis von Ergerts Interessen und führte ihn in seinen letzten aktiven Jahren wieder zurück zu seinem seit jeher bestehenden großen Interesse für Zeitgeschichte. In rascher Folge erschienen nun die ersten beiden der auf vier Bände angelegten Rundfunkgeschichte, die bewußt ohne wissenschaftlichen Anspruch in Form einer populären Hausgeschichte abgefaßt war. Während man dem ersten Band, der pünktlich im Jahre 1974 erschien, noch den Zeitdruck anmerkt, weshalb dem Verfasser nur eine journalistisch-knappe Darstellung der Ereignisse zwischen 1924 und 1945 möglich war, wird die Darstellung in den beiden folgenden Bänden (1975 und 1977) zunehmend akribischer und detailgetreuer. Hier mußte Ergert größtenteils nicht mehr, wie noch im 1. Band (wo er im Nachwort entschuldigend auf eine "noch anzulegende Dokumentensammlung" hinwies), aus fremden Quellen schöpfen, sondern konnte zunehmend auf seine eigenen Kenntnisse, Erfahrungen und Dokumentensammlung aufbauen. In seiner Darstellung der Jahre 1945-57 und 1957-74 verzichtete er in einem überraschend hohen Maße auf sensationelle Enthüllungen aus der hausinternen Geschichte

und verlegte das Schwergewicht auf den Kausalnexus von inneren Veränderungen und allgemein- sowie rundfunkpolitischen Determinanten. Für seine Pionierarbeit auf dem Gebiet der Rundfunkgeschichtsschreibung, die er bescheiden wohl als Anstoß, nicht aber als fertigen Bau, an dem nicht zu rütteln war, verstand, wurde Viktor Ergert vom Bundesministerium für Unterricht im Jahre 1978 mit dem Titel eines Professors ausgezeichnet.

Das Manuskript für den geplanten vierten Band, für den er noch in der Ära Oberhammer den Auftrag erhalten hatte, sollte neben einer kritischen Darstellung der Ära Bacher I (1967-74) eine kurze Programmgeschichte von Hörfunk und Fernsehen nach 1975 umfassen. Daß es, obwohl bereits 1982 abgeliefert, nicht das Imprimatur des inzwischen wieder zurückberufenen Bacher erhielt, zeigt einmal mehr, daß sich Geschichtsschreibung niemals außerhalb der Zeitereignisse zu stellen vermag, mag auch der Verfasser bereits seinen Frieden mit ihr geschlossen haben. Diese späte Einsicht muß Viktor Ergert, der vor seiner Pensionierung stand und sich stets zu den Vorsichtigen rechnete, bitter berührt haben. Die kurze Zeitspanne seines Ruhestandes vor seinem Hinscheiden am 24. Juli 1984 verbrachte er zurückgezogen, nahm jedoch trotzdem an den Vorbereitungen für die anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des ORF bis zuletzt tätigen Anteil, stets bereit zu helfen, wenn man ihn fragte.

Theodor Venus

#### IV.

#### Unterhaltung in der Geschichte

In den Kinos ist Milos Formans und Peter Shaffers "Amadeus" gelaufen, eine Allegorie auf den psychologischen Konflikt zwischen Mittelmäßigkeit und Genialität, dargestellt an den zehn letzten Lebensjahren des Wolfgang Amadeus Mozart aus der Perspektive seines Rivalen und Widersachers am Wiener Hof, dem "Hofkompositeur" Antonio Salieri. Interessant an diesem Film sind die Schlaglichter auf zwei Unterhaltungsinstitutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts: Volksbühne und Hoftheater. Besonders die Funktionen, denen der höfische Bühnenbetrieb mit seinem Publikum unterlag - eine mehr oder minder durch Intrigen gesteuerte Öffentlichkeit, die über die Regelcodices der höfischen Gesellschaft in direkter Kommunikation eine herrschende Meinung herausbildete - sind als atmosphärische Grundlage der eigentlichen Geschichte gelungen eingearbeitet worden. Insofern bietet dieser Film im Rahmen einer empfehlenswerten Abendunterhaltung auch einige Anregungen zur Geschichte der Unterhaltung aus der Perspektive der Publizistik. Er zeigt Schlaglichter auf einige Formen historischer Veranstaltungen, die als "Zeitkünste" (Walter Hagemann) letztlich das Reservoir an Formen bereitstellte, aus dem heraus zunächst der Hörfunk, dann das Fernsehen (über das Kino) ihre Formen der Programmaussage entwickelten.

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

Dieses Schreiben richtet sich an den verantwortlichen Redakteur der MITTEILUNGEN des Studienkreises Rundfunk und Geschichte und betrifft die Oktober-Ausgabe Nr. 4 im 10. Jahrgang. Darin enthalten ist das Interview mit Dr. Kurt und Andrea Brunnen-Wagenführ über die "Fernseh-Informationen". In diesem Interview ist leider ein schlimmer Fehler, der künftigen Historikern einigen Kummer bereiten dürfte und den wir herzlich bitten, in einer der nächsten Ausgaben der MITTEILUNGEN korrigieren zu wollen: Hans Schaefer, Gründer und Herausgeber der "Fernseh-Informationen", schreibt sich mit "ae" und nicht, wie laufend in dem veröffentlichten Text, mit "ä". Wir haben, auch aus diesem Grund, bedauert, daß wir die Bandabschrift nicht vor der Drucklegung noch einmal durchsehen konnten. Für eine kleine Notiz in den nächsten MITTEILUNGEN, die den Fehler korrigiert, wären wir Ihnen dankbar.

Gauting, Ende Oktober 1984

Dr. Kurt Wagenführ  
Andrea Brunnen-Wagenführ

FÜNFZEHNTE JAHRESTAGUNG, BERLIN 27.-29. SEPTEMBER 1984

Wie immer nach den Jahrestagungen dokumentieren die MITTEILUNGEN, die mit dieser Ausgabe den 11. Jahrgang eröffnen, ausgewählte Referate und Pressestimmen. Ergänzt wird der Abdruck der Vorträge von Norbert Frei, Wolfgang Mittas und Gerhard Naehrer durch den zweiten Teil des Literaturüberblicks mit Quellenhinweisen zur Mediengeschichte Berlins 1945-1959 von Peter Leudts.

FRIEDRICH P. KAHLENBERG

Aus der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden

"Rundfunk in der Nachbarschaft zu Presse und Film" - läßt sich ein besserer Tagungsort für die Behandlung dieses Themas vorstellen als Berlin? Unter dem gleichen Thema stand die 14. Jahrestagung des Studienkreises im September letzten Jahres in München; wir beschäftigten uns mit Fragen des Medientransfers in Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik wie nach 1945. Aus gutem Grunde haben wir für die diesjährige Tagung das Thema zugespitzt auf das Beispiel Berlin. Denn Berlin ist eine der dichtesten Kommunikationslandschaften in der uns bekannten Welt. Gemessen an der Zahl der hier tätigen eigenständigen Zeitungsredaktionen weist keine andere Stadt in der Bundesrepublik Deutschland eine ähnliche Pressevielfalt auf. Sieben Tageszeitungen - jedenfalls mehr als in Hamburg, München und Frankfurt -, zwei Stadtilustrierte, 25 Anzeigenblätter, ca. 25 Publikums- und wissenschaftliche Zeitschriften erscheinen in Berlin; sie alle behaupten ihren Anteil am Werbeaufkommen. Berlin ist nach wie vor eine Pressestadt.

Berlin hat eine eigene Landesrundfunkanstalt, den SFB, der drei Programme ausstrahlt, darüber hinaus den RIAS mit zwei eigenen Vollprogrammen, und auch AFN Berlin, Radio Forces Francaises de Berlin und BBC senden täglich ein eigenes Hörfunkprogramm. Der SFB leistet seinen Beitrag zum Programm des Deutschen Fernsehens und ist mit seinem Dritten Programm Partner in der Nord-schiene. Hinzu kommen noch das ZDF mit einem eigenen Studio in Berlin und drei weitere eigenständige Fernseh-Programme der Westalliierten. Berlin ist ein Rundfunk-Zentrum eigener Prägung!

Berlin hat einen Weltruf als Filmstadt, der zumindest während der Tage der "Berlinale" nicht nur öffentlich bewußtgemacht wird, sondern dann auch gerechtfertigt ist. Zwar werden in München (dem letztjährigen Tagungsort des Studienkreises) und auch in Hamburg heute mehr Filme produziert denn in Berlin, aber das Angebot der Kinoprogramme ist in keiner deutschsprachigen Großstadt vielfältiger und attraktiver als in Berlin.

Berlin ist ein kulturelles Zentrum ersten Ranges, und dies gilt nicht nur für die Vielgestalt der großen Museen, für die darstellenden Künste in Theater und Kabarett, für das Angebot

an Konzerten, für die Qualität hier geschriebener Kritiken, Essays und Bücher zum Kultur- und Mediengeschehen, es gilt auch für die sogenannte Subkultur, für die unendlich variationsreichen Versuche der Erprobung alternativer ökonomischer wie sozialer Produktions- und Lebensformen. Berlin ist auch eine Stadt der Hoffnung vieler unserer Kinder.

Während Sie in Gedanken beim Hinhören auf diese Begrüßung Ihre eigenen Eindrücke und Erfahrungen visualisieren, meldet sich längst Ihr kritischer Einwand. Denn neben dem beschriebenen Berlin, unserem Tagungsort, gibt es noch das andere Berlin: die Hauptstadt der DDR. Auch dieses Berlin ist ebenso kulturelles Zentrum wie Presse-, Rundfunk- und Filmstadt, und seine Rundfunkmedien überschneiden sich mit jenen unseres Tagungsortes. Wenn sie auch nicht offen miteinander konkurrieren, so korrespondieren sie doch auf spezifische Weise. Berlin ist eben auch ein Schnittpunkt der Medien des Ostens und des Westens, im Grunde eine täglich fortgesetzte Programm-Messe des publizistischen Angebots. Für jeden Medien-, Kommunikations- und Kulturwissenschaftler, für jeden journalistisch oder künstlerisch, kreativ oder reproduzierend Interessierten ist Berlin ein unvergleichlich vorteilhafter Studien- und Arbeitsplatz, ein großartiges Experimentier- und Erfahrungsfeld, ein "Eldorado".

Sie, die Teilnehmer an der 15. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, übersehen nicht die Probleme, die bei allem Reichtum des Angebots an gesellschaftlicher Kommunikation in Berlin auch evident werden, vielleicht früher als andernorts auch auf den Punkt gedacht werden. Berlin ist auch eine der am dichtesten verkabelten Stadtlandschaften in Deutschland, unübersehbar ist die Vorreiterrolle der Stadt bei Bildschirmtext, bei der anstehenden Errichtung der Erdfunkstelle Berlin, und die Nutzung der "neuen" Medien findet in Berlin ebenso engagierte Förderer wie Kritiker. Weil sich die Gesamtauflage der Berliner Tageszeitungen rückläufig entwickelt, weil das Werbeaufkommen keinen Zuwachs mehr erfährt, verlangen die Zeitungen staatlichen Schutz vor den neuen Medientechniken. Daneben aber unterstützen sie das überregionale Presse-Fernsehen. Der Sender Freies Berlin wiederum hat als einzige Landesrundfunkanstalt seine Beteiligung an dem in seinem Sendegebiet vorbereiteten Kabelpilotprojekt zumindest vorläufig abgelehnt. Mit vollem Recht eignet sich Berlin als vorzüglicher Studienplatz, die Probleme medial vermittelter gesellschaftlicher Kommunikation schärfer, vielleicht auch früher in ihrer Signifikanz zu erkennen und zu diskutieren.

Trotz dieser aus der Gegebenheit der Kommunikationslandschaft Berlin herrührender Vorzüge bietet Berlin als Ausbildungsstätte für publizistischen Nachwuchs eher ein verwirrendes Bild. Wir hören von einem entsprechenden Ausbildungsgang in der Hochschule der Künste, wir wissen durch unsere Berliner Mitglieder von den finanziellen Minderausstattungen der medienkundlichen Forschungsinteressen in der TU, wir respektieren die mit Unterstützung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung geleistete Arbeit für jüngere Journalisten des Auslands am International Institute of Journalism und das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geförderte TU-Training Centre des Senders Freies Berlin. Viele unter uns er-

innern sich des einen oder anderen Beispiels gelungener Abschlußfilme an der Deutschen Film- und Fernseh-Akademie. Zu bedauern habe ich, daß nicht mehr Studenten aus dem Fachbereich Publizistik in der FU als Gäste an unserer Tagung teilnehmen. Von keiner der genannten Ausbildungsstätten hören wir übrigens von einer ausreichenden Berücksichtigung historischer Fragestellungen zur Geschichte der Medien - eine Anmerkung, die auch als Anregung verstanden werden mag.

Bei seiner satzungsgemäßen Aufgabe, "Arbeiten auf allen rundfunk(Hörfunk- und Fernsehen)bezogenen Wissenschaftsgebieten zu fördern und zu betreiben", hat sich der Studienkreis stets angelegen sein lassen, nach den Voraussetzungen, Bedingungen, Motiven und Ergebnissen der geschichtlichen Entwicklung zu fragen. Das Kulturleben des 19. Jahrhunderts wurde im 20. Jahrhundert fortdauernd von "neuen" Medien herausgefordert, die gegenseitige Durchdringung einzelner Zweige des Kulturlebens wie deren Wirkung auf die Gesellschaft im industriellen Zeitalter hat nicht erst in den siebziger Jahren eingesetzt. Die Presse wurde bereits in den zwanziger Jahren vom Rundfunk herausgefordert wie der Film das Schaugewerbe und das Varieté verdrängte, später den Alltag der Musik beeinflusste und selbst wieder vom Fernsehen eingeholt und in allen seinen ökonomischen Bedingungen beeinflusst, verändert wurde. Während der vorausgegangenen 14. Jahrestagung in München im September 1983 standen Fragen des Verhältnisses von Presse und Rundfunk, von Film und Fernsehen in der Weimarer Republik wie in der Zeit der Bundesrepublik zur Diskussion. In konkreter Fortsetzung der dort gestellten Fragen wollen wir uns heute und morgen mit der Entwicklung in Berlin seit 1945 beschäftigen. Trotz unserer historisch gewandten Erkenntnisinteressen haben wir die Kategorie der Zukunft nicht vernachlässigt, die geschichtliches Wissen notwendigerweise impliziert. Insofern bleibt anzumerken, daß der Studienkreis weder eine Präferenz für die ARD oder das ZDF, für die öffentlich-rechtliche Rundfunkwerbung oder für internationale Beziehungen kennt, noch je versäumt hat, daran zu erinnern, daß Rundfunkgeschichte immer in den Zusammenhang der Entwicklung aller Medien eingebettet bleibt, Teil der Geschichte der gesellschaftlichen Kommunikation in Deutschland ist. Deshalb wird sich der Studienkreis auch mit den privaten Programmveranstaltern im Rahmen seiner Möglichkeiten beschäftigen. Uns ist jedenfalls die private Rundfunkszene kein Tabu, und als Auftakt erhoffen wir nun während dieser Tagung einige Anregungen aus der Diskussion der Referate von Wolfgang Mittas und Gerhard Naehrer.

SFB 2 Dienstag, 2. September 1984. Autor: Rainer Kabel

Apropos Medienstadt Berlin, meine Damen und Herren, früher hieß es: "Filmstadt Berlin". Heute wäre "Medienstadt" angemessener; denn der Film ist nur noch ein modernes Medium unter anderen: es gibt Rundfunk und Fernsehen, Kabelfernsehen und Satelliten, Video, Videotext und ganz moderne - interaktive - Medien wie Bildschirmtext und demnächst Bildfernsprechen, Abruf von Filmen,

Fernlernen per Bildschirm. "Medienstadt" Berlin - ja tatsächlich hat Berlin in seinem westlichen Teil viel aufzuweisen an Rundfunkstationen, Filmbetrieben, Fertigungsstätten für elektronische Geräte, Ausbildungsmöglichkeiten für junge Leute, die im Medienbetrieb arbeiten möchten.

Am vergangenen Wochenende beschäftigte sich im Haus des Rundfunks an der Masurenallee ein größerer Kreis von Experten aus Universitäten, Instituten, Rundfunkanstalten, Verlagen, Industrie und von privaten Medienfirmen mit der jüngsten Mediengeschichte unserer Stadt. Der "Studienkreis Rundfunk und Geschichte" tagte in Berlin und beschäftigte sich mit den Medien in unserer Stadt nach dem Kriege. Ein junger Wissenschaftler aus München, Norbert Frei, sprach über die Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg, über die Wiedergründung und Neugründung von lizensierten Zeitungen, über den Einfluß der Besatzungsmächte auf den Inhalt. Wohltuend, von der liberalen und für einen unabhängigen Journalismus hilfreichen Pressepolitik der Amerikaner zu hören, von Erik Reger und vom Tagesspiegel. Thilo Koch, in den fünfziger Jahren Mitarbeiter und dann Leiter der Berliner Studios von NWDR und NDR, berichtete von der Aufbruchstimmung jener Jahre, vom kulturellen Leben einer Metropole, eingefangen und verstärkt durch die Rundfunkprogramme. Ein junger Kritiker, Karsten Witte, bemängelte das fehlende kritische Bewußtsein der Medienleute von damals; viele Nazi-Künstler spielten auch im Kulturbetrieb der Nachkriegszeit wieder eine bedeutende Rolle. Thilo Koch und Hans Borgelt versuchten zu erklären, daß über der Freude am Neubeginn, in der Aufbruchstimmung jener Tage, im glitzernden kulturellen Trubel kritische Maßstäbe, wie sie dann später sich einstellten, noch nicht entstehen konnten. Man lebte und war froh, den schrecklichen Krieg überlebt zu haben. Thilo Koch berichtete damals im Nordwestdeutschen Rundfunk für den ganzen nord- und westdeutschen Raum von der lebenslustigen, ereignisreichen Kulturmetropole Berlin. Mauerbau und Verhärtung des Ost-West-Konflikts, so schilderte er seinen weiteren Berufsweg, machten ihn dann zum politischen Journalisten. Professor Friedrich Kahlenberg, Vorsitzender des Studienkreises und Direktor am Bundesarchiv in Koblenz, beschrieb Berlin als die dichteste Kommunikationslandschaft Europas, mit Film- und Fernsehbetrieben, mit einem weit ausgebauten Kabelfernsehnetz, mit seiner Vorreiterrolle beim modernen Medium Bildschirmtext, mit seinen zahlreichen Ausbildungsstätten an der Hochschule der Künste, an der Technischen Universität und an der Freien Universität Berlin, mit dem Television Training Center am SFB für Fernsehkräfte aus Entwicklungsländern, mit dem International Institute of Journalism und mit der Deutschen Film- und Fernseh-Akademie. Kahlenberg kritisierte die mangelnde Koordination der Medienausbildungsstätten in Berlin.

Die Voraussetzungen für Berlin als Medienstadt, mit Drehorten, Filmbetrieben, Fachleuten, Künstlern, Nachwuchs, sind immer noch gut. Allerdings wies Hans-Bodo von Dincklage, Geschäftsführer der Berliner Werbefunk-Gesellschaft, auf die Abwanderung von Produktionsbetrieben hin und beklagte den Mangel an ganz bestimmten Fachleuten für den Produktionsbetrieb. Gerhard Naehrer, vormals Direktor im Ullstein Verlag, Berlin, und jetzt Geschäftsführer der von 150 Verlagen gegründeten Aktuellen Presse Fernsehen GmbH, dessen neue Gesellschaft ihren Sitz in Hamburg

genommen hat und nicht in Berlin, hatte keine befriedigende Erklärung für die Standortwahl Hamburg. Ich meine, daß der Berliner Senat - und er ist verantwortlich für die schlechte oder völlig fehlende Koordination von Filmförderung, Wirtschaftsförderung der Produktionsbetriebe, Ansiedlungspolitik, Kabelpilotprojekt und Medienausbildung an den Berliner Hochschulen - ich meine, daß der Berliner Senat gut daran täte, schnellstens eine Koordinierungsstelle einzurichten, ähnlich wie das der Hamburger Senat mit einem eigenen, schon erfolgreichen Medienbeauftragten getan hat. Sonst ist es bald nichts mehr mit der Medienstadt Berlin.

---

epd. / Kirche und Rundfunk Nr. 79 vom 6. Oktober 1984

---

## **Am Schnittpunkt**

### **Jahrestagung „Studienkreis Rundfunk und Geschichte“ / Von Ute Trautmann**

epd Wie schon im Vorjahr, so stand auch dieses Mal auf der - inzwischen 15. - Jahrestagung des „Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ das Thema „Medientransfer“ auf dem Programm. Nachdem man sich bei der vorausgegangenen Münchner Jahrestagung dem Verhältnis von Presse und Rundfunk, von Film und Fernsehen in der Weimarer- und in der Bundesrepublik gewidmet hatte, wollte man nun (27. bis 29.9.) die Struktur der intermediären Beziehungen am konkreten Beispiel Berlins untersuchen. Berlin, die geteilte Stadt, Schnittpunkt der Medien des Ostens und des Westens - kulturelles Zentrum und „Medienstadt“ hier wie dort. In der medienpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik bleibt dieses scheinbare „Medien-Eldorado“ oft unberücksichtigt, obwohl sich möglicherweise gerade hier - angesichts von sechs Tageszeitungen, einer nicht unbedeutenden Alternativpresse, acht Fernsehprogrammen und 13 UKW-Stationen - Veränderungen der Medienstruktur und Probleme gesellschaftlich vermittelter Kommunikation schärfer und vielleicht auch früher abzeichnen.

In Berlin waren rund 60 Medienwissenschaftler und Rundfunkjournalisten an historischer Stätte zusammengekommen: im Haus des Rundfunks, dessen Architektur und Geschichte der Ehrenvorsitzende Wilhelm Treue am Eröffnungsabend erläuterte. Hier nun stellte Norbert Frei (Institut für Zeitgeschichte, München) die „Medienpolitik der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg“ und insbesondere in der Vier-Sektoren-Stadt vor. Er kam zu dem Schluß, daß die strukturellen und personellen Eingriffe der Alliierten in keinem anderen Bereich von Politik und Gesellschaft eine so fundamentale und nachhaltige Bedeutung erlangt hätten wie bei Presse und Rundfunk. Die heute führenden Tages- und Wochenzeitungen seien ehemalige Lizenzgründungen, das - wenn auch angeschlagene - öffentlich-rechtliche Rundfunksystem sei den „Weichenstellungen“ der Briten und Amerikaner zu verdanken. Die medienpolitische Lage in Berlin allerdings habe sich grundlegend von der in den Besatzungszonen unterschieden. Hier hätten die Sowjets mit dem Berliner Rundfunk und schnell gegründeten Lizenzzeitungen anfangs geradezu ein Informationsmonopol besessen. Erst 1946/47 entwickelte sich unter dem Einfluß von RIAS, NWDR Berlin und einflußreicher Zeitschriften ein „interalliiertes kommunikativer Wettbewerb“, der schließlich zu lang anhaltenden, „offenen Konfrontation“ eskalierte.

An diesen Punkt knüpfte die Feststellung Hans Bohrmanns (Institut für Zeitungsforschung, Dortmund) an, der „erzwungene“ Verzicht auf den Vertrieb von 'West-Zeitungen' im sowjetischen Sektor mit dem anschließenden Boykott von 'Ost-Blättern' im Westen habe 1946 eine neue publizistische Situation in Berlin ausgelöst. Das Fazit Bohrmanns, durch die Spaltung Deutschlands und Berlins sowie durch die spezifische Pressepolitik der Alliierten in Westberlin sei der Einfluß der Berliner Publizistik für ganz Deutschland außerordentlich verringert worden, leuchtete zwar ein. Offen blieb jedoch die Frage, ob dies auch für den Rundfunk gelte, ob die Auflösung des NWDR Berlin und die Gründung des SFB nicht auch zu einem ökonomischen und kulturellen Aufschwung Berlins beigetragen habe.

Dem Medium Film schließlich widmeten sich Gerd Albrecht (Institut für Filmkunde, Frankfurt) und Thilo Koch. Albrecht skizzierte die Entwicklung des Verhältnisses von Film und Fernsehen in den fünfziger Jahren. Die Stimmung bei Rundfunk und Film charakterisierte er besonders in technischer Hinsicht als euphorisch. Doch habe weder die Filmwirtschaft noch der Rundfunk über konkrete Zielvorstellungen oder gar ein Medienkonzept verfügt. Die Angst vor einem Verdrängungswettbewerb und die gegensätzlichen Interessen von Produzenten und filmtechnischen Betrieben einerseits und der Filmverleiher und Kinobesitzer andererseits hätten eine Eini-gung mit dem „neuen“ Medium verhindert. Die Forderung von 1955 - „Dem Fernsehen keinen Meter Film!“ - mute vor dem Hintergrund einer bereits damals schon stetig wachsenden Zahl von Spielfilmen im Fernsehen schon beinahe paradox an. Doch zeige der hierdurch ausgelöste Eklat, daß das Programmprodukt Film ebenso wenig in die Wettbewerbsdiskussion einbezogen wurde wie die Frage nach dem Zuschauerinteresse. Die Filmwirtschaft sah sich gegenüber dem Fernsehen vor allem in Hinblick auf die Rezeptionssituation, die ökonomischen Bedingungen und die Rolle der Filmkritik benachteiligt. Die Rundfunkanstalten reagierten überaus prag-matisch und brachten die Verhandlungen Ende der fünfziger Jahre schließlich wieder in Gang. Re-sümierend meinte Albrecht, man könne bis zum Jahre 1962 nicht von einer Medienpolitik des Bundes gegenüber Film und Fernsehen sprechen. Die ordnungspolitische Aufgabe des Bundes sei erst im Zusammenhang mit dem „Ersten Fernsehurteil“ deutlich geworden. Des weiteren sei zu erkennen, daß der Film nicht als Reservoir für die künstlerischen und publizistischen Aspekte des Fernsehens gesehen, die Chance des „Verbundsystems“ Theater-Film-Fernsehen nicht be-griffen worden sei.

Thilo Koch, ob seiner multimedialen journalistischen Tätigkeiten als „personifiziertes Beispiel des Medientransfers“ vorgestellt, widmete sich der „Welt des Films im Rundfunkpro-gramm der Nachkriegszeit“ aus ganz persönlicher Sicht. Er plauderte gekonnt und amüsant aus dem Nähkästchen seiner Berliner Reporter-Zeit. Auch wenn er den Film als nicht so wichtig ein-schätzte wie etwa das Theater, so betonte er doch die Bedeutung, die beispielsweise die Berlina-le für das Gefühl der Anbindung an den Westen hatte. Mit seinen Funk-Feuilletons über den Film belegte Koch seine These, die außergewöhnliche Lage Berlins habe immer auch in die Kultur-Berichterstattung Eingang gefunden. Besonders deutlich ließ sich das - unbeabsichtigt - vor allem an Textstellen erkennen, in denen sich das politische Zeitkolorit niederschlug.

Auf das Verhältnis von Presse und Rundfunk gingen Wolfgang Mittas (SFB) und Gerhard Naeher (Aktuell Presse Fernsehen, APF) aus unterschiedlicher Perspektive ein. Mittas lieferte einen chronologischen Abriß des Wettbewerbs zwischen Presse und Rundfunk in den sechziger Jahren. Für die Berlin-Thematik bleibt hierbei festzuhalten, daß die Situation in Berlin niemals grundsätzlich von den Wettbewerbsentwicklungen in der Bundesrepublik abwich. Am Ende der Veranstaltung war man schließlich in der Gegenwart angelangt. Der Geschäftsführer von APF stellte die „Motive und Perspektiven des Pressefernsehens“ vor. Wie nicht anders zu erwarten, wandte er sich gegen die „jahrelang breitgestreute Mär von der Alternative zwischen verantwor-tungsbewußtem öffentlich-rechtlichem Programm und niveauloser privater Dauerberieselung“. Sein Plädoyer für eine Beteiligung der Verleger am Rundfunk verlief dann allerdings nach einem nicht minder bekannten Argumentationsmuster: größere Auswahlmöglichkeiten für den Rezi-pienten, Zwang der technischen Innovation, Exportmärkte, Arbeitsplätze etc. Den Privatfunk-plänen böte sich in der Bundesrepublik zwar eine denkbar schlechte Ausgangslage, die Tages-zeitungen und vor allem die Sonntagszeitungen sähen sich aber wegen der zu erwartenden Um-verteilungen auf dem Werbemarkt zum Einstieg in den Rundfunk gezwungen. Naeher verwies ferner darauf, daß die aus 150 Verlagen bestehende APF „kein Verleger-, sondern Pressefernse-hen“ mache, was ein breites journalistisches Meinungsspektrum garantiere.

Die Zuhörerschaft, von detailbesessenen Referaten und deren oftmals allzu langatmigen Ausführungen gelangweilt, bisweilen auch sichtlich eingeschläfert, wachte bei diesem Vortrag augenscheinlich auf. Wenigstens hier also stießen die Privaten auf (wissenschaftliche) Nachfra-ge. Na wenn das kein gutes Omen für sie ist...

Aus: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 9.10.1984

## Ein Nähkörbchen mit vielen offenen Fragen

Der „Studienkreis Rundfunk und Geschichte“ hielt eine Tagung in Berlin ab

„Medienpolitik macht müde“, bekannte Gerhard Naehrer, Geschäftsführer der APF (Aktuell Presse Fernsehen), die für das ab Januar nächsten Jahres vorgesehene Verlegerfernsehen eine als „aktuell, informativ und unterhaltend“ geplante Nachrichtensendung „Blick“ beisteuern will.

Der Vorstand des Studienkreises muß es wohl geahnt haben, hatte er doch für reichlich Kaffee und ein nicht unattraktives Ambiente gesorgt („Berlin tut gut“ – Fremdenverkehrswerbung 1984). Das hatte auch alles seine Richtigkeit, schließlich ging es ja um die „Historischen Bedingungen des Medientransfers am Beispiel Berlins“. Damit nahm man die auf der Münchner Tagung im Vorjahr so vielversprechend begonnene Beschäftigung mit dem „Medientransfer“ wieder auf, dem komplizierten Beziehungsgeflecht zwischen Presse, Funk und Film. Der Sonderfall Berlin, der „Medienstadt“ schlechthin, sollte diese intermediären Verknüpfungen nun für alle Studienkreis-Mitglieder anschaulich machen.

Am abgelegenen Tagungsort Berlin mag es dann wohl gelegen haben, daß sich im „Haus des Rundfunks“ fast nur die „alten Hasen“ des Studienkreises

zusammenfanden. Studenten, für die die alljährliche Veranstaltung doch insbesondere gedacht ist, fielen unter den etwa 60 Medienwissenschaftlern und Journalisten weniger durch ihre Anzahl als durch ihr Alter auf. Die Daheimgebliebenen können sich jedoch damit trösten, keine wissenschaftlichen „Highlights“ versäumt zu haben.

Es gelang nur ansatzweise, die bedeutungsvolle Sonderstellung der Berliner Medien und ihre Entwicklung parallel zur wechselvollen Geschichte der Stadt und zum medialen und politischen Geschehen im Reich und später in der Bundesrepublik systematisch herauszuarbeiten. Die Vorträge blieben Mosaiksteinchen, aus denen sich kein Gesamtbild zusammensetzen ließ.

Da gingen interessante Feststellungen und diskussionswürdige Thesen unter, wie etwa die von Norbert Frei vom Institut für Zeitgeschichte in München, der sich mit der „Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg“ und ihrer so einschneidenden wie nachhaltigen Prägung unserer Medienlandschaft befaßte. Ähnliches gilt auch für Hans Bohrmann vom Institut für Zeitungsforschung in Dortmund, der nach einer ausführlichen Darstellung der

Quellenlage bei seinem eigentlichen Thema „Rundfunk und Presse als Faktoren der öffentlichen Meinung in Berlin“ inhaltlich kaum über seinen Vordränger hinausging. Sein Fazit, der Einfluß der Publizistik Berlins sei durch die Spaltung Deutschlands und Berlins stark verringert worden, leuchtete zwar ein. Offen blieb jedoch die Frage, inwieweit die Auflösung des NWDR Berlin und die Gründung des SFB nicht auch zu einem ökonomischen und kulturellen Aufschwung Berlins beigetragen haben.

Gerd Albrecht vom Institut für Filmkunde in Frankfurt/M. ließ vor allem wegen der Rhetorik seines freien Vortrags aufhorchen. Aus seiner Beobachtung über „Film und Fernsehen im Zeichen des Verdrängungsprozesses“ schloß er, daß man bis zum Jahre 1962 nicht von einer Medienpolitik des Bundes gegenüber Film und Fernsehen sprechen könne. Die ordnungspolitische Aufgabe des Bundes sei erst im Zusammenhang mit dem „Ersten Fernsehurteil“ des Verfassungsgerichts deutlich geworden.

Fernsehroutinier Thilo Koch schließlich – ob seiner journalistischen Tätigkeiten bei nahezu allen Medien als „personalisiertes Beispiel des Medientransfers“ vorgestellt – plauderte gekonnt und amüsant aus dem Nähkästchen seiner Berliner Reporter-Zeit.

Zum Abschluß der Berlin-Thematik lieferte der Justitiar des SFB, Wolfgang Mittas, einen chronologischen Abriss des Wettbewerbs zwischen Rundfunk und Presse in den sechziger Jahren. Einziger Anknüpfungspunkt in Gerhard Naehers Vortrag über „Motive und Perspektiven des Pressefernsehens“ bildete die Frage, warum sich Berlin nicht als APF-Standort angeboten habe. Eine Frage, die letztlich offenbleiben mußte, da die kompetenten Politiker nicht erschienen waren.

Ute Trautmann

FUNK-Korrespondenz Nr. 41 / 12. Oktober 1984

## Politik

### Fragen des Medientransfers im Studienkreis Rundfunk und Geschichte

Zur abschließenden Podiumsdiskussion konnte Berlins Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Volker Hassemer, nicht kommen, weil er „mit großem Ernst und Verantwortungsbewußtsein“ mit den Berliner Philharmonikern und ihrem lebenslänglichen Chefdirigenten Herbert von Karajan darüber sprechen mußte, wie „auf partnerschaftlicher Basis“ ein „künstlerischer Neuanfang“ probiert werden könnte. Auch dies eine Frage des Medientransfers, denn nicht zuletzt waren die Orchestermusiker mit ihrem Chef über kommerzielle Auswertungen der künstlerischen Zusammenarbeit aneinandergeraten. Dies aber war nicht das Thema der 15. Jahrestagung des flächenübergreifende Zusammenarbeit praktizierenden eingetragenen Vereins zur Erforschung der Rundfunkgeschichte vom 27. bis 19. September, zu der etwa 100 Teilnehmer aus der Bundesrepublik, aus Holland, Österreich, der Schweiz und Frankreich nach Berlin gekommen waren. Immerwährende Fragestellung des von Mitgliedern aus den Rundfunkanstalten, der Industrie und den Forschungseinrichtungen getragenen Vereins ist die Geschichtslosigkeit heutiger Rundfunkpolitik. In der Eröffnungskonferenz sagte der Vorsitzende des Studienkreises, Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg vom Bundesarchiv in Koblenz, es werde in der heutigen Rundfunkpolitik ohne den Hintergrund der Vergangenheit debattiert. Man solle aber „der Vernunft eine Chance“ geben.

In seinem Eröffnungsreferat sprach Kahlenberg dann über die Wahl des Tagungsortes Berlin, der 1973 schon einmal gewählt worden war. „Berlin ist eine der dichtesten Kommunikationslandschaften in der uns bekannten Welt!“ hob Kahlenberg hervor. Berlin sei wegen der hier erscheinenden Tageszeitungen und Zeitschriften „nach wie vor eine Pressestadt“. Berlin habe aber auch wegen der vielen hier ansässigen Rundfunkproduktionsstätten den Ruf eines „Rundfunk-Zentrums eigener Prägung“. Berlin sei ferner „eine Stadt der Hoffnung vieler unserer Kinder“. Im Zeichen des Umbruchs der Rundfunklandschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum möglich gewordenen Privatfunk und -fernsehen verwies Kahlenberg auf die Unvoreingenommenheit des Studienkreises, der sich auch zunehmend mit den privaten Programmveranstaltern zu beschäftigen gedenke. „Uns ist jedenfalls die private Rundfunkszene kein Tabu“, beendete Kahlenberg seine Eröffnungsrede.

Zur Bewertung der historischen Bedingungen des Medientransfers sollten die Referate dienen, die den Hauptteil der Jahrestagung beanspruchten. Hans Bohrmann (Dortmund) sprach über „Rundfunk und Presse als Faktoren der öffentlichen Meinung in Berlin“. Peter Pleyer (Münster) über „Film und Fernsehen im Zeichen des Verdrängungsprozesses“, Thilo Koch über „Die Welt des Films im Rundfunkprogramm der Nachkriegszeit.“ In seinem Referat über „Rundfunk und Presse im Wettbewerb – Die Berliner Situation während der sechziger Jahre“ schilderte der Justitiar des SFB, Wolfgang Mittas, die damals im Zusammenhang mit Privatfunkbestrebungen der Adenauer-Regierung und des Axel C. Springer Verlages aufgekommenen Kontroversen, die nach Mittas' Ansicht von „bestürzender, brennender Aktualität“ sind. „Medienpolitik“, sagte Mittas, „wird in der politischen Wirklichkeit fernab jeder Kulturpolitik als Machtpolitik betrieben, und zur Machtpolitik gehört Geld.“ Mittas referierte dann die Entwicklung der Auseinandersetzung, die mit dem in die Rundfunkgeschichte eingegangenen „Michel-Bericht“ endete, in dem es hieß: „Zwischen Presse und Rundfunk bestehen keine Wettbewerbsverzerrungen. Beide Medien konkurrieren nicht miteinander, sondern sie ergänzen sich vielmehr in ihrer Wirkungsweise. Das gilt sowohl für den publizistischen Bereich als auch für den Werbemarkt.“ Im Bericht von 1967 wurde ausdrücklich geschrieben: „Ein Verlegerfernsehen wird mit Nachdruck abgelehnt.“ Für die Berliner Medienszene ergab sich aus der marktbeherrschenden Position des Springer-Konzerns, daß die Michel-Kommission vor der Ausnutzung dieser Marktposition ausdrücklich warnte. Eine weitere Entscheidung

zugunsten des Rundfunks traf das Bundesverwaltungsgericht am 10. Dezember 1971, das feststellte, die Demokratie erfordere eine vielfältige und unbeeinflusste Information, und die Rundfunkfreiheit diene dieser Funktion durch die Abwehr von Meinungsmonopolen. Zur gegenwärtigen Situation führte Mittas aus, ein in sich geschlossenes Medienkonzept sei nicht sichtbar, „weil die Medienpolitik von machtpolitischen Überlegungen geprägt ist.“ Mittas sagte: „Ich sage voraus, daß der wirtschaftliche und publizistische Wettbewerb, insbesondere innerhalb der Presse, sich konfliktträchtig verschärfen wird.“

In einem weiteren, eher dem Heutigen zugekehrten Referat, berichtete Gerhard Naehrer, Geschäftsführer des Aktuell Presse-Fernsehen (Hamburg) über „Motive und Perspektiven des Presse-Fernsehens“. Naehrer wies darauf hin, die jahrelang „breitgetretene Mär von der Alternative zwischen verantwortungsbewußtem öffentlich-rechtlichem Programm und niveauloser privater Dauerberieselung“ wirke „inzwischen nur noch komisch vor dem Hintergrund gigantischer Filmeinkäufe durch ARD und ZDF oder Schwachsinnveranstaltungen wie dem alljährlich ausgestrahlten Schlagerwettbewerb.“ Naehrer vertrat die Ansicht, durch das Fernsehen werde

„die Welt transparenter“, und gerade das Fernsehen biete „die wenigsten Manipulationsmöglichkeiten“. Naehrer sagte wörtlich: „Durch die Vermehrung von Programmen erweitert sich für den Zuschauer die Vieltätigkeit des menschlichen Lebens. Und es ist gerade die Augenzeugenrolle, die ihm das Medium gegenüber menschlicher Wirklichkeit einräumt, die seine Skepsis gegenüber vorgegebenen, gesamtgesellschaftlichen Moralvorstellungen und gegenüber einheitlichen Weltbildern verstärkt. Im positiven Sinn trägt damit das Fernsehen zur Tugend der Aufrichtigkeit und Toleranz bei.“ Im Hinblick auf zukünftige private Programme forderte Naehrer aus einer Überzeugung, „daß das Kabel mit einer positiven Marktentwicklung rechnen kann“, daß „zusätzliche attraktive Programme über das Kabel empfangbar werden, die Kostenbelastung für den Haushalt maßvoll bleibt und die Einrichtung eines beantragten Kabelanschlusses reibungslos abgewickelt wird.“ Für die Medienpolitik der Länder stellte Naehrer die Forderung auf: „Wir brauchen Wettbewerbschancen, um überhaupt Fuß fassen zu können. Die Länder sollten sich ihrer Verantwortung bewußt werden und dafür sorgen, daß eine bundesweite Einspeisung unseres Programms (APF) sichergestellt ist. Wir brauchen Werbe-regelungen, die es uns erlauben, zu einer Finanzierung unseres Programms zu kommen.“

Zum Programm des APF und insbesondere zu den aktuellen Sendungen des „Blick“-Programms, das täglich live gesendet werden soll, meinte Naehrer: „Wir wollen aktuell über das Tagesgeschehen in Politik, Wirtschaft, Sport und Gesellschaft berichten. Aber wir wollen mehr als nur Nachrichten und Reportagen über die Ereignisse in Deutschland und der Welt bringen. Bei uns sollen alle lebensnahen Fragen stattfinden, also Themen wie Freizeit, Gesundheit, Reisen, Wohnen, Essen, Mode, Auto und Film usw. . Und vor allem wollen wir über interessante Menschen berichten: wie sie wirklich sind, wie sie leben, was sie zu sagen haben. Wir wollen nicht nur aktuell und informativ, sondern auch unterhaltend sein. Aber keineswegs wird in 'Blick' die Nachricht zur Unterhaltung verkommen.“

In der anschließenden Diskussion des Plenums des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, das nach Aussagen von seinem Vorsitzenden Friedrich Kahlenberg daran mangelte, daß die „Spitzen der Mitgliedschaft und ein großer Teil der Doktoranden“ aus Standortgründen nicht teilnahmen, warnte Wolfgang Mittas davor, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müßten „aufpassen, daß wir uns nicht anpassen“. Das Thema der im September 1985 stattfindenden 16. Jahrestagung des Studienkreises ist „50 Jahre Fernsehprogrammveranstaltungen in Deutschland“.

12.10.84—jb/FK

FERNSEH-INFORMATIONEN Nr. 20 / Oktober 1984

AKTUELLES UND KOMMERZIELLES SIND KEIN TABU

In Berlin: Jahrestagung '84 des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V."

"Rundfunk in der Nachbarschaft zu Presse und Film. Historische Bedingungen des Medientransfers. 2. Teil: Das Beispiel Berlin". Versteht man unter "Medientransfer" Berührungen, Beziehungen, Bedingtheiten, Veränderungen durch Umstände, Entwicklungen, Personen der Medien Rundfunk, Presse, Film, so ist das Thema weit genug gefasst, um Fachleute mehrere Male zu beschäftigen. Tatsächlich befasste sich der Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. auf seiner Jahrestagung in Berlin vom 27.-29.9. schon zum dritten Male damit: 1982 ging es um Interdependenzen von Technik und Programm, 1983 erstmals um Beziehungen zwischen Presse, Rundfunk/Fernsehen und Film, ein Beziehungskreis, der 1984 erneut aufgegriffen und in den engeren Rahmen Berlin gestellt wurde.

Das versprach heiße Aktualität, denn im Westen der früheren Hauptstadt sind wie in einem Brennglas viele der Berührungsprobleme zwischen den Medien schon seit langem sichtbar, die sich im Bundesgebiet in einer räumlich enger werdenden Medienlandschaft entwickeln werden. Der Axel-Springer-Verlag hält in Berlin ein Fast-Monopol bei den Printmedien, sieht den Sender Freies Berlin als Konkurrenten, der durch Werbefunk und Werbefernsehen einen Anteil von den Werbeeinnahmen der Wirtschaft erhält, der ohne SFB möglicherweise der Presse zugute gekommen wäre. Der SFB muß sich der Konkurrenz nicht nur der Presse, sondern auch vieler anderer Rundfunk- und Fernsehsender stellen. Es wäre interessant gewesen, "Medientransfer", gegenseitig bedingte Entwicklungen an bestimmten Punkten festzumachen.

Das gelang aber nur recht bruchstückhaft bei dieser mit fast 100 Fachleuten aus Rundfunkanstalten, Instituten und Archiven besuchten Tagung. Einen interessanten Aspekt steuerte Dr. Norbert Frei vom Institut für Zeitgeschichte in München bei: "Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg" in den vier Besatzungszonen und in der Vier-Sektorenstadt Berlin - interessant, weil er die Ursprünge der jetzigen Medienordnung (privat lizenzierte Presse, öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunk) allein in den Vorstellungen der englischen und amerikanischen Besatzungsoffiziere lokalisierte. Deren Konzept setzte sich sowohl im zunächst sowjetisch beherrschten Berlin als auch in der französisch-besetzten Zone durch und hat rund 40 Jahre allen Vorstößen von deutscher Seite, sie aus ideologischen, machtpolitischen oder finanziellen Gründen zu verändern, widerstanden. Unerforscht ist jedoch nach 1945 die Entstehung dieses Medienkonzepts für das besetzte West-Deutschland, eventuelle Absprachen der Alliierten über Kompetenzverteilung, Durchführung, Korrektur usw.; besonders in der französisch-besetzten Zone (Südwestfunk-Bereich) lassen sich bestehende große Lücken nur rückwirkend aus Erfahrung ihrer ersten Mitarbeiter und Zeugnisse ihrer Tätigkeit erforschen. Die Prägnanz der westlichen Medienpolitik, so Dr. Frei, die mit einem erheblichen Elite-Austausch einherging, sei in Westdeutschland unbestritten bis heute. .

Prof. Hans B o h r m a n n (Universität Dortmund) beschränkte sich in seinem Referat "Rundfunk und Presse als Faktoren der öffentlichen Meinung in Berlin" auf einen Vergleich zwischen NS- und Nachkriegszeit; seine These, durch die Spaltung der Stadt seien die publizistischen Einflußmöglichkeiten Berlins sehr geschwächt worden, fand in einem Punkt vehementen Widerspruch. Bohrmann bezeichnete die Gründung des SFB als einen Fehler, und meinte, der Senat habe seinerzeit die Chance zu grösserer Wirkungsmöglichkeit aus der Hand gegeben, als er ein Kooperationsangebot des Norddeutschen Rundfunks nicht annahm. Prof. Dr. Rainer K a b e l, Medienbeauftragter des SFB, widersprach und verwies auf die Ressourcen, die der SFB der Stadt schaffen oder erhalten konnte. Ganz sicher sei die SFB-Gründung kein Schildbürgerstreich gewesen, auch von der Frequenzsituation her sei sie gerechtfertigt, alles sei anderenfalls an den NDR in Hamburg vergeben worden und Berlin hätte das Nachsehen gehabt.

Noch bedauerlicher war, daß Dr. Gerd A l b r e c h t (Deutsches Institut für Filmkunde, Frankfurt/Main) die seinem Thema innewohnende Brisanz "Film und Fernsehen im Zeichen des Verdrängungsprozesses" nicht herausarbeiten konnte, weil der behandelte Zeitraum auf die Jahre bis 1962 beschränkt war. Aber auch in dieser Zeit hätte, so schien es Zuhörern, mancherlei genauer belichtet werden können. Immerhin

zeichnete Albrecht aber eine Entwicklungslinie des Film-Fernseh-Verhältnisses, die seine These untermauerte: ein Konzept auf Seiten des Film gab es nicht, die Verbände machten Politik, meist in Front zum Fernsehen, und konnten nicht verhindern, daß Spielfilm zu einer Hauptattraktion im Fernsehen wurde und die Rundfunk- und Fernsehanstalten sich zunehmend als Mitproduzenten von Filmen etablierten.

Das Thilo K o c h in Berlin bot, war kaum als Hinführung zu neuen Erkenntnissen über historischen Medientransfer zu werten, doch es war amüsant, und mit entwaffnender Ehrlichkeit gab er zu, "mehr als seine Berichte über die Berlinale können er leider zum Thema nicht beitragen". Warum wurde für den Vortrag "Die Welt des Films im Rundfunkprogramm der Nachkriegszeit" nicht ein Autor gefunden, der z.B. auch an den in den 70er Jahren im Fernsehen eingerichteten und leider wieder eingeschlafenen medienkritischen Sendungen nicht hätte vorbeigehen können?

In seinem sehr fundierten Referat "Rundfunk und Presse im Wettbewerb. Die Berliner Situation während der sechziger Jahre" erweiterte SFB-Justitiar Wolfgang M i t t a s die Ausführungen von Bohrmann dafür um aktuelle Schlaglichter auf Kampagnen der Springer-Zeitungen gegen den SFB während jener Jahre, in denen die Presse zum ersten Mal versuchte, ihren Fuß in die elektronischen Medien zu setzen und diesen die Werbung streitig machte. Er verwies auf die Gefahr übergreifender publizistischer Monopole bei der jetzigen Entwicklung, die er mit dem Prädikat "Machtpolitik, nicht Medienpolitik" kennzeichnete.

Prof. Dr. Friedrich P. K a h l e n b e r g (Bundesarchiv, Koblenz) reklamierte für den Verein, daß dieser sich historischen Problemen natürlich nicht nur im Bereich der öffentlich-rechtlichen Anstalten, sondern allen Phänomenen der Medienlandschaft nachgehe. So wurde erstmals ein Vertreter der künftigen privaten Rundfunkveranstalter zu einem Referat gebeten. Gerhard N a e h e r (Geschäftsführer APF, Hamburg) nutzte die Gelegenheit, in Änderung seines Themas über "Motive und Perspektiven des Pressefernsehens" zu sprechen. (Auszug siehe FI Nr. 19)

Aus der anschließenden Diskussion und dem Podiumsgespräch unter Leitung von Prof. Dr. Winfried B. L e r g (Universität Münster) haken sich einige Punkte im Gedächtnis fest. Naheher betonte, in Hamburg würde nicht das "Verlegerfernsehen" gemacht (eine als diffamierend empfundene Wortschöpfung aus Rundfunkkreisen), sondern bei APF "sind Journalisten, und die machen Presse-Fernsehen". Parteigremien lehnte er für diese Anstalt rundweg ab: Vielfalt und Ausgewogenheit stelle sich schon dadurch ein, daß über 160 kleine, mittlere und grössere Verlage beteiligt seien. Bodo v o n D i n c k l a g e fasste das heiße Eisen der Nachwuchsförderung an. Viel sei versäumt worden, jetzt sei ein echter Engpaß gerade in der Mittelschichte zu verzeichnen: Regisseure gebe es genug, dagegen fehlten Produktions- und Aufnahmeleiter, Geräuschemacher und Requisiteure. Er schlug vor, Verleger sollten nicht nur Personal abwerben, sondern zusammen mit der Filmindustrie etwas für die Nachwuchsförderung tun, denn unter dem Mangel litten alle.

Berlin als Tagungsort ist immer ein besonderes Erlebnis; daß bei der Jahresversammlung 1984 des Studienkreises aber jene Professoren, Assistenten, Doktoranden und Studenten nicht dabei waren, die sonst mit ideologisch unbelasteten Fachkenntnissen die Diskussionen in diesem Kreis so sehr beleben, war wohl der Wahl dieses nur schwer ( und recht teuer) erreichbaren Ortes zuzuschreiben. Schade, denn wenn eine Stadt etwas über Zeitungsgeschichte und erst recht über unsere Rundfunk- und Fernsehgeschichte anbieten und aussagen kann, dann ist es doch wohl Berlin. Es mag ein wohltuender Trost sein, daß im September 1985 die 16. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte sich mit dem naheliegenden Thema " 50 Jahre Fernsehprogrammveranstaltungen in Deutschland" befassen wird, wobei die Erinnerung fast ausschließlich an Berlin wach wird. Das Thema über den ältesten Fernsehdienst, den wir kennen, wird dann in der Stadt stattfinden, die erst rund zwei Jahrzehnte ein Fernsehanstalt beherbergt, also auf diesem Gebiet die jüngste ist. Den Ausgleich schafft dann Herr Gutenberg, in M a i n z, mindestens als Vertreter des Printmediums.

Die Berliner Tagung fand in dem geschichtsträchtigen Rundfunkhaus in der Masurenallee statt, über das der Ehrenvorsitzende des Studienkreises, Prof. Dr. Wilhelm T r e u e interessante Einzelheiten aus der Baugeschichte am Kaminabend (als Gäste der Siemens-Stiftung) vortrug. Leider konnten die Teilnehmer den Bau nicht in einer Führung näher kennen lernen; und das erste Rundfunkhaus Potsdamerstrasse 4 erst recht nicht: es ist längst gesprengt worden. Andrea Brunnen

Norbert Frei

MEDIENPOLITIK DER ALLIIERTEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG  
Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin

Im Anfang war weder Adenauer noch sonst ein deutscher Politiker. Auf die Medienpolitik der Alliierten im Nachkriegsdeutschland hatten die Besiegten so gut wie keinen Einfluß. Und gerade deshalb, so meine ich, war diese Medienpolitik alles in allem erfolgreich. Was Amerikaner, Briten, Franzosen und auf ihre Weise auch die Russen unmittelbar nach dem Sieg über Hitler medienpolitisch ins Werk zu setzen begannen, war getragen von dem unbedingten Willen zur politischen Säuberung und demokratischen Neuorientierung Deutschlands. Doch bei den Deutschen selbst, zumal bei den Funktionären der sich rasch wieder bildenden Parteien, trafen sie damit auf wenig Zustimmung. Selbst politisch so gegensätzliche, um nicht zu sagen feindliche Geister wie Egon Kogon und Konrad Adenauer waren sich da plötzlich einig. So schrieb Kogon unter dem Titel "Das Elend unserer Presse" 1948 in seinen "Frankfurter Hefen": "Die Lizenzpresse ist eine Erscheinung der Not. (...) Wer sie verewigen will, ist ein Reaktionsär gegen den Fortschritt der geistigen und der materiellen Freiheit" 1). Das größte Verdikt des Präsidenten des Parlamentarischen Rates gegen die Lizenzpresse stammt aus seiner spektakulären ersten Auslandsrede in Bern 1949. Adenauer: "Die öffentliche Meinung ist in Deutschland nicht frei. (Ein) Lizenzinhaber, für den der Einzug der Lizenz den Verlust nicht unerheblicher materieller Werte bedeutet, (sorgt) auch ohne Vorzensur dafür (...), daß nichts in der Zeitung steht, das ein zu erhebliches Mißfallen der zuständigen Stellen der Militärregierung hervorrufen kann. Übrigens hat Goebbels in den ersten Jahren des Nationalsozialismus ein ähnliches Verfahren beobachtet" 2).

Kogon wie Adenauer darf zugute gehalten werden, daß sie mit ihrer harten Polemik keine abschließende historische Wertung, sondern Politik im Sinne hatten. Von Wissenschaftlern, die sich heutzutage mit der Lizenzpresse beschäftigen, wird man - ohne ihnen das Recht auf Meinung abzusprechen - hingegen erst einmal eine nüchtern abwägende Bestandsaufnahme erwarten. Doch das scheint, jedenfalls für das Thema Lizenzpresse, ziemlich aus der Mode gekommen zu sein. Wie anders ließe es sich erklären, wenn a priori von "verschenkter Presse" die Rede ist 3), wenn Darstellungen völlig darauf fixiert sind nachzuweisen, daß es den Amerikanern um nichts anderes gegangen sei als um die Restauration eines kapitalistischen Verlagssystems und die Unterdrückung genossenschaftlich organisierter Zeitungen 4),

---

1) Eugen Kogon: Vom Elend unserer Presse, in: Frankfurter Hefte 3 (1948), S. 616.

2) Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 189.

3) Vgl. Rüdiger Liedtke: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982.

4) Vgl. Rolf Richter: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1969, Pullach 1973.

wenn eine kürzlich erschienene Dissertation das Lizenzsystem allen Ernstes in Kategorien der Feudalordnung beschreibt und konstatiert: "Wie im Feudalismus erlosch das Lehen mit dem Tod des Königs. Da kein neuer König gekrönt wurde, verwandelte sich das Lehen in freies, unabhängiges Eigentum" 5).

Mit solchen aus dem tiefen Mittelalter herbeibemühten Pseudoparallelen ist ebensowenig anzufangen wie mit dem vielfach gepflegten nostalgischen Rückblick auf den "Neuanfang" oder mit dem verbiesterten auf die "Restauration". Die beiden Schlagworte erweisen sich bei genauerer Analyse als gar nicht so unvereinbar, wie es zunächst den Anschein hat. Aber sie trüben häufig die Sicht. In unserem Fall für die Erkenntnis, daß die strukturellen und personellen Eingriffe der Alliierten in keinem anderen Bereich von Politik und Gesellschaft nach 1945 so fundamentale und nachhaltige Bedeutung erlangt haben wie bei Presse und Rundfunk. Unser real existierendes Mediensystem, das doch wohl am meisten demokratische und transparente der deutsche Geschichte, verdankt sich nicht etwa einer segensreichen Politik "der im Bundestag vertretenen Parteien", sondern nahezu ausschließlich der in den Jahren 1945 bis 1949 vor allem von Amerikanern und Briten getroffenen Grundentscheidungen.

Damit ist der Interpretationsrahmen angedeutet, in dem die folgenden Ausführungen verstanden werden möchten. Einem Überblick über Grundlinien und besonders auch Unterschiede der Medienpolitik der Besatzungsmächte, der am Beispiel der Tageszeitungen behandelt, was im Prinzip auch für den Rundfunk zutrifft (I), schließt sich eine Skizze der Mediensituation in Berlin an (II). Am Ende stehen einige Bemerkungen zur Überleitung der alliierten Medienpolitik in die Wirklichkeit der jungen Bundesrepublik (III).

## I.

Meine Skizze der Medienpolitik der Alliierten beginnt mit einer Rückblende auf die publizistische Landschaft zu Anfang der dreißiger Jahre. Damit wähle ich genau den Ausgangspunkt, den auch amerikanisch-britische Presseplaner in der letzten Kriegsphase bei der Ausarbeitung ihrer Konzepte für eine alliierte Kommunikationspolitik im besetzten Deutschland genommen haben. Sie taten das, wie ich meine, mit gutem Grund: Liegt doch in der dramatischen publizistischen Leistungsschwäche einer in den letzten Jahren der Weimarer Republik auf sage und schreibe rund 3400 Blätter angewachsenen Zeitungsflut ein wichtiger Angriffspunkt zunächst der nationalsozialistischen Kritik, dann, nach dem 30. Januar 1933, der nahezu umstandslosen Instrumentalisierung der deutschen Presse.

---

5) Thomas Simeon: SPD-verbundene Tageszeitungen zwischen 1945 und 1949. Ein Beitrag zur Klärung der praktischen Pressepolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Nachkriegszeit, Phil.Diss. Berlin 1983.

Goebbels, Amann, Rienhardt, Winkler, aber auch und nicht zuletzt die NS-Funktionäre an der Basis - Gau-, Kreis-, Ortsgruppenleiter und deren jeweilige Pressewarte -, hatten im Frühjahr 1933 angesichts der signifikanten strukturellen Schwäche des deutschen Pressewesens insgesamt verhältnismäßig leichtes Spiel bei der Zerschlagung der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse und dann bei der Gleichschaltung aller bzw. der Zwangsangliederung der meisten bürgerlichen Blätter an das NS-Verlagssystem 6). Über der schwärmerischen Erinnerung an klangvolle Namen linksliberaler und bürgerlich-demokratischer Publizistik, die sich vor allem mit Verlagshäusern und Redaktionsstuben in der Reichshauptstadt verbindet, wird die jahrzentelang desolatte Pressesituation in der Provinz meines Erachtens bis heute zu wenig beachtet. NS-Presseszar Amann kassierte eben nicht nur Unternehmen wie Ullstein und Zeitungen wie das "Berliner Tageblatt"; die Masse der von den NS-Verlagen geschluckten Presse hatte Auflagen von nur wenigen tausend, nicht selten sogar von wenigen hundert Exemplaren. Gerade diese Kleinstzeitungen traf der politisch und ökonomisch intendierte Konzentrationsprozeß ziemlich rasch; keineswegs beschränkte er sich auf eine Reihe vor allem jüdischer großstädtischer Pressekonzerne. Nach Kriegsbeginn verschärfte sich diese Konzentrationsbewegung weiter und führte bis zum Ende des "Dritten Reiches" zu einer drastischen Verringerung der Zahl der Zeitungen. Unter anderen Begleitumständen würden wir zweifellos von einer Gesandschrumpfung reden. Für den organisatorisch-technischen Bereich der Presse findet damit die These Dahrendorfs von den objektiv modernisierenden Wirkungen des NS-Systems auf die deutsche Gesellschaft eine Bestätigung.

Als die Amerikaner in Bayern einmarschierten, existierte von den etwa 500 bayerischen Zeitungen der Weimarer Republik kaum noch ein Fünftel. Im gesamten Reichsgebiet hatte sich die Zahl der Titel von besagten 3400 auf knapp 1000 verringert. Läßt man die Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit im "Dritten Reich" einmal beiseite, so markieren diese 1000 trostlos uniformen Propagandablätter die vermutliche Größenordnung einer damals allerdings nicht erhobenen Zahl der publizistischen Einheiten.

Halten wir also fest: eine für die technische und publizistische Leistungsfähigkeit moderner Tageszeitungen unumgängliche Rationalisierung hatte bereits während der NS-Zeit eingesetzt. Die Alliierten führten diesen Konzentrationsprozeß nach 1945 weiter. Die strukturell gesehen so notwendige Lichtung des deutschen Blätterwaldes wurde damit zum zweiten Mal innerhalb von zwölf Jahren nicht von den Verlegern, sondern, wenn sie mir dieses Bild erlauben, von politisch motivierten Waldarbeitern betrieben. Doch 1945 war die Vorgehensweise in der Sache noch erheblich radikaler als 1933: Erst fand ein völliger Kahlschlag statt, dann begann die Neuanpflanzung. Allerdings besaß, was in vier getrennten Schonungen in den Boden gebracht wurde, unterschiedliche Qualität, und auch die Hege der jungen Pressepflänzchen gestaltete sich zum Teil verschieden.

---

6) Dazu im einzelnen Norbert Frei: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.

Noch bevor die Alliierten darangehen konnten, eine neue deutsche Presse zu inaugurieren, standen sie vor der Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerung in den sukzessive eingenommenen Gebieten zu informieren bzw. zu instruieren. Vergegenwärtigt man sich die banale Tatsache, daß jeder Beginn einer Besatzungsherrschaft nicht zuletzt ein kommunikationspraktisches Problem darstellt, so erscheint doppelt unbegreiflich, weshalb in der Literatur hartnäckig von einem "totalen black out" die Rede ist. Gewiß hatten die amerikanisch-britischen Presseplaner eine solche Stunde Null der deutschen Presse vorgesehen, aber der konkrete Kriegsverlauf erlaubte kein Vorgehen nach Reißtisch-Programmen. So erschienen, während in Berlin und München noch der "Völkische Beobachter" durch die Rotationsmaschinen lief, im befreiten Westen bereits alliierte Armeegruppen-Zeitungen in deutscher Sprache. Von diesen "overt papers", über die Hans Habes bekannter Bericht "Im Jahre Null" 7) viel und schön erzählt, wurden zeitweilig schätzungsweise bis zu 15 Millionen Stück gedruckt 8). Doch daneben gab es gar nicht so selten ganz und gar improvisierte, von den örtlichen Befehlshabern geduldet oder geförderte Blätter, die meist zweisprachig das (Über-) Lebensnotwendige verkündeten und mitunter sogar Platz fanden für ein kleines lokales Feuilleton. Diese Alternativpresse der ersten Nachkriegswochen, über die bislang nur wenig bekannt ist, starb im Zuge der Konsolidierung der Besatzungsherrschaft. Ihre kurze Existenz hatte nichts zu tun mit alliierter Medienpolitik. Aber sofern mit diesem Begriff unterstellt wird, daß es eine völlig pannenlose und kurvenfreie Kommunikationspolitik der Siegermächte gegeben habe, ist ohnehin eine Korrektur angebracht: Langfristige Planungen, hundertseitige Handbücher und dickleibige Dienstanweisungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Besatzungsalltag geprägt war von Improvisation und Modifikation. Zumindest für die Westzonen ist festzustellen: Nicht weniger als von den Entscheidungen der Stabsabteilungen hing der Erfolg des Lizenzprogramms davon ab, mit wieviel Engagement die einzelnen Presseoffiziere vor Ort Gründungen und erste Gehversuche der neuen Zeitungen begleiteten.

Im Sommer 1945 begannen spezielle Lizenzierungsteams mit der Suche nach unbelasteten Deutschen, die als Macher einer neuen, genuin deutschen Presse in Frage kamen. Vorangegangen war das von einem amerikanisch-britischen Team der Psychological Warfare Division aus dem Alliierten Hauptquartier gestartete Pilotprojekt namens "Aachener Nachrichten", die erstmals schon am 24. Januar 1945 erschienen. Den Beginn des amerikanischen Lizenzprogrammes verzögerte insbesondere der Planungs-Perfektionismus der Information Control Division (ICD), die erst Anfang 1946 der Militärregierung (OMGUS) eingegliedert wurde, aber auch danach auf Länderebene vergleichsweise unabhängig operier-

---

7) Vgl. Hans Habe: Im Jahre Null. Revidierte und erweiterte Ausgabe München 1977.

8) Kritisch zu Habes Bericht: Peter de Mendelssohn: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse. Überarbeitete und erweiterte Auflage. Frankfurt, Berlin, Wien 1982, S. 522 f.; vgl. auch Elisabeth Matz: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-1946), Münster 1969.

te. Gleichwohl waren es in den Westzonen die Amerikaner, die mit der "Frankfurter Rundschau" am 1. August 1945 den Auftakt setzten. Als nächste begannen im Herbst die Franzosen mit der Ausgabe von Lizenzen, erst im Frühjahr 1946 die Briten. Bis September 1949 lizenzierten die Westmächte insgesamt 155 neue Tageszeitungen (Amerikaner und Briten je 61, Franzosen 33) 9). Die Sowjets erlaubten in ihrer Zone bis Herbst 1948 die Herausgabe von 21 Blättern 10). Im Verhältnis zu den rund 1000 Zeitungen am Ende des "Dritten Reiches" bedeutete das nochmals eine drastische Verringerung. Und es fällt auf, wie nahe die Zahl für die Westzonen (155) bei der seit nunmehr etwa zehn Jahren ziemlich stabilen Zahl von (1983) 125 publizistischen Einheiten liegt.

Den Westalliierten war gemeinsam, daß sie Tageszeitungs-Lizenzen nur an Einzelpersonen aushändigten, nicht an Parteien, Gewerkschaften oder andere Interessenorganisationen. Anders in der Sowjetzone: Dort erhielten die rasch nach der Besetzung lizenzierten Parteien Genehmigungen zur Herausgabe von Tageszeitungen, vorrangig die KPD. Aber auch SPD, CDU und LDPD kamen zum Zuge, wenngleich mit jeweils nur einem Blatt für die Parteizentrale und je einem für die fünf Länder.

In den Westzonen lizenzpolitisch richtungsweisend, favorisierten die Amerikaner eine dezidiert demokratische Idee: Sie bestellten Herausgeber-Kollegien von anfangs drei und mehr Personen unterschiedlicher politisch-weltanschaulicher Orientierung, die gemeinsam die Verantwortung für eine Zeitung übernahmen. Dieses "panel"-Konzept sollte gewährleisten, daß der Kommentarteil jeder einzelnen Zeitung möglichst das volle Spektrum demokratischer Meinungen widerspiegelte. Für den Nachrichtenteil galten die Gebote der Fairness, Unabhängigkeit und Objektivität. Die "meinungslose" Generalanzeigerpresse und selektiv berichtende Parteiorgane sollten der Weimarer Vergangenheit angehören. Damit setzten die Amerikaner - gegen die deutsche Pressetradition - auf breiter Ebene das Prinzip der umfassenden Berichterstattung durch. Tendenziell erfüllten die US-lizenzierten Blätter alle Ansprüche auf inhaltliche Universalität, die wir heute an Tageszeitungen zu stellen gewohnt sind. Das war um so weniger eine Selbstverständlichkeit, als es schon seinerzeit an Vorwürfen und negativen Urteilen gegen die Lizenzpresse nicht mangelte.

Der Vorwurf fortdauernder Knebelung der Presse, den Gegner des Lizenzsystems mit dem Blick zurück in die NS-Zeit erhoben, traf

---

9) Eine Tabelle der wichtigsten Lizenzzeitungen bei Norbert Frei: Die Presse, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Frankfurt 1983, S. 275-318, dort auch weitere Details und Belege; die obengenannten Zeitungszahlen basieren auf Erhebungen von Walter J. Schütz.

10) Vgl. Kurt Koszyk: Lizenzpresse, in: ders./Karl Hugo Pruys (Hg.), Handbuch der Massenkommunikation, München 1981, S. 162.

allerdings ziemlich daneben. Denn nicht nur der Begriff "Lizenzträger", auch die damit verbundenen Bedingungen waren der Öffentlichkeit bekannt. Die Zeitungen klärten ihre Leser durchaus darüber auf, daß sie Grenzen einzuhalten hatten und kontrolliert wurden - wenn auch, im Gegensatz zum Rundfunk, nachträglich und lax. Von Zensur im vollen historischen Sinne des Wortes konnte nicht die Rede sein, am wenigsten bei den Amerikanern 11).

Lizenzpresse wie Rundfunk war lediglich verboten, "nationalistische, pangermanistische, militaristische, faschistische oder antidemokratische Ideen" und "Gerüchte (zu) verbreiten, die zum Ziele haben, die Einheit der Alliierten zu untergraben oder (...) Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervor(zu)rufen". "Kommentare über die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland" waren gemäß dieser Kontrollratsdirektive Nr. 40 vom Herbst 1946, die nur bestätigte, was in den Westzonen vorher schon galt, ausdrücklich erlaubt: "Entscheidungen des Kontrollrats" ebenso wie "demokratische Maßnahmen" der Zonenbefehlshaber mußten hingegen von der Pressekritik ausgenommen werden. Aber auch auf solchen Feldern waren die realen Möglichkeiten der Lizenzpresse keineswegs so eng wie die Formulierungen militärischer Direktiven.

Das "panel"-Konzept der Amerikaner unterschied sich - bis heute fortwirkender Fama zum Trotz - nur wenig von der Praxis der Briten. Die vor allem in Bayern lautstark für eigene Organe protestierenden Parteien behaupteten es zwar unisono, aber auch ihre Schwesterverbände in der britischen Zone erhielten keine Tageszeitungs-Lizenzen, allerdings ein gewisses Vorschlagsrecht für Lizenzkandidaten. Andererseits waren auch die meisten der US-Lizenzträger Mitglieder einer Partei oder standen zumindest einer solchen "nahe". Und schließlich: Wochen- bzw. Monatschriften für ihre Mitglieder durften die Parteien in der amerikanischen wie in der britischen Zone herausgeben, ebenso bei den Franzosen.

Im Prinzip standen die Presseoffiziere, jedenfalls in den Westzonen, einheitlich vor dem Problem, nicht nur eine relativ kleine Gruppe von Lizenzträgern zu rekrutieren, sondern Wege zu finden zu einer akzeptablen politischen Säuberung des gesamten Journalismus. Zwar waren die Presseoffiziere der einzelnen Detachments in der Lage, die Personalpolitik der Lizenzträger genau zu überwachen - Eingriffe galten mitunter sogar politisch belasteten Setzern und Metteuren -; je dichter das Mediennetz aber noch in der Besatzungsära geknüpft wurde, desto geringer wurden naturgemäß die personellen Auswahlmöglichkeiten. Kompromisse zwischen Säuberungssperfektionismus und praktischen Anforderungen mußten gefunden werden: Ein pauschales Berufsverbot für alle in der NS-Zeit tätig gebliebenen Journalisten - analog der Behandlung der (Alt-)Verleger - hätte den Neuanfang auf unabsehbare Zeit hinausgezögert.

Neben die Säuberung trat deshalb sehr bald der Versuch einer

---

11) In der US-Zone hob Directiv No. 4 for Control of German Information Services bereits im August 1955 die zunächst vorgesehene Vorzensur auf.

positiven Beeinflussung zugunsten von parlamentarischer Demokratie und westlicher Gesellschaftsordnung. Hierbei übernahmen die Amerikaner eindeutig die Vorreiterrolle. Mit Einladungen zu Studienreisen, Kongressen und ähnlichem bemühten sie sich gegen Ende der vierziger Jahre intensiv, Lizenzträgern wie Provinzreportern in stattlicher Zahl den "american way of life (and writing)" näherzubringen; auch manche Delegation amerikanischer Journalisten reiste mit missionarischem Eifer durch die deutsche Presselandschaft. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die US-Presseoffiziere dem "Nachwuchsproblem": Die Idee einer Journalistenschule, von Goebbels der NS-Presse zur Qualitätsaufbesserung verpaßt, kam wieder zu Ehren, neben Nachhilfekursen für "alte Hasen". In München konnte der 1933 entlassene ehemalige Redakteur der "Frankfurter Zeitung" und Zeitungswissenschaftler Otto Groth 1946 sogenannte "Presseurse" veranstalten. Später entstand dort im Umkreis der "Süddeutschen Zeitung" die Deutsche Journalisten-Schule.

Die Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, denen sich die seit 1946 auf Länderebene neu entstehenden Berufsverbände der Presse, allen zeitbedingten technischen und organisatorischen Erschwerissen zum Trotz, mit Enthusiasmus verschrieben, prägten den deutschen Nachkriegsjournalismus entscheidend mit. Stil und Tonfall des diktatorischen Verlautbarungsjournalismus, von dem anfangs noch manche "Schreibe" geschädigt war, wurden bemerkenswert rasch zu Ausnahmeerscheinungen. Klare Trennung von Kommentar und Nachrichten auch bei der Provinzpresse, moderne Gestaltung von Nachrichtentexten, Anwendung journalistischer Stilformen wie Reportage und Feature, verstärkte Lokal- und Regional-Berichterstattung, Aufnahme von "human interest"-Themen; schließlich, wenigstens bei größeren Zeitungen und Zeitschriften, die Entwicklung eines investigativen Journalismus, - dies sind nach 1945 dem deutschen Pressewesen zugute gekommene "Amerikanismen", für die das unschöne Wort von der (kulturellen) "Umerziehung" einmal gelten mag. Als die Grenzen zwischen den Westzonen durchlässiger, dann aufgehoben wurden, entfaltete diese amerikanische Einflußnahme Prägekraft auch auf die ehemals britisch bzw. französisch lizenzierte Presse.

Im Bereich des Rundfunks bildeten die Briten die kommunikationspolitische Avantgarde 12). Mit ihrer Entscheidung zugunsten einer zentralen Rundfunkanstalt für die gesamte Zone, bei der sich nicht nur Hugh C. Greene bekanntlich die BBC zum Vorbild nahm, schufen sie Fixpunkte einer Neuorganisation der verwüsteten Rundfunklandschaft, deren präformierende Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wenn im Ergebnis von einer relativ geschlossenen Rundfunkpolitik der Westalliierten zu sprechen ist, so auch deshalb, weil über einen zentralen Punkt von vornherein Einigkeit bestand: Nämlich darüber, daß ein post-nationalsozialistisches deutsches Rundfunksystem absolut frei sein müsse von staatlichem Einfluß.

Hinzu kam, daß die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen in allen Zonen ziemlich vergleichbar waren und sich auch

---

12) Zum Rundfunk als Standardwerk: Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil 1945-1962, München 1980.

von daher die Vorgehensweise wenig unterschied: Im Laufe des Sommers 1945 konnten die meisten der mehr oder weniger zerstörten Funkhäuser, die von den alliierten Soldaten sofort besetzt worden waren, ihren Sendebetrieb wieder aufnehmen. Eine Eigentümerproblematik wie im Verlagswesen gab es nicht; die Ansprüche der Post ließen sich, wie Clays Machtwort vom Herbst 1947 zeigte, im Zweifelsfall dezisionistisch abschmettern. Schließlich konnten sich Franzosen wie Amerikaner dem britischen Modell einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkverfassung ohne Gesichtsverlust auch deshalb anschließen, weil die Übertragung der eigenen heimischen Rundfunkorganisation auf ihr Besatzungsgebiet eo ipso nicht in Frage kam: Einen neuen deutschen Staatsrundfunk mußten die Franzosen fürchten, ein privates Rundfunksystem wie in USA wäre schlicht nicht zu finanzieren gewesen.

Eher noch früher als im Pressewesen, praktisch von Anfang an, waren die Alliierten beim Rundfunk auf deutsche journalistische Mitarbeiter angewiesen. Auswahl und "screening" erfolgten nach denselben Grundsätzen wie bei der Presse: Ohne das Fragebogen-Prädikat "unbelastet" konnte man nicht Redakteur werden. Personalrekrutierung wie Umfang und Intensität der inhaltlichen Programmkontrolle durch die Besatzungsoffiziere sind aber leider noch kaum erforscht. Systematische Fragen nach dem personellen Transfer zwischen Rundfunk und Presse dürften erst zu beantworten sein, wenn im fast noch unberührten Feld einer integrierten zeithistorischen Medienforschung wenigstens einige Querschnitte zwischen Printmedien und Rundfunk gezogen sind.

## II.

Wie vieles andere, unterschied sich auch die Medienpolitik der Alliierten in Berlin grundlegend von der in den vier Besatzungsgebieten. Deutlicher noch als in den Zonen läßt sich hier eine Entwicklung erkennen, für die ich folgende Periodisierung vorschlagen möchte: 1. Die Phase der kommunikativen Vorherrschaft der Sowjets bis etwa Frühjahr 1946; 2. die Phase des interalliierten kommunikativen Wettbewerbs bis etwa Herbst 1947; und 3. die dann lange anhaltende Phase der offenen ideologischen Konfrontation.

Zu 1. Die Sonderentwicklung in Berlin begann schon damit, daß die Russen fast einen ganzen Sommer lang über ein Informationsmonopol verfügten. Ab 13. Mai meldete sich, zunächst improvisiert aus Tegel, ihr bald "Berliner Rundfunk" genannter Sender, den die Sowjets schließlich in dem im späteren britischen Sektor gelegenen (und bis 1956 von ihnen besetzt gehaltenen) "Haus des Rundfunks" in der Masurenallee etablierten.

Nur 17 Tage hatte es in der Reichshauptstadt keine Zeitungen gegeben, wenn man Goebbels' letzte Durchhaltepostille namens "Panzerbär" denn als solche bezeichnen will. Bereits am 15. Mai 1945, also kaum zwei Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee und zwei Monate, bevor die Westalliierten ihre Sektoren eingenommen hatten, erschien erstmals die "Tägliche Rundschau", nach dem Verständnis ihrer sowjetischen Gründer und ausweislich des Untertitels eine "Frontzeitung für die deutsche Bevölkerung".

Verantwortlich für das amtliche Blatt zeichnete Oberst Tulpanow, der als künftiger Chef der Informationsabteilung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) den Kurs nicht nur der sowjetischen Medienpolitik bestimmen sollte 13). Daß die Russen von vorneherein nicht daran dachten, ein im westlichen Sinne unabhängiges Mediensystem aufzubauen, zeigte die rasch folgende Gründung der "Berliner Zeitung" als offizielles Organ des Magistrats (21. Mai) und dann die Lizenzierung je eines Blattes pro neu zugelassener Partei. So durfte die KPD ab 12. Juni die "Deutsche Volkszeitung" herausgeben, die SPD ab 7. Juli "Das Volk", die CDU ab 22. Juli ihre "Neue Zeit" und die LPD ab 3. August den "Morgen". Ihre Informationen aber mußten alle diese Blätter aus einer einzigen Quelle beziehen: vom Nachrichtenbüro der SMAD, das in der Hauptsache Tass-Material verarbeitete.

Mit dem Erscheinen der britischen Besatzungszeitung "Der Berliner" zum Abschluß der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 begann die Auflockerung des sowjetischen Informationsmonopols in Berlin. Ab 8. August waren endlich auch die Amerikaner in der zerstörten Reichshauptstadt publizistisch präsent; ihrer von dem gebürtigen Berliner und Emigranten Hans Wallenberg aus der Taufe gehobenen "Allgemeinen Zeitung" war aber nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Schon am 11. November wurde die "Allgemeine Zeitung" in einem Akt naiver Kurzsichtigkeit wieder eingestellt. Ihre offiziellen Funktionen als Sprachrohr der US-Besatzungsmacht sollte die - zunächst von Hans Habe, dann von Wallenberg geleitete - "Neue Zeitung" in München übernehmen; in einer Auflage von 200 000 Exemplaren kam das Blatt anfangs mit zwei bis drei Tagen Verspätung in Berlin an. Alle spezifisch Berlin betreffenden Informationsaufgaben waren nach Auffassung der ICD-Verantwortlichen bei dem am 27. September lizenzierten und nun täglich erscheinenden "Tagesspiegel" gut aufgehoben, der anfangs mit einer Auflage von 300 000 Exemplaren erschien. Die journalistische Qualität sowohl der "Allgemeinen Zeitung" wie des "Tagesspiegel" (Lizenzträger: Erik Reger, Walter Karsch, Edwin Redslob und zunächst noch Heinrich von Schweinichen, der seine Lizenz im Juni 1946 wegen antiamerikanischer Äußerungen verlor) sind - gerade eben im Kontrast zu dem sich früh abzeichnenden Informationseinerlei der sowjetisch lizenzierten Blätter - häufig gerühmt worden, insbesondere von Harold Hurwitz und Peter de Mendelssohn, beides ehemalige Mitarbeiter von ICD 14).

Bis Jahresende 1945 gab es in Berlin auf Seiten von Amerikanern und Briten, ganz zu schweigen von den Franzosen, so gut wie nichts, was Medienpolitik genannt zu werden verdient hätte.

---

13) Vgl. die Würdigung Tulpanows von Arnulf Kutsch: Die Sowjets und der Rundfunk nach 1945. Sergej Iwanowitsch Tulpanow (1892-1984), in: MITTEILUNGEN 10 (1984), S. 233-239.

14) Vgl. Harold Hurwitz: Die Stunde Null der deutschen Presse, Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972, S. 340 ff. und Peter de Mendelssohn: Zeitungsstadt Berlin, S. 540 ff.

Das Bewußtsein, es könnte notwendig werden, der sowjetischen Vorherrschaft auf dem Kommunikationssektor ernsthaft entgegenzutreten, entwickelte sich bei den Westalliierten offenbar erst im Zusammenhang mit den schleppenden Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat über die Forderung, an der Kontrolle des "Berliner Rundfunks" beteiligt zu werden. Seit Oktober 1945 wirkten dann auch die sowjetischen Bestrebungen zur Vereinigung von SPD und KPD ernüchternd. Am 12. November lizenzierten die Franzosen mit dem "Kurier" die erste und einzige Zeitung für ihren Sektor, und neun Tage darauf kündigte das US-Hauptquartier die Schaffung eines "Drahtfunks im amerikanischen Sektor" an. Das DIAS nahm ein knappes Vierteljahr später seinen Betrieb auf, erreichte jedoch gerade 13 Prozent der Radio-Besitzer im US-Sektor 15). In den anderen Sektoren waren die Berliner, sofern sie nicht gerade einen für die Westzonen-Sender oder BBC tauglichen großen Empfänger besaßen, ohnehin nach wie vor von allen nicht sowjetisch kontrollierten Rundfunkprogrammen abgeschnitten.

Zu 2. Etwa ab Jahresanfang 1946 gibt es Indizien für einen in Gang kommenden Wandel in der Politik des amerikanischen Information Control Office Berlin. Die Mediensituation war, wie ein ICD-Memorandum vom 1. Januar zugab 16), freilich auch ziemlich deprimierend. Der Bericht stellte fest, im Rundfunkbereich verfügten die Sowjets über "ein effektives Monopol: Sie kontrollieren Radio Berlin und halten es unter fester Zensur." Da die Sendungen des Berliner Rundfunks über den leistungsstarken ehemaligen Deutschlandsender Königs Wusterhausen ausgestrahlt werden konnten, war es, wie das Memorandum konstatierte, den Sowjets gelungen, "durch eine einseitige Aktion eine zentrale deutsche Rundfunkstation" zu errichten. Der Widerstand der Franzosen im Alliierten Kontrollrat gegen jede Tendenz zu gesamtdeutsch-zentralistischen Regelungen beförderte auch in Rundfunkangelegenheiten faktisch die Obstruktionspolitik der Sowjets. Kaum weniger unangefochten war - von den Auflagezahlen her - noch Anfang 1946 die russische Vorherrschaft im Bereich der Printmedien. Mit mehr als zwei Millionen Exemplaren täglich übertraf die Auflage der sowjetisch kontrollierten bzw. lizenzierten Presse die der anderen drei Mächte zusammen um mehr als das Doppelte. Die durchschnittliche Auflage aller in den Westsektoren erscheinenden Zeitungen betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 650 000. Süß-sauer und natürlich auch simplifizierender Kommentar des Memorandums: "Alle Indizien deuten darauf hin, daß die amerikanischen und britischen Zeitungen bei der Berliner Bevölkerung die populärsten sind. Doch der Markt wird vom Angebot reguliert, und so erreichen die Sowjets mehr als doppelt so viele Leser. (...) Es handelt sich um eine 'Bauchredner-Presse' ('ventriloquist's presse'). Alle sowjetisch gesponsorten Blätter, die Zeitungen der politischen Parteien eingeschlossen, dienen den kontrollierenden sowjetischen Autoritäten als Sprachrohre."

---

15) Vgl. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hrsg.): Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys 1945-1949, Urbana, Chicago, London 1970.

16) Institut für Zeitgeschichte (IfZ), POLAD 752/20, Memorandum on Information Media Berlin with particular reference to press and radio, 1.1.1946; daraus die folgenden Zitate.

Bezeichnend für die Einschätzung des medienpolitischen Engagements der Franzosen erscheint mir, daß der französisch lizenzierte "Kurier" in der amerikanischen Situationsbeschreibung überhaupt nicht vorkommt. Doch das traf sich mit der Einschätzung der französischen - und auch der britischen - publizistischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Zeitschriften. Hier endlich konnte das Memorandum eine "unbestreitbare" Führungsfunktion der USA feststellen: "Wir haben fünf erstklassige Zeitschriften lizenziert und publizieren drei offizielle Magazine, die im US-Sektor verkauft werden. Die sechs sowjetischen Periodika berühren unsere qualitativ nicht. Briten und Franzosen bleiben in diesem Bereich weit zurück." In der Tat müssen die amerikanischen "overt periodicals" als ein attraktives publizistisches Korrektiv angesehen werden. Das gut gemachte Bilderblatt "Heute" erreichte zeitweilig eine Auflage von einer halben Million; erfolgreich waren auch "Amerikanische Rundschau", "Neue Auslese" und ab 1948 dann vor allem die literarisch-kulturpolitische Zeitschrift "Der Monat" 17).

Dennoch war die amerikanische Medienpolitik für Berlin nicht konsequent: Das Angebot an aktueller politischer Information blieb im Grunde bis Herbst 1946 dürftig. Und das, obwohl über den Informationshunger der Berliner Klarheit bestand, wie unter anderem das erwähnte Memorandum zeigt. Es mündete in "Empfehlungen für Maßnahmen zur Förderung des amerikanischen Standpunkts und der amerikanischen Besatzungsinteressen in Berlin durch Presse und Radio"; in der Diktion offenbart sich die Überzeugtheit der Amerikaner von ihrer demokratischen Mission: "Den Deutschen amerikanischen Ideen zu vermitteln - Freiheit der Rede, Freiheit des politischen Handelns, Regierung durch das Volk, Verantwortlichkeit des einzelnen, Kompromisse zwischen politischen Gruppen, Rassentoleranz, Gegenseitigkeit und Fairplay in nationalen und internationalen Angelegenheiten - das sind Konzepte, die nicht so sehr durch Propaganda entwickelt werden können, sondern vielmehr mittels einer freien Presse und der vollen Möglichkeit sich auszudrücken, unter vernünftigen und klaren Sicherungen und der freundschaftlichen Führung durch unsere Besatzungsautoritäten. (...) Angesichts der deutschen Furcht vor dem Kommunismus, die durch russische Medienkontrolle, Zensur und politischen Druck bestärkt wird, schätzen die Deutschen hier in Berlin zunehmend die Möglichkeit zu freier Rede und unbehinderter Diskussion. Uns wurde immer wieder erzählt, das russische Informationsgebarren folge der altbekannten Methode Goebbels's. Viele Deutsche haben genug von fabrizierter Information. Viele von ihnen kennen ihre Kennzeichen und wissen, daß sie zuviel Informationskontrolle zu fürchten haben. Sie begrüßen das amerikanische Vorgehen, da es als einziges den Deutschen erlaubt, unter vernünftigen Sicherungen und Kontrollen ihren eigenen Standpunkt zu entwickeln."

Im März 1946 erweiterten die Briten das Informationsangebot in Berlin mit der Lizenzerteilung für die bald sehr populären

---

17) Dazu Margit Ketterle: Literatur und Politik im Nachkriegsdeutschland: Die Zeitschrift "Der Monat" 1948-1954, unveröff. MA München 1984.

Tageszeitungen "Spandauer Volksblatt" und "Telegraf" (5. bzw. 22. März). Sie stellten dafür aber ihren offiziellen "Berliner" ein. Den neun Zeitungen im sowjetischen Sektor standen nunmehr vier in den Westzonen gegenüber. Die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von KPD und SPD waren zu diesem Zeitpunkt schon in ihrer Schlußphase; zur Vorbereitung der Urabstimmung innerhalb der Berliner SPD am 31. März 1946 mußten sich die Sozialdemokraten publizistisch praktisch allein auf den "Tagesspiegel" stützen, der - nicht ohne internen Widerspruch bei ICD - zeitweilig mit einer höheren Auflage als sonst erscheinen konnte 18).

In der zweiten Jahreshälfte 1946 veränderte sich die massenkommunikative Kräftekonstellation in Berlin spürbar: Am 17. August nahm im britischen Sektor der NWDR Berlin seine Sendungen auf, knapp drei Wochen später der vom Drahtfunk zum Rundfunk umgewandelte Sender im amerikanischen Sektor, jetzt RIAS. Und noch kurz vor den Wahlen am 20. Oktober erteilten die Amerikaner einem CDU-Mitglied die Lizenz für den "Abend" - auch zum Ausgleich für das im Juni von den Briten genehmigte Parteiblatt "Der Sozialdemokrat". Damit war nach über einem Jahr annähernd eine publizistische Balance in Berlin hergestellt; vorausgesetzt, man akzeptiert die vereinfachte Aufteilung: hier Westmächte, dort Sowjets, die freilich mit zunehmender Gültigkeit die politischen Realitäten beschrieb.

Über diese Wettbewerbssituation liegen uns eine Reihe demonkopischer Untersuchungen vor, sämtlich veranlaßt von den wissenschaftsgläubigen amerikanischen "Output"-Fanatikern. Gewiß lassen sich gegen diese Umfragen methodische Einwände geltend machen, doch ebenso sicher liefern sie nützliche Anhaltspunkte. Danach bevorzugten im Juli 1946 in allen vier Sektoren gut zwei Drittel der Befragten die Zeitungen aus den Westzonen; nur ein Viertel nannte ein sowjetisch kontrolliertes Blatt. Während "Tagesspiegel" und "Telegraf" jeweils rund 30 Prozent der Befragten auf ihrer Seite hatten, bekannten sich beispielsweise nur drei Prozent zu dem nach der Fusion von SPD und KPD gegründeten "Neuen Deutschland" 19).

Im Rundfunkbereich bestand anfangs keine so klare Präferenz für das westliche Angebot: Bei einer repräsentativen OMGUS-Umfrage vom Februar 1947 gaben 67 Prozent der Befragten an, meistens den sowjetisch kontrollierten Berliner Rundfunk einzuschalten, 16 Prozent RIAS und 13 Prozent NWDR Berlin. Ein Dreivierteljahr später hörten immer noch 47 Prozent am häufigsten Radio Berlin, doch RIAS hatte seine Einschaltquote mit nun 38 Prozent mehr als verdoppeln können; der NWDR lag fast unverändert bei 14 Prozent 20).

---

18) Hurwitz: Stunde Null, S. 345.

19) Zitiert nach Hurwitz, S. 347.

20) IfZ, Dk 110.001, ICD Opinion Surveys No. 45 vom 17.2.1947 und No. 83 vom 9.12.1947; vgl. auch Merritt/Merritt: Occupied Germany, und Hurwitz: Stunde Null, S. 348 und 357.

Insgesamt war die Akzeptanz der neu etablierten Medien in den Westzonen und in Berlin verhältnismäßig hoch. Die regelmäßig erhobenen "Trends in German Public Opinion" verzeichnen zumindest für das amerikanische Besatzungsgebiet eine über Jahre hinweg ziemlich konstante Quote kategorischer Ablehnung von nur etwa fünf Prozent. Offenbar waren es hauptsächlich nach wie vor überzeugte NS-Anhänger, die erklärten, die Nachrichten seien heutzutage weniger glaubwürdig als während des Krieges. Der Anteil derer, die keine Meinung hatten oder aber die neuen Medien für ebenso unglaublich hielten wie im Krieg, schwankte allerdings beträchtlich zwischen etwa einem Viertel und der Hälfte der Befragten 21).

Zu 3. Diese Schwankungen hingen nicht von den Medien selbst ab, sondern offenbar vor allem von der aktuellen politischen Entwicklung. Das galt natürlich besonders für Berlin, wo sich die Ost-West-Konfrontation 1947 immer mehr zuspitzte. Als General Clay Ende Oktober 1947 einen Feldzug gegen "ungerechtfertigte, bössartige Angriffe und (...) propagandistische Unwahrheiten (ankündigte), die von kommunistisch kontrollierten oder inspirierten Nachrichtenmedien gegen die Vereinigten Staaten vorgebracht wurden", sah er zwar nicht die gesamte ICD, wohl aber die West-Berliner Presse auf seiner Seite. Erik Reger konstatierte, nunmehr sei eine Politik offiziell autorisiert, die der "Tagesspiegel" und die "Neue Zeitung" bereits seit einem Dreivierteljahr betrieben. Die amerikanisch lizenzierten Zeitungen in Westdeutschland übten hingegen Zurückhaltung. Sie hielten, wie Hurwitz, damals ziviler Mitarbeiter der eigens gegründeten Political Information Branch (PIB), festgestellt hat, die "Operation Talk Back" für eine interalliierte Angelegenheit, zumal ihnen jahrelang eingeschärft worden war, keine Kritik an der Sowjetunion zu drucken.

Erst die sowjetische Blockade nach der Währungsreform führte ab Juni 1948 auch in den westdeutschen Medien zu einer deutlichen Änderung der Tonlage gegenüber der Sowjetunion. Und der eingespielte Apparat der ICD verstand sich darauf, die sensationelle technische Leistung "Luftbrücke" in ein faszinierendes Medienereignis umzusetzen.

### III.

Mit der nun offen vorangetriebenen Weststaatsgründung verschärfte sich auch das Problem der Überleitung des Lizenz- in ein unreglementiertes demokratisches Mediensystem. Die Amerikaner hatten bereits Anfang 1946 den Versuch gemacht, die Verantwortung für die Entwicklung der Medien, auch des Rundfunks, den Deutschen zu übertragen, waren damit aber an Intransigenz und mangelndem Einigungswillen im Stuttgarter Länderrat gescheitert. Mitte 1948 beauftragten sie die Länderregierungen ihrer Zone mit der Ausarbeitung von Pressegesetzen, nach deren abermals langwieriger Entstehungsprozedur im Laufe des Sommers 1949 die Anfang Mai erteilte Generallizenz Nr. 3 in Kraft

---

21) IfZ, Dk 110.001, Trends in German Public Opinion No. 175, Juni 1949; vgl. auch Merritt/Merritt, Occupied Germany, S. 294 ff.

treten konnte. In der französischen und der britischen Zone wurde der Übergang weniger perfekt geregelt; dort galten das Reichspressegesetz von 1874 bzw. vorläufige Regelungen. Erst das Gesetz Nr. 5 der Alliierten Hohen Kommission vom 21. September 1949 hob die Lizenzpflicht im Bundesgebiet endgültig auf. In Berlin behielt sich die Alliierte Kommandantur im "kleinen Besatzungsstatut" vom Mai 1949 die Presseangelegenheiten noch eineinhalb Jahre vor.

Für den Bereich des Rundfunks spielten die Briten auch bei der juristischen Verankerung des öffentlich-rechtlichen Systems den Vorreiter: Bereits zum 1. Januar 1948 war der NWDR in deutsche Hände übergegangen; für die Sender in der amerikanischen und französischen Zone folgten Landesrundfunkgesetze zwischen August und November (mit Ausnahme des Gesetzes über den Süddeutschen Rundfunk, das bis April 1949 auf sich warten ließ). Während die alliierten Medienoffiziere bei der Neuregelung des Rundfunksystems im wesentlichen nur die Post und halsstarrige Parteipolitiker überzeugen bzw. übergehen mußten, lag die Sache bei der Presse komplizierter: Hier meldeten mit wachsender Lautstärke die 1945 pauschal ausgeschalteten Altverleger ihre Forderungen an.

Besonders für die Amerikaner, die ihre Zeitungs-Neugründungen wirkungsvoll abzusichern bemüht waren, verdoppelten sich damit die ohnehin schon miteinander im Widerstreit liegenden Interessen: Zu dem demokratietheoretischen Problem, ein freiheitliches Pressesystem mit dirigistischen Methoden aufzubauen, kam ein kapitalismustheoretisches hinzu. Letzteres bestand nicht nur darin, daß der ungehinderte Wettbewerb zeitweilig außer Kraft gesetzt blieb, sondern daß in Fällen verweigerter Überlassung privater Druckanlagen mit Zwangspachtverträgen obendrein empfindlich in das Eigentumsrecht eingegriffen wurde. Aber die massive und vielfältige Begünstigung der von den Amerikanern inaugurierten Presse zahlte sich aus: Ein Blick auf die heutige Zeitungslandschaft zeigt, wie außerordentlich gut sich gerade die ehemaligen US-Gründungen in dem im Herbst 1949 einsetzenden Wettbewerb - un nicht zu sagen Krieg - mit den ins Kraut schießenden Altverleger-Blättern behaupten konnten. Bis Jahresende verdreifachte sich die Zahl der Zeitungen fast. Doch schon nach zwei Jahren war erkennbar geworden, daß die Titelflut nicht weiterwachsen würde, schon gar nicht auf Weimarer Höhen. Ein Strukturvergleich vom Sommer 1951 erweist, wie aussichtslos das Unterfangen der Altverleger im Normalfall war, gegen die ehemalige Lizenzpresse anzukommen: 20 Lizenzblätter druckten damals in Bayern zusammen 1,6 Millionen, 119 sogenannte Heimatzeitungen hingegen nur 550 000 Exemplare.

Wenn es im Zusammenhang mit der alliierten Besatzungspolitik sinnvoll sein könnte, den oft leichtfertig gebrauchten Begriff Neuanfang zu verwenden, dann - angesichts radikaler Strukturänderungen und eines drastischen Elitenaustauschs - im Hinblick auf das Mediensystem: Wie alle heute führenden Tages- und Wochenzeitungen im Lizenzgrund wurzeln, so verdankt sich das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem (zwar vielfach angeschlagen, aber immer noch von respektabler Unabhängigkeit und Leistungsfähigkeit) den Weichenstellungen von Briten und Amerikanern. In keinem anderen Bereich unserer heutigen Gesellschaft wirkt diese Prägekraft in ähnlichem Maße fort wie in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft.

Wolfgang Mittas  
RUNDFUNK UND PRESSE IM WETTBEWERB  
Die Berliner Situation während der sechziger Jahre

Das Thema scheint eine historische, rückwärtsgerichtete Darstellung einer bewegten medienpolitischen Zeit zu sein. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rundfunk und Presse und die Parteinahme der beteiligten politischen Kräfte während der sechziger Jahre sind aber heute so aktuell wie damals. Wenn man von zeitbezogenen, äußeren Ereignissen absieht, sind die medienpolitischen Grundlagen und Interessen unverändert und die rechtlichen, publizistischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen von bestürzender, brennender Aktualität.

Medienpolitik wird in der politischen Wirklichkeit als Machtpolitik fernab jeder Kulturpolitik betrieben, und zur Machtpolitik gehört Geld. Diese Aussage wurde in der Medienauseinandersetzung der sechziger Jahre als publizistischer und wirtschaftlicher Wettbewerb umschrieben. Aber bei dieser geradezu vornehmen Begriffswelt blieb es nicht. Handfeste und deftige Reizworte wie "Staats- oder Halbstaastrundfunk", "Monopolanstalten" und "Meinungsmonopole" zur Bezeichnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und "ruinöser Wettbewerb", "Vernichtungswettbewerb" und "Verdrängungswettbewerb" zur Kennzeichnung einer behaupteten Wettbewerbsverzerrung wurden von den Gegnern des bestehenden Rundfunksystems, insbesondere von den Zeitungsverlegern, eingeführt, um bei den politischen Kräften Gehör zu finden. Der Streit um den Rundfunk, insbesondere um die Beteiligung am Fernsehen und Werbefernsehen, nahm zeitweise kampagneartige Züge an. Erst als unabhängige Kommissionen im Laufe der sechziger Jahre gründliche und überzeugende Analysen zur Wettbewerbslage lieferten und das Bundesverwaltungsgericht 1971 die Anspruchsvoraussetzungen für einen privaten Rundfunk in Berlin verneinte, herrschte auf dem Gebiet der Medienpolitik für fast zehn Jahre relative Ruhe.

Die Problematik der Organisation des Rundfunks in Deutschland ist im Grundsatz schon in der Bibel angesprochen. In Jesaja 6 Vers. 8 heißt es! "Er sprach: Wen soll ich senden. Ich aber sprach: Hier bin ich, sende mich!" Privatfunkpläne mit der Forderung "Sende mich" wurden bereits zu Beginn der fünfziger Jahre gemacht, bevor die ARD 1953 durch den Fernsehvertrag ihre Zusammenarbeit im Bereich des Fernsehens organisierte. Als dann 1956 der Bayerische Rundfunk und später auch die anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten das Werbefernsehen einführten, steuerte die Auseinandersetzung um die Zulässigkeit von Werbeveranstaltungen durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihrem ersten Höhepunkt entgegen. Die heftige Kritik kam besonders von starken Gruppen der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger. Teile der Wirtschaft, die in Gestalt des Markenartikelverbandes in einer Denkschrift 1955 noch ein privates Werbefernsehen forderten und Werbeveranstaltungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten rundweg ablehnten, begrüßten schließlich die Einführung des Werbefernsehens durch den Bayerischen Rundfunk und wünschten, "daß das zwarte Pflänzchen Fernsehwerbung nicht durch einen rauhen Prozeßwind gefährdet wird".

Das zarte Pflänzchen Fernsehwerbung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überstand den rauhen Prozeßwind, der durch die Klage des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und der "Nürnberger Presse" gegen den Bayerischen Rundfunk und seine beiden Werbegesellschaften aufkam. Rechtlich gestärkt gingen die öffentlich-rechtlichen Werbeträger im Jahre 1957 aus dem Streit hervor. Das Oberlandesgericht München bestätigte die Auffassung der Rundfunkanstalten, daß zum Begriff des Rundfunks auch die Veranstaltung von Werbesendungen gehöre. Der Rundfunk ist, führte das Oberlandesgericht München weiter aus, nach seiner geschichtlichen Entwicklung gegenständlich keiner Beschränkung unterworfen; der Funktionsbereich des Rundfunks könne nicht auf reine Daseinsvorsorge festgeschrieben werden. Dieser grundlegenden rundfunkrechtlichen Einordnung der Werbesendungen entsprach die weitere Feststellung, daß die ausgestrahlten Werbespots auch wettbewerbsrechtlich nicht zu beanstanden seien.

Die Frage, ob die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Werbung betreiben dürfen, ist aber nur die eine Seite der Medaille. Medienpolitisch und medienrechtlich kontrovers blieb das Grundsatzproblem, ob Private sich am Rundfunk beteiligen dürfen. Die Frage der Zulassung von privaten Rundfunkveranstaltern stand folglich um die Wende der sechziger Jahre weiterhin im Mittelpunkt der medienpolitischen Diskussion. Teile der Presse und der Wirtschaft hatten sich frühzeitig durch Gründung der "Freien-Fernseh-GmbH" ein Instrument geschaffen, um das private Fernsehen zu veranstalten. Die Einführung eines zweiten Fernsehprogramms war durch veränderte technische Voraussetzungen auf der politischen Tagesordnung, und auch die ARD rüstete sich für diese neue Aufgabe. Und da der private Rundfunk nur durch Werbung finanziert werden konnte, wurde zur Unterstützung der Privatfunkpläne verstärkt das Argument der Wettbewerbsverzerrung vorgetragen. Bei der Bundesregierung fanden die Bestrebungen einer Neuordnung des Rundfunks uneingeschränkt Anklang. Sie wollte, gestützt auf Art. 73 Nr. 7 Grundgesetz, der dem Bund Kompetenzen auf dem Gebiete des Post- und Fernmeldewesens zuwies, durch Bundesgesetz einen neuen Rechtsträger schaffen und beauftragte die "Freie-Fernsehen-GmbH" im Dezember 1959, die programmlichen Vorbereitungen für das zweite Fernsehprogramm zu treffen. Der Auftrag der Bundesregierung enthielt die Zusicherung, daß das vorbereitete Programm vom endgültigen Träger des Zweiten Fernsehens übernommen würde. Und da die Bund-Länder-Verhandlungen nicht zügig und für die Bundesregierung zufriedenstellend abgeschlossen werden konnten, gründete sie im Juli 1960 die "Deutschland-Fernsehen-GmbH" mit der Aufgabe, die Veranstaltung von Fernseh-Rundfunksendungen durchzuführen.

Der Beginn der sechziger Jahre sah für die politischen Kräfte, die ein privatwirtschaftlich organisiertes Fernsehen einführen wollten, im Grundsatz günstig aus. Den Initiativen der Presse auf Bundesebene entsprach die Situation in Berlin. Sieben Berliner Zeitungsverlage gründeten im Juni 1960 die "Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen mbH", die nach der Satzung den Zweck verfolgte, Rundfunksendungen zu veranstalten und im Bereich der Fernsehproduktion tätig zu werden. Bereits einen Tag nach der Gründung beantragte die Fernsehgesell-

schaft der Berliner Tageszeitungen beim Senator für Post- und Fernmeldewesen, ihr "eine Lizenz zur Ausstrahlung von Fernsehsendungen im Lande Berlin" zu erteilen. Damit war die rechtliche Ausgangslage für die Mediendiskussion der sechziger Jahre in Berlin geschaffen, die als Rechtsfall endgültig erst in der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Dezember 1971 durch Zurückweisung der Revision der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen und der Feststellung der Unbegründetheit der Anträge der Zeitungsverleger auf Beteiligung am Fernsehen gelöst und beendet war.

Die medienpolitische Auseinandersetzung in Berlin wurde zunächst nicht vor den Gerichten ausgetragen, sondern spielte sich im politischen Raum ab. In über 25 Eingaben an den Senat von Berlin, in zahlreichen Schreiben an den SFB und in öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen stellten die Berliner Zeitungsverleger die Behauptung der "Wettbewerbsverzerrung" in den Vordergrund ihrer Argumentation. Mit diesem Kampfruf sollten die politischen Kräfte in Berlin veranlaßt werden, administrativ ein Verlegerfernsehen zuzulassen und dem SFB die Werbung zu verbieten. Daß die Veranstaltung von Rundfunk, insbesondere eines privaten kommerziellen Rundfunks, einer gesetzlichen Grundlage bedarf, war trotz des ersten Fernsehurteils des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Februar 1961, das die Gründung der Deutschland-Fernseh-GmbH wegen Verstoßes gegen Art. 30 und Art. 5 Grundgesetz und dem Grundsatz bundesfreundlichen Verhaltens für verfassungswidrig erklärte, noch nicht Allgemeingut. Damals hatte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung noch - von vielen mißverstanden - ausgeführt, von der Bundesverfassung sei nicht gefordert, "daß Veranstalter von Rundfunksendungen nur Anstalten des öffentlichen Rechts sein können. Auch eine rechtsfähige Gesellschaft des privaten Rechts könnte Träger von Veranstaltungen dieser Art sein, wenn sie nach ihrer Organisationsform hinreichende Gewähr bietet, daß in ihr in ähnlicher Weise wie in der öffentlich-rechtlichen Anstalt alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen und die Freiheit der Berichterstattung unangetastet bleibt." Der nachfolgende Satz in der Begründung des Bundesverfassungsgerichts, der die Möglichkeiten einer privaten Rundfunkveranstaltung noch weiter einschränkte und die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage anklingen ließ, wurde von interessierten Kreisen nicht zur Kenntnis genommen. Dieser Satz lautet: "Gegen eine solche Gesellschaft besteht von Verfassungs wegen kein Bedenken, wenn beispielsweise durch Gesetz eine die spezifischen Zwecke des Rundfunks, insbesondere die Erhaltung seiner institutionellen Freiheit sichernde besondere Gesellschaftsform zur Verfügung gestellt und jede, den angegebenen Erfordernissen genügende Gesellschaft, die Rundfunksendungen veranstaltet, einer Staatsaufsicht ähnlich etwa der Banken- oder Versicherungsaufsicht unterworfen wird."

Die Weitsicht des Bundesverfassungsgerichts über die fehlende Bestandskraft von Gesellschaftsverträgen ohne gesetzliche Grundlage sollte sich gerade am Schicksal der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen herausstellen, denn von den sieben Gesellschaftern fiel ein Gesellschafter kurz nach der Gründung wegen Konkurses weg, und vier Gesellschafter

traten bis 1967 aus. Nur die Ullstein GmbH, zum Springer Konzern gehörend, und die "Telegraf" Verlag GmbH blieben Gesellschafter. Welcher Gesellschafter dominierte und bei der Erteilung einer Rundfunklizenz das Sagen gehabt hätte, bedarf keiner großen Phantasie.

Die von den Berliner Zeitungsverlegern behauptete Wettbewerbsverzerrung wurde sowohl auf publizistischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet gesehen. Dem SFB wurde insbesondere in der Nachrichtengattung ein Aktualitätsvorsprung vorgeworfen, der zu Lasten der Auflagen der Berliner Zeitungsverleger gehen sollte. Das Wort von Axel Springer auf der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger im Juni 1961, daß die Zeitungsverleger im Zeitalter der Postkutsche lebten, während die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten echte Kinder des Düsen-Zeitalters seien, wurde in vielfältigen Variationen aufgenommen. Und wirtschaftlich sollte durch die Werbesendungen des SFB das Anzeigengeschäft nachhaltig geschädigt sein. Die Berliner Zeitungsverleger benutzten nunmehr das noch härtere Wort des "Vernichtungswettbewerbs" oder "Verdrängungswettbewerbs". Die täglichen Vorwürfe gegen den SFB in den Zeitungsspalten ließen auch eine Sprachregelung erkennen, die einige Köpfe diensteifrig formulieren ließ, der SFB sei ein "staatlich lizenzierter Wegelagerer" und "Langfinger". Die Pressekampagne gegen den SFB uferete aus.

Die massiven Angriffe der Berliner Zeitungsverleger veranlaßten den SFB 1965, in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Dokumentation seine grundsätzliche Position zur Wettbewerbslage zu verdeutlichen. Zusätzlich leitete der SFB eine weitere Stellungnahme dem Berliner Senat und politischen Kreisen zu, um die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des Wettbewerbskonflikts zu objektivieren. Die wirtschaftlichen Thesen dieser beiden Dokumentationen wurden durch ein Gutachten des Direktors des Instituts für Markt- und Verbrauchsforschung an der Freien Universität Berlin, Dr. Karl Christian Behrens, untermauert. Der SFB stellte als wichtigste Erkenntnis die Tatsache heraus, daß das Anzeigengeschäft der Berliner Zeitungen mit den Werbefernsehsendungen nur auf dem Gebiete der Markenartikelwerbung konkurriere. Das Werbefernsehen bestehe, wie der SFB ausführte, fast ausschließlich aus Markenartikelwerbung. Bei den Zeitungsverlegern nimmt die Markenartikelwerbung rund 25 Prozent der Bruttoanzeigenumsätze ein. Diese Feststellung bedeutet wirtschaftlich, daß lediglich dieser bei durchschnittlich 25 Prozent liegende Bruttoanzeigenumsatz der Zeitungsverleger für Markenartikel durch die Fernsehwerbung berührt werden könnte. In den übrigen Anzeigensparten, also bei rund 75 Prozent des Anzeigengeschäftes der Zeitungen, ist die Presse gegenüber dem Werbefernsehen konkurrenzlos. Die Klarstellung dieser Werbestructur widerlegt von vornherein den Vorwurf des "Vernichtungswettbewerbs". Der SFB machte schließlich darauf aufmerksam, daß die Springer-Presse mit einer verkauften Auflage zu 68 Prozent den Berliner Zeitungsmarkt beherrsche. Es konnte nachgewiesen werden, daß Anzeigenverluste der Nicht-Springer-Presse in Berlin voll und ganz der Springer-Presse zugute kamen. Der Hauptgeschäftsführer des BDZV, Dr. Meyn, schrieb 1964 wörtlich: "Die schärfsten Konkurrenten

einer Zeitung sind die anderen Zeitungen. Dieser Wettbewerb ist total." Auf das totale Konkurrenzverhältnis im Anzeigengeschäft zwischen Tagespresse und Zeitschriften, insbesondere den Illustrierten, wies der SFB besonders hin.

Auf Bundesebene standen in dieser Zeit, also Mitte der sechziger Jahre, gleichgelagerte Probleme des Wettbewerbs zwischen Rundfunk und Presse zur Klärung an. Die Objektivierung des Konflikts konnte vernünftigerweise, dem englischen Vorbild einer "Royal Commission" folgend, nur durch eine unabhängige Sachverständigenkommission herbeigeführt werden. Der Bundestag ersuchte folglich die Bundesregierung, eine Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit zwischen Presse, Funk/Fernsehen und Film einzusetzen. Sieben unabhängige, hochqualifizierte Persönlichkeiten des Rechts, der Wirtschaft und der Kultur wurden daraufhin von der Bundesregierung mit der Untersuchung der Wettbewerbslage zwischen den Medien beauftragt. Diese Kommission, die nach dem Namen des Vorsitzenden als "Michel-Kommission" in die Rundfunkgeschichte eingegangen ist, nahm im Dezember 1964 ihre Arbeit auf und legte im September 1967 ihren umfassenden Bericht vor. Wegen der möglichen Berliner Sonder-situation war auf Veranlassung des Berliner Senats die "Michel-Kommission" beauftragt worden, einen Zusatzbericht über Besonderheiten des Wettbewerbs in Berlin zu erstatten. Die Arbeiten an dem Sonderbericht Berlin begannen im Dezember 1966.

Es wäre nunmehr vernünftig gewesen, das Ergebnis der "Michel-Kommission" abzuwarten. Am Vorabend der 25. Großen Deutschen Funkausstellung 1967 in Berlin haben die Berliner Zeitungsverleger es aber für richtig gehalten, eine umfängliche Broschüre unter dem Titel "Sender Freies Berlin bedroht Berliner Zeitungen" zu veröffentlichen. Sie wiederholten darin ihre Forderung nach Zugang zum Fernsehen. Sie forderten gleichfalls, die Geschäftsanteile der Berliner Werbefunk GmbH, der Werbetochter des SFB, zu übernehmen. Der SFB ist in seiner Erwiderung von September 1967 auf die einzelnen Einlassungen der Zeitungsverleger eingegangen. Die Darstellung der Einzelheiten erübrigt sich, denn im Grundsatz wurden die Argumente wiederholt, die schon seit Jahren die medienpolitische Diskussion beschäftigten. Die politische Öffentlichkeit wartete das Ergebnis der "Michel-Kommission" ab. Dieses lag wenig später im September 1967 vor.

Der Hauptbericht der "Michel-Kommission" umfaßt 401 Seiten einer Bundestagsdrucksache. Nur wer jemals diese Bundestagsdrucksache zur Hand genommen hat, kennt die Fülle von Material, die zur Durchleuchtung der Wettbewerbsbeziehungen der Medien ausgebreitet wurde. Die Michel-Kommission ist im Hauptgutachten zu folgendem Ergebnis gekommen:

"Zwischen Presse und Rundfunk bestehen keine Wettbewerbsverzerrungen. Beide Medien konkurrieren nicht miteinander, sie ergänzen sich vielmehr in ihrer Wirkungsweise. Das gilt sowohl für den publizistischen Bereich als auch für den Werbemarkt. Intensive Wettbewerbsbeziehungen bestehen zwischen den Tageszeitungen und den Zeitschriften. Die Zeitschriften sind die Haupt-Wettbewerbsgegner der Tageszeitungen. Mit der Einführung und mit der Ausdehnung des Werbefernsehens ist die Werbetätig-

keit im ganzen intensiviert worden, wovon letztlich auch die Presse profitiert hat. Diese Tatsache erklärt auch, warum das Werbevolumen der Presse trotz der Fernsehwerbung beträchtlich angestiegen ist. Die wirtschaftlichen Probleme der Presse sind weder durch das Fernsehen noch durch das Werbefernsehen erklärbar und ihre Lösung sollte nicht mit einer Änderung der derzeitigen Rundfunkverfassung verquickt werden. Ein Verlegerfernsehen wird mit Nachdruck abgelehnt."

Im Sonderbericht über die Wettbewerbsslage zwischen den Medien in Berlin konnte die aktuelle Entwicklung des Jahres 1967 miteinbezogen werden. Die Michel-Kommission trifft die Feststellung, daß die im Hauptbericht ermittelten Untersuchungsergebnisse grundsätzlich auch für Berlin Gültigkeit haben. Durch den Bau der Berliner Mauer und den Bevölkerungsrückgang herrschen zum Teil andere Verhältnisse als in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kommission betont aber ausdrücklich, daß sich auch in Berlin die Medien Presse und Rundfunk gegenseitig ergänzen und daß der SFB nicht für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger Zeitungsverlage verantwortlich gemacht werden kann. Weder durch eine Änderung der Rundfunkverfassung in Berlin noch durch die Errichtung eines Verlegerfernsehens könne die wirtschaftliche Situation einiger Zeitungsverlage gebessert werden. Die Michel-Kommission lehnt in diesem Sonderbericht ein Verlegerfernsehen aus den gleichen Gründen ab wie im Hauptbericht. Auf Probleme der Pressekonzentration in Berlin weist die Michel-Kommission besonders hin. Sie stellt die marktherrschende Stellung des Springer-Konzerns heraus und warnt vor der Ausnutzung dieser Marktposition.

Der Sonderbericht der Michel-Kommission war fast der Endpunkt des Medienkonflikts der sechziger Jahre in Berlin. Der gründlichen und überzeugenden Analyse konnten die Berliner Zeitungsverleger keine ernstzunehmende Kritik mehr entgegensetzen, zumal in den Jahren 1968 und 1969 die Markenartikelwerbung der Zeitungsverleger einen erneuten Aufschwung nahm und die Zeitschriften ihren ohnehin sehr starken Marktanteil weiter verbessern konnten. Es fehlte nur noch als krönender Abschluß eine Untersuchung der Konzentration und der Meinungsfreiheit im deutschen Pressewesen. Auf Beschluß des Bundestages vom Mai 1967 wurde eine weitere "Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland" eingesetzt. Diese unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundeskartellamtes, Eberhard Günther, arbeitende Kommission, die in der Folgezeit auch als "Günther-Kommission" oder "Pressekommission" bekannt geworden ist, legte 1968 ihren Schlußbericht vor und bestätigte die Ergebnisse des Michel-Berichts. Die Günther-Kommission betonte bekräftigend, daß auf dem Gebiete der Werbung Presse und Rundfunk nicht einem Substitutionswettbewerb ausgesetzt seien, sondern daß die Fernsehwerbung komplementären Charakter habe. Aus dem Tatsachenmaterial schloß die "Günther-Kommission", daß mit der Einführung des Werbefernsehens die werbungtreibende Wirtschaft ihre Werbeetats vergrößert habe, so daß zusätzliche Werbeaufträge bei Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten zur Verfügung standen. Die "Günther-Kommission" sprach sogar

von einer stimulierenden Wirkung des Werbefernsehens auf die Werbewirtschaft und betonte, daß das Fernsehen als publizistisches Instrument auch auf die Auflagenentwicklung der Presse günstig eingewirkt habe. Besondere Aufmerksamkeit widmet die "Günther-Kommission" dem scharfen Wettbewerb zwischen den Zeitungen untereinander sowie zwischen Zeitungen und Zeitschriften und sieht hierin eine wichtige Ursache für die wirtschaftliche Gefährdung von Presseunternehmen. Zur Pressekonzentration stellt die "Günther-Kommission" fest, daß auf vielen Gebieten im deutschen Pressewesen ein hoher Grad der Konzentration erreicht sei. Sie diagnostiziert ein weiteres Fortschreiben der Pressekonzentration und befürchtet für die Zukunft Erscheinungsformen, die die Meinungsfreiheit beeinträchtigen könnten. Als Fazit kann also festgestellt werden, daß auch durch die "Günther-Kommission" der Rundfunk als wirtschaftlicher Störenfried ausschied.

Von einer wirtschaftlichen Wettbewerbsverzerrung und den Reizworten "Verdrängungswettbewerb" oder "Vernichtungswettbewerb" konnte am Ende der sechziger Jahre keine Rede mehr sein. Die Kritik verstummte. Es blieb nur noch übrig, auch auf rechtllichem Gebiet einen Schlußstrich unter die Entwicklung des Medienkonflikts zu ziehen. Dafür sorgte die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Dezember 1971, die abschließend und rechtskräftig den Antrag der Fernseh-Gesellschaft der Berliner Tageszeitungen auf Ausstrahlung von Rundfunksendungen als unbegründet zurückwies. Die Entscheidungsgründe des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts sollen wegen der Wichtigkeit für die Zukunft kurz skizziert werden. Das Urteil führt aus, daß Art. 5 GG privaten Rundfunkveranstaltern keinen Anspruch auf Zulassung zum Rundfunk gäbe. Die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk, kurz "Rundfunkfreiheit" genannt, decke sich nicht mit dem Begriff der Pressefreiheit. Das Bundesverwaltungsgericht betont besonders die sozial gesellschaftsbezogene Funktion der Rundfunkfreiheit. Die Demokratie erfordere eine vielfältige und unbeeinflusste Information, und die Rundfunkfreiheit diene dieser Funktion durch die Abwehr von Meinungsmonopolen. Während durch Presseerzeugnisse unter dem Schutz des Grundrechts der Pressefreiheit jede, auch die kleinste Gruppe, ihre Meinung äußern und verbreiten könne, sei diese Möglichkeit bei sechs bis zehn weiteren Programmen nicht gegeben. Sechs bis zehn weitere Programme reichen auf keinen Fall aus, um einen erheblichen Teil der gesellschaftlich relevanten Kräfte auf den Gebieten der Kunst, der Erziehung, der Politik, des Glaubens, der Wirtschaft usw. das Betreiben einer eigenen Fernsehgesellschaft zu ermöglichen. Damit wurde, wie ich kommentierend hinzufüge, das erste Mal in einer höchstrichterlichen Rechtsprechung festgestellt, daß die technische Ausstrahlungsmöglichkeit von sechs bis zehn weiteren Programmen nicht den zur Sicherung der Rundfunkfreiheit erforderlichen Vielfaltsbegriff erfüllt. Diese Aussage des Bundesverwaltungsgerichts wird sicherlich bei dem Problem der Feststellung von Meinungsvielfalt in den neuen Mediengesetzen eine erhebliche Rolle spielen.

Damit ist der Streifzug der Wettbewerbsauseinandersetzung der sechziger Jahre zwischen Rundfunk und Presse abgeschlossen. Die publizistische Gewaltenteilung zwischen öffentlich-rechtlich verfaßtem Rundfunk und privatrechtlich organisierter Presse

wurde damals beibehalten und hat sicherlich für Presse und Rundfunk, aber auch für die Öffentlichkeit Vorteile gehabt. Presse und Rundfunk könnten sich gegenseitig ergänzen und publizistisch kontrollieren. Wir stehen jetzt aber am Anfang einer neuen Medienentwicklung, die den erwähnten Grundsatz der publizistischen Gewaltenteilung bereits durch einige Landesgesetze aufgehoben hat und in Zukunft durch weitere, in der Vorbereitung befindliche Landesgesetze aufheben wird. Ein in sich geschlossenes Medienkonzept ist nicht sichtbar, weil die Medienpolitik, wie ich eingangs erwähnte, von machtpolitischen Überlegungen geprägt ist. Ich sage voraus, daß der wirtschaftliche und publizistische Wettbewerb, insbesondere innerhalb der Presse, sich konfliktträchtig verschärfen wird. Die publizistische Machtkonzentration wird neue Probleme aufwerfen, die bereits im fünften Hauptgutachten der Monopolkommission deutlich zur Sprache gekommen sind. Die Beteiligung der Printmedien am privaten Rundfunk bringe, so führt die Monopolkommission aus, erhebliche Gefahren für den publizistischen Wettbewerb der Medien untereinander und damit für die verfassungsrechtlich geschützte Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt mit sich. Die Monopolkommission fordert daher ein entschlossenes Vorgehen gegen medienübergreifende Kapitalverflechtungen marktbeherrschender Unternehmen. Gegen eine Finanzierung des privaten Rundfunks durch Werbeeinnahmen hat schließlich die Monopolkommission erhebliche Bedenken und schlägt vor, daß stattdessen private Programme durch Entgelte getragen werden sollen.

Gerhard Naehrer  
MOTIVE UND PERSPEKTIVEN DES PRESSE-FERNSEHENS

Wenn ich mir die geballte Macht des Fernsehens vorstelle, frage ich mich, wer hat eigentlich noch eine Chance mit neuen Programmen. Wenn ich von geballter Macht spreche, meine ich nicht etwa die weltumgreifende Erfassung von Hunderten Millionen von Menschen wie bei den Übertragungen der Hochzeit von London oder der Olympischen Spiele. Vielmehr meine ich ganz vordergründig und subjektiv die imposante "Strahlburg" auf dem Lerchenberg. Wenn ich dort gelegentlich vom Hochhaus auf die neue 500 Millionen teure Produktions- und Sendezentrale blicke, wächst Ehrfurcht in mir. Das gleiche tritt ein, auch wenn es nicht so konzentriert an einer Stelle zu besichtigen ist, angesichts des Imperiums der ARD mit 42 Funkhäusern, Studios und Redaktionen in 38 Städten der Bundesrepublik und mit 24 Auslandsbüros und angesichts der technologisch hochentwickelten, aufwendigen Apparatur.

Vor diesem Hintergrund ehrt mich die Einladung zu dieser Tagung, und ich bin dankbar dafür. Wenn ich mir etwas wünsche, dann ist es die Selbstverständlichkeit des Umgangs miteinander, ganz gleich, ob der eine aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der andere aus der neuen privatwirtschaftlichen Konkurrenz kommt. Ich muß gestehen, daß es für mich unverständlich wäre, wenn Sie nicht gelassen blieben, denn schließlich haben die Rundfunkanstalten schon Großes geleistet, und wir stehen erst kurz vor einem schwierigen Start. Deshalb hoffe ich auch, daß die Irritation bei unserem Nachbarn in Hamburg, dem NDR, die wir mit Erstaunen beobachten, schnell wieder abklingt.

Kongresse und Seminare sind in der Regel der geeignete Hintergrund für leuchtende Referate. Da ich gegen Ende der Veranstaltung an der Reihe bin, scheint mir sicher - und das Programm bestätigt es -, daß schon viele Themen vor mir aufgeleuchtet haben. Ob ich nun über Transfer-Probleme im Zeichen der neuen Medien oder über Motive und Perspektiven des Presse-Fernsehens sprechen soll: In jedem Fall will ich darauf verzichten, Ihnen vorzutragen, was Sie schon seit Jahren gelesen und gehört haben. Ich will ein paar Thesen in den Raum stellen und von Entwicklungen sprechen, die ich subjektiv für vorgegeben halte. Medienpolitik macht müde. Wer die vordergründigen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre verfolgt und sich ein Bild über die Unzahl an Tagungen und Veröffentlichungen gemacht hat, weiß, daß alle Argumente ausgetauscht sind, alles, was zu sagen ist, gesagt wurde. Wir bewegen uns im Kreise. Aber vielleicht ist das Leben so.

Der Prozeß technischer Innovation setzte sich freilich darüber hinweg und stellte uns alle teilweise vor vollendete Tatsachen. Darin liegt auch die Erklärung für das Wunder, das sich ausgerechnet im Orwell-Jahr ereignet. Privates Fernsehen, seit Jahren viel gescholten und viel gepriesen, aber in der Bundesrepublik lange verhindert, ist da. Es kommt einmal von jenseits der Grenze und heißt RTL-Plus und Sky-Channel und bald vielleicht auch Music-Channel, und es kommt zum anderen vom 1. Januar 1985 an von einem Kanal des europäischen Fernmelde-Satelliten ECS, heißt SAT 1 und wird von Verlagen zusammen mit der

Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk veranstaltet. APF - das AKTUELL Presse-Fernsehen -, für das ich hier spreche, wird sicherlich für den wichtigsten Teil des SAT 1-Programms verantwortlich zeichnen.

Vom 1. Januar an gibt es also ein neues überregionales Vollprogramm, rund 10 Stunden, das von privater Seite veranstaltet wird und technisch in der gesamten Bundesrepublik empfangbar ist. Damit werden Theorien und politische Stellungskriege von der Praxis überrollt; wird sich zum einen sicherlich die Kluft zwischen den sogenannten Medienexperten und dem Rest der Menschheit schließen und zum anderen vielleicht bald schon ein plebiszitäres Element die Medienpolitik bereichern. Man wird den potentiellen Zuschauern Rede und Antwort zu stehen haben, wenn man ihnen den Empfang dieses Programms verwehrt. Es grenzt für mich an Absurdität, daß ein Fernsehprogramm, das in der Bundesrepublik völlig legal veranstaltet wird und den Schutz der Jugend und der Familie ernst nimmt, nur deshalb nicht in allen Bundesländern verbreitet werden darf, weil es privatwirtschaftlich strukturiert ist. Bei den DDR-Programmen gibt es dieses Problem nicht. Es wird bei uns ohne weiteres verbreitet.

Nun hört man bekanntlich bei Shakespeare den Narren sagen, daß schneller dort sei, wer nicht wisse, wohin er wolle. Es wird Zeit, daß der Bürger und Wähler an seine Medienpolitiker die Frage stellt, wie sie es mit seiner Freiheit halten. Liegt es nicht in seiner Verantwortung, wie er sein Leben gestaltet; und das heißt doch wohl auch, welche Informationen er bezieht und welche Fernsehprogramme er sieht? Glaubt man denn, der Bürger sei zu dumm, zu frei zu sein? Warum also will sich die Medienpolitik als Medienpolizei aufspielen, da sie doch nicht einmal in der Lage ist, sich über die Grenzen der Bundesländer hinweg zu verständigen. Oder ist es nicht einfach das simple Machtstreben der Parteien, den Proporzfilz aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch auf die privaten Anbieter zu übertragen. Die jahrelang breitgetretene Mär von der Alternative zwischen verantwortungsbewußtem öffentlich-rechtlichem Programm und niveauloser privater Dauerberieselung wirkt inzwischen nur noch komisch vor dem Hintergrund gigantischer Filmeinkäufe durch ARD und ZDF oder Schwachsinnveranstaltungen wie dem alljährlich ausgestrahlten Schlagerwettbewerb. Wenn heutzutage ein Politiker ernsthaft über das "glotzende Kind" oder die fernsehgeschädigte Familie jammert, dann ist er bereits auf den ersten Anschein unglaublich, wenn er damit gleichzeitig das öffentlich-rechtliche Monopol verteidigen will. Die Konsequenz einer solchen Abwehrhaltung gebietet dann schon, die drastische Beschränkung der Sendezeiten, also die Rationierung der Fernsehzeit - wenn nicht gleich die Abschaffung des Mediums Fernsehen - zu fordern. Mir fällt in diesem Zusammenhang eine These von Willy Brandt ein, der 1980 zum Thema Mitbestimmung formulierte: "Wer arbeitet, soll nicht nur essen dürfen, sondern auch sagen können, was gegessen wird." Ich möchte abwandeln: "In der Freizeit soll der Bürger nicht nur fernsehen dürfen, sondern auch auswählen können, was er sehen will."

Ich möchte denen, die mit der Weiterentwicklung des Fernsehens eine qualitative Veränderung unserer Gesellschaft zum Negativen hin befürchten, entgegenhalten, daß die Logik für das Gegenteil

spricht. Durch das Fernsehen wird die Welt transparenter. Und da es zu den Eigenschaften dieses Mediums gehört, daß sich Bilder verselbständigen und vom Inhalt abkoppeln, bietet gerade das Fernsehen die wenigsten Manipulationsmöglichkeiten. Durch die Vermehrung von Programmen erweitert sich für den Zuschauer die Vielgestaltigkeit des menschlichen Lebens. Und es ist gerade die Augenzeugenrolle, die ihm das Medium gegenüber menschlicher Wirklichkeit einräumt, die seine Skepsis gegenüber vorgegebenen, gesamtgesellschaftlichen Moralvorstellungen und gegenüber einheitlichen Weltbildern verstärkt. Im positiven Sinne trägt damit das Fernsehen zur Tugend der Aufrichtigkeit und Toleranz bei. Nehmen Sie ein typisches Kabelnetz in den USA. Sie können dort neben den großen Networks ABC, CBS und NBC örtliche Stationen und öffentliche Programme empfangen, außerdem auf mehreren Kanälen 24 Stunden lang Nachrichten, Reportagen, alles Wissenswerte über das Wetter, Finanzberichte und Berichte zum Thema Gesundheit, Sport, Kultur und Musik. Daneben gibt es Spielfilm-Kanäle auf Abonnementbasis. Alles in allem bietet dieses Angebot dem Zuschauer viel Auswahl in objektiver und umfassender Nachrichtengebung und in gekonnter Unterhaltung, die durch ihre Vielfalt solche Kontraste bietet, daß auch der gehobene Geschmack bedient wird. Ich frage mich, was daran schlecht sein soll?

Längst bestimmt weltweit technische Innovation die wirtschaftliche Entwicklung. Die Telekommunikation und hier wiederum das Kabel- und Satellitenfernsehen nehmen hierbei einen besonderen Stellenwert ein. Neue Märkte sind im Entstehen - für Programm-anbieter, für Gerätehersteller, für Handwerk und Industrie. Diese Entwicklung ist grenzüberschreitend. Kein Industrieland kann sich dem entziehen, erst recht nicht die Bundesrepublik Deutschland, deren Arbeitsplätze großenteils von florierenden Exportgeschäften abhängen. Inzwischen wird in der Bundesrepublik Versäumtes aufgeholt und kraftvoll die Voraussetzung für eine aktive Teilhabe der deutschen Wirtschaft an diesen weltweiten Entwicklungen geschaffen. Die technologische Infrastruktur für mehr und neue Telekommunikation ist im Entstehen. Es gilt allerdings darauf zu achten, daß sie keinen Selbstzweck erfüllt. Sie dient vielmehr der Verbreitung und Vermittlung von Inhalten, also Programmen und Daten. Die erkennbare Nachfrage nach mehr Informations- und Unterhaltungsangeboten im Fernsehen ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Die Entwicklung in den USA und in Nachbarländern der Bundesrepublik unterstreicht, daß der Kabelanschluß auf absehbare Zeit für den interessierten Haushalt die wirtschaftlichste Form des Fernsehempfangs ist. Über Kabelnetze lassen sich nicht nur die herkömmlichen Programme, sondern auch die Programmabstrahlungen von Satelliten-Systemen aller Art sowie lokale und regionale Programme großflächig verbreiten. Die heiß umstrittene Verkabelung in Kupfer-Koaxialtechnik entspricht diesem Erfordernis. Glasfaser kann in Serie erst in den neunziger Jahren eingesetzt werden. Eine ganze Reihe von technischen Problemen muß noch gelöst werden, ehe eine großflächige Nutzung möglich und wirtschaftlich sinnvoll sein wird. Es wäre ein gesellschaftspolitischer und wirtschaftlicher Rückschritt, auf die Kupferverkabelung deshalb zu verzichten, weil aufgrund des technischen Fortschritts in den nächsten Jahrzehnten eine insgesamt verbesserte Infrastruktur planbar und ausführbar wird.

Der Verdacht, daß die ganze Diskussion pro Glasfaser und contra Kupferkabel nur Mittel zum Zweck ist, stellt sich vollends ein, wenn man nach dem Nutzen eines Glasfasernetzes fragt. Was vor acht Jahren die heute schon klassisch zu nennende KtK als zu teuer und nicht bedarfsgerecht einschätzte, das Bild-Fernsprechen nämlich, soll inzwischen der Weisheit letzter Schluß sein, und dies ausgerechnet bei jenen, die jedes Fernsehgerät, das mehr als drei Tasten hat, mit Tüchern verhängen wollen. Was ein Glasfasernetz sinnvoll kann, ist breitbandiger Hochschnelligkeits-Datenverkehr, und dies ist nicht eine Anwendung für den privaten Haushalt, sondern für Geschäfts- und Industrie-Zentren. Das gleiche gilt für Video-Konferenzen. Deshalb ist absehbar, daß die Glasfaser eine gute Ergänzung zu den Koaxialkabelnetzen abgibt, sie aber nicht verdrängen wird.

Auch der weitverbreitete Glaube an den direkt empfangbaren Satelliten ist mir schwer verständlich. Ein Blick über den Atlantik kann auch in dieser Frage nicht schaden. Dort vollzogen gerade erst drei große Unternehmen - CBS, Western-Union und RCA - den geordneten Rückzug aus ihren langjährigen Planungen mit direkt empfangbaren Satelliten. Die Begründung lautet: Im Vergleich mit den neuen Kommunikations-Satelliten ist diese Satelliten-Art unwirtschaftlich; die erforderlichen Empfangsantennen sind noch nicht erprobt und äußerst wartungsintensiv. Vieles spricht dafür, daß der direkt empfangbare Satellit - bei uns also der TV-SAT - im besten Falle Lückenfülleraufgaben übernehmen kann. In der Tat sind beim direkt empfangbaren Satelliten die Kanalkosten wegen der vergleichsweise geringen Kanalzahl pro Satelliten-System hoch, und es bleibt problematisch, die erforderlichen Einzelantennen präzisionsgenau zu installieren. Es geht hier nicht darum, daß im Zuge der Massenfertigung die Parabolantenne eines Tages vielleicht weniger als 500 DM kosten kann; man muß wissen, daß die Installationskosten immer vierstellig bleiben werden. Wenn man gar eine Empfangsantenne für mehr als einen Satelliten oder für mehr als eine Wohnung plant, steigen die Kosten drastisch an.

Die einzig legitime Frage, die beim Verlegen von Koaxialkabelnetzen zu stellen ist, ist die nach dem Bedarf. Es geht um den Markt, und hierbei steht am Anfang der Konsument, in unserem Fall also der potentielle Zuschauer. Das Produkt, das ihm geboten werden soll, ist freilich nicht der Kabelanschluß pur, sondern das Programm, das durch den Kabelanschluß empfangen werden kann. Bisher gab es aber per Kabelanschluß keine zusätzlichen attraktiven Programme, bzw. sie wurden noch nicht eingespeist. Es wäre müßig, sich mit Behauptungen auseinanderzusetzen, die von Verallgemeinerungen atypischer Situationen ausgehen, wie sie die politisch gewollten Pilotprojekte in Ludwigshafen und München darstellen. Vielmehr ist erstaunlich, wie hoch der Prozentsatz der anschußwilligen Haushaltungen ist, ohne daß zusätzliche Programme im Angebot sind. Wenn sich in solchen Anfangssituationen nicht nur Optimismus, sondern auch Skepsis artikuliert, ist das weder neu noch ungewöhnlich. Ich zitiere: "Will das deutsche Publikum eigentlich fernsehen? Die amtlichen Zahlen scheinen dagegenzusprechen... Im Bundesgebiet waren es am 1. März 1.117 Teilnehmer, am 1. April 1.524, was eine monatliche Zunahme von 407 bedeutet... Kommt diese Unlust von der unzureichenden Qualität des Programms oder sind die

meisten Programme noch so unzureichend, weil die Zahl der verkauften Geräte so gering ist?" Gemeint ist damit allerdings nicht das Kabel- und Satellitenfernsehen, denn "Die Zeit", die das schrieb, trägt das Datum vom 14. Mai 1953.

Abgesehen davon, sind die Programme im Kommen. Sie drängen vom Ausland her herein, und sie werden im Inland veranstaltet. Es gibt bereits das 3 SAT-Programm von ZDF/ORF/SRG; es gibt konkrete Bestrebungen von ARD und ZDF; vom Ausland her strahlt RTL-Plus über die bundesdeutsche Grenze ein; der "Sky-Channel" und ein "Music-Channel" könnten bereits überall in die Kabelnetze eingespeist werden; mit Pay-TV drängen zwei starke Gruppen in den Markt: die UIP-Gruppe, also Paramount, Universal und MGM/UA zusammen mit Bertelsmann, sowie die Münchner Beta-Film zusammen mit Premier, also HBO, Showtime/Movie Channel, Warner, Twentieth Century Fox, Columbia und Thorn-EMI. Das SAT 1-Programm, an dem wir beteiligt sind und das ab 1. Januar 1985 täglich rund zehn Stunden vom West-Beam des ECS 1 abgestrahlt wird, wird aus einer attraktiven Mischung von Unterhaltung und Information bestehen und - weil auf Werbefinanzierung angelegt - für den Zuschauer unentgeltlich empfangbar sein.

Ich bin überzeugt, daß das Kabel mit einer positiven Marktentwicklung rechnen kann, wenn sichergestellt ist, daß 1. zusätzliche attraktive Programme über das Kabel empfangbar werden, 2. die Kostenbelastung für den Haushalt maßvoll bleibt und 3. die Einrichtung eines beantragten Kabelanschlusses reibungslos abgewickelt wird. Geht man von einer Einschätzung der voraussichtlich zur Verfügung stehenden Investitionsmittel und dem durchschnittlichen Aufwand pro Anschlußpunkt aus und nimmt man an, daß die eben genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Aussage realistisch, daß Ende 1985 rund 10 und Ende 1987 rund 25 Prozent der Fernsehhaushaltungen an Kabelnetze angeschlossen sein werden. 1990 kann dies bereits jeder zweite Haushalt sein. In den USA sind heute bereits rund 40 Prozent der Haushaltungen an Kabelnetze angeschlossen. In Belgien sind es fast 90, in Holland sind es zwischen 70 und 80 Prozent. Das gleiche gilt für Luxemburg und die Schweiz.

Neue Programme entstehen freilich nicht schon aufgrund von politischen Beschlüssen; sie setzen Investitionsentscheidungen für die erforderlichen Einrichtungen und Arbeitsplätze voraus. Diese Entscheidungen zu treffen, ist für private Unternehmungen in der Bundesrepublik nach wie vor recht schwierig. Zwar ist es in einzelnen Bundesländern wie z.B. in Rheinland-Pfalz möglich, eine Lizenz und damit den Status eines rechtlich abgesicherten Fernsehveranstalters zu erhalten, aber die unternehmerischen Planungen hängen weitgehend in der Luft. Auch wenn man bei einem solchen Vorhaben in der Lage sein muß, die Zukunft vorauszuendenken und sich weitgehend auf hypothetische Entwicklungen abzustützen, so dürfen die Bedingungen, die erforderlich sind, damit die Aufwendungen der Programmanbieter eines Tages auch erwirtschaftet werden können, nicht immer wieder politisch in Zweifel gezogen werden. Wir wissen und akzeptieren, daß der Einstieg mit hohen Vorlaufkosten verbunden ist, und daß sich der neue Markt am Anfang nur langsam entwickeln wird.

Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz der Länder am 23. Februar 1984 wurde der West-Beam zur Nutzung durch private Veranstalter freigegeben. Die sieben Unionsländer haben dies beschlossen, und die vier SPD-Länder haben dies zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Vertrauen hierauf entstand die APF, die unternehmerische Substanz hat und publizistische Vielfalt beinhaltet. Mit dem Aufbau unseres Fernsehprojekts schaffen wir Arbeitsplätze, sind Mitarbeiter am Werk, für deren Schicksal jetzt auch die Medienpolitiker Verantwortung tragen. Noch ehe die vielen offenen Fragen geklärt sind und wir die Chance haben, unser Programm vorzuzeigen, setzt die Politik das Thema der sogenannten Bestands- und Entwicklungsgarantie für das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem auf die Tagesordnung. Dies ist wirklich nicht mehr zu verstehen, weil erstens niemand daran denkt, das öffentlich-rechtliche System abzuschaffen, und zweitens Einschaltquoten und Werbeanteile nicht als "Bestand" garantiert werden können, wenn Wettbewerb zugelassen wird.

Ich will ganz nüchtern feststellen: Mehr als vier Milliarden DM fließen in diesem Jahr den Rundfunkanstalten an Gebühren zu; dazu kommen rund 1,8 Milliarden DM Werbeeinnahmen. Das terrestrische Sendernetz erreicht inzwischen 98 Prozent der rund 25 Millionen Haushaltungen. Dagegen haben wir nichts, außer unseren Vorstellungen, unserer Energie und einem vergleichsweise bescheidenen Startkapital. Wir brauchen deshalb Start- und Wettbewerbschancen, um überhaupt Fuß fassen zu können. Die Länder sollten sich ihrer Verantwortung bewußt werden und dafür sorgen, daß die bundesweite Einspeisung unseres Programmangebots sichergestellt ist. Wir brauchen Werberegelungen, die es uns erlauben, zu einer Finanzierung unseres Programms zu kommen.

Seit Jahren unterbrechen die Rundfunkanstalten ihre 45-Minuten-Unterhaltungsserien am frühen Abend jeweils mit einem Werbeblock. Gleichwohl liest man in Mediengesetzen, daß den Privaten dies nicht erlaubt sein soll. Dabei rede ich gar nicht einer Unterbrechungswerbung wie in den USA das Wort. Aber ebenso wie bei Zeitungen und Zeitschriften die textanschließende Werbung selbstverständlich ist, muß es den privaten Anbietern im Fernsehen erlaubt sein, in ihren Programmen Werbeblöcke einzurücken, wenn sie damit thematische Zusammenhänge nicht zerreißen und die Werbung deutlich vom Programm-Umfeld abgesetzt ist. Es macht doch keinen Sinn, wenn einerseits bis zu 20 Prozent der Sendezeit von Werbung ausgefüllt sein darf, aber andererseits diese Werbung beispielsweise bei einem Magazin-Programm am Schluß in einem 12-Minuten-Block gesendet werden soll. Das funktioniert doch nicht.

Der Schlüssel für die Entwicklungschance der Privaten ist die Beseitigung politischer und administrativer Barrieren, die Schaffung des notwendigen Freiraums für die Veranstalter und die Liberalisierung der Ordnungspolitik. Wenn die Lage so schwierig ist, wenn die Aussichten für privatwirtschaftliches Fernsehen noch so düster sind, warum dann das Bestreben der Zeitungsverlage, mit APF diesen steinigen Weg zu gehen? Die Frage drängt sich auf. Aber die Antwort ist einfach. Die Tagespresse, sei sie überregional, regional oder lokal, die Information, Werbung und Unterhaltung in gedruckter Weise vermittelt,

sieht sich durch die Entwicklung des Kabel- und Satellitenfernsehens herausgefordert. Sie muß sich künftig auch elektronisch betätigen, um nicht eines Tages in einem Reservat der Printmedien gefangen zu sein. Aufgrund der demographischen Strukturen der Leserschaften sind einerseits besonders die Sonntagszeitungen betroffen, andererseits brauchen die Aktivitäten im lokalen und regionalen Bereich ein geeignetes und eigenständiges Rahmenprogramm. Wer wird es sich nicht wünschen, daß das gedruckte Wort bis in das nächste Jahrhundert hinein unbeeinträchtigt bleibt? Doch eine Glaubensbekundung ist noch keine Analyse.

Aber ist denn das Gedruckte tatsächlich gefährdet? Die Situation der Tagespresse ist doch insgesamt seit Jahren günstig. Das Zeitungsangebot hat sich bei hohem Konzentrationsgrad stabilisiert. Die Auflagenentwicklung ist gut. Nicht anders sieht es bei der Publikumspresse aus. Und bei den Büchern hat sich die Titelproduktion zwischen 1960 und 1980 verdreifacht. Allerdings muß man auch berücksichtigen, daß die für das Lesen relevante Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 65 Jahren sich bis Anfang der achtziger Jahre erhöhte, künftig jedoch konstant bleiben wird. Ich will jetzt gar nicht eingehen auf die interessante Frage, ob sich eines Tages das Verhalten der Mediennutzer ändern kann, wenn sich das Angebot verändert. Ich will mich beschränken auf den Aspekt, wie die wirtschaftliche Basis der Printmedien aussieht. Zu fragen ist, wie sich die Werbeaufwendungen künftig verteilen.

Lassen Sie mich mit ein paar Daten die Situation umreißen: Die erwachsene Bevölkerung widmet, gemessen an der Zeit, fast 80 Prozent ihrer täglichen Mediennutzung Hörfunk und Fernsehen; 20 Prozent entfallen auf Zeitung, Zeitschrift und Buch. Aber rund die Hälfte der Mittel, die ein Haushalt im Durchschnitt für Medien ausgibt, geht an die Printmedien. Erhöhungen der Vertriebspreise sind deshalb weniger leicht durchsetzbar als eine Heraufsetzung der Rundfunkgebühr. Bei den klassischen Werbeaufwendungen ist das Verhältnis umgekehrt. Rund 75 Prozent gehen an Zeitungen und Zeitschriften, rund 25 Prozent an Hörfunk und Fernsehen. Das unterstreicht, wie stark die Printmedien auf Werbeeinnahmen angewiesen sind. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Zeitung zu fast 70, die Publikumszeitschrift zu rund 50 Prozent aus den Anzeigenerlösen finanziert wird. In diesem Tatbestand liegt das Gefährdungspotential.

Seit Anfang dieses Jahres steht der werbungstreibenden Wirtschaft in der Bundesrepublik mit RTL-Plus erstmals ein zusätzliches Werbefernsehangebot zur Verfügung. Andere Angebote sind zu erwarten, von dem Drang der Rundfunkanstalten einmal abgesehen, die Werbefernsehzeit auszuweiten. Es ist aber gesicherte Erkenntnis, daß zusätzliche Werbemöglichkeiten nicht zu einer Budgetausweitung, sondern zu einer Budgetumverteilung der werbungstreibenden Wirtschaft führen. Der Blick über den Atlantik, wo es schon seit längerem mehr Fernsehwerbung als bei uns gibt, läßt erkennen, wohin die Entwicklung geht. Vergleicht man die Brutto-Werbeaufwendungen ohne lokale Werbung, entfallen bei uns auf die Zeitschriften mehr als 40 Prozent und auf das Fernsehen weniger als 20 Prozent. In den USA liegen dagegen die Zeitschriften nur noch bei 20, und das Fernsehen erzielt mehr als 50 Prozent.

Natürlich kommen Veränderungen im Markt des Gedruckten nicht mit fliegenden Fahnen und Blasmusik daher. Wenn sie kommen, schleichen sie sich ein und irgendwann wird man dann registrieren: Mitt der achtziger Jahre hat es angefangen. Da der Einstieg in das Fernsehen nur in konstruktiver Kooperation möglich ist, kam es am 28. Februar d.J. zur Konstituierung der APF. Zehn Monate bleiben uns für die Durchführung des Vorhabens. Aber es scheint aus heutiger Sicht feststehend, daß APF ab 1. Januar 1985 von Hamburg aus täglich mehrmals BLICK - so der Titel unseres aktuellen Programms - sendet. Es ist sicher einmalig in der Geschichte des Fernsehens, daß ein neuer, täglich sendender Programmbetrieb in allen seinen Teilen - vom Programm und den Mitarbeitern über die baulichen Maßnahmen, die Produktions- und Sendetechnik, die fernmeldetechnischen Leitungen bis hin zur in- und ausländischen Infrastruktur für die Programm-Erstellung und -Zuleitung - in einer so kurzen Zeitspanne geplant und realisiert wird. Das Unternehmen APF, das von 165 Tageszeitungen getragen wird, wird mit BLICK eine besondere Rolle auf dem SAT 1-Kanal spielen. Denn BLICK wird täglich live gesendet, und nur die APF verfügt deshalb über die erforderlichen Leitungen sowie über eine eigene Produktions- und Sendezentrale.

Auch wir wollen und können das Fernsehen nicht neu erfinden. Aber ich meine, daß wir vielleicht einiges anders machen können. Wir stellen uns vor, daß das BLICK-Programm thematisch sehr viel breiter angelegt sein wird als die herkömmlichen Nachrichtensendungen. Wir wollen aktuell über das Tagesgeschehen in Politik, Wirtschaft, Sport und Gesellschaft berichten. Aber wir wollen mehr als nur Nachrichten und Reportagen über die Ereignisse in Deutschland und der Welt bringen. Bei uns sollen alle lebensnahen Fragen stattfinden, also Themen wie Freizeit, Gesundheit, Reisen, Wohnen, Essen, Mode, Auto, Film usw. Und vor allem wollen wir über interessante Menschen berichten: wie sie wirklich sind, wie sie leben, was sie zu sagen haben. Wir wollen nicht nur aktuell und informativ, sondern auch unterhaltend sein. Aber keinesfalls wird in BLICK die Nachricht zur Unterhaltung verkommen.

Lassen Sie mich abschließend ein paar Sätze zum Wesen des Journalismus und zur Funktion der Massenmedien sagen. Nicht publizistischer Voyeurismus oder journalistische Alleswisserei machen die Öffentlichkeit aus, die aus der Medienfreiheit erwächst. Nicht die zynische Enthüllung des Menschen und das Geschäft mit der Sensation ist die Unterhaltung, deren Vermittlung den freien Medien zukommt. Der Journalist, der seinen Beruf in einer freien Medienordnung ausüben kann, trägt eine hohe Verantwortung. Er sollte in jedem Fall zuständig, gebildet und human sein. Es ist unverantwortlich, wenn Ereignisse erst provoziert werden, damit man sich dann umso besser darüber entrüsten kann, oder wenn Menschen oder Situationen oder Vorhaben sprachverfälscht werden. Dies gilt beispielsweise auch, wenn uns Journalisten-Kollegen aus den Rundfunkanstalten als Verleger-Fernsehen titulieren. Wir sind Journalisten und machen das Presse-Fernsehen. Schließlich ist es nicht Aufgabe der Medien zu erziehen oder gar in Politik und Gesellschaft selbst mitmischen zu wollen. Der Journalist hat vielmehr Chronist zu sein, und die Medien sollten ihre Glaubwürdigkeit beim Zu-

schauer jeden Tag erneut unter Beweis stellen.

Ich meine, hier geht es um Grundlinien, denen der öffentlich-rechtliche Rundfunk ebenso wie die freien, privaten Anbieter verpflichtet sein sollten. Das gleiche gilt für die Staatsunabhängigkeit des Rundfunks, die im öffentlich-rechtlichen System durch die ungeniert geltend gemachten Ansprüche der Parteien bei der Besetzung der Aufsichtsgremien in Frage gestellt wurde, und bei den Privaten mit der Forderung nach Schaffung von Aufsichtsgremien in Frage gestellt wird. Wir sollten nicht gegeneinander, sondern in einem geordneten Verhältnis nebeneinander und miteinander im Wettbewerb und in publizistischer Unabhängigkeit für die Zuschauer tätig sein, die ein Recht auf interessante und vielfältige Programme haben, und die frei sind, aus dem gemeinsamen Angebot auszuwählen.

Peter Leudts  
ZUR MEDIENGESCHICHTE BERLINS 1945 - 1955  
Ein Literaturüberblick und Hinweise auf Quellen

Zweiter Teil: Presse und Film.

1.

PRESSE

Im Vergleich zum Rundfunk war der Konstituierungsprozeß der Berliner Presse in der Nachkriegszeit länger und auch komplizierter. Wenn auch in den ersten zehn Jahren wesentliche Voraussetzungen für die spätere Entwicklung geschaffen worden waren, so veränderten sich die Pressestruktur und die Pressepolitik nach 1955 wesentlich (Springer-Verlag kauft Ullstein-Verlag, Konzentrationsprozeß, Zeitungsschließungen, Auseinandersetzungen Verleger/SFB, Wettbewerbsdiskussion), was diesen Zeitabschnitt interessanter erscheinen läßt. Trotzdem wird die zeitliche Eingrenzung des Untersuchungsvorhabens beibehalten.

Literaturlage

Noch unbefriedigender als zur Rundfunkgeschichte (West-)Berlins ist die Literaturlage zur Geschichte der Presse im hier untersuchten Zeitabschnitt. Trotz des abgegrenzten Untersuchungsfeldes und einer Fülle möglicher und interessanter Fragestellungen wurde bisher weder die Geschichte einzelner Verlage noch die der wichtigsten Tageszeitungen im Berlin der Nachkriegszeit ausführlich behandelt. Man muß daher auf die zwar verdienstvolle, aber nicht ausreichende Monographie von de Mendelssohn zurückgreifen (13.). Er widmet, gestützt auf seine Kenntnisse als amerikanischer Presseoffizier, den Militärzeitungen und Lizenzzeitungen der beiden ersten Jahre nach dem Krieg und den damals vorhandenen Druckkapazitäten etwas mehr als fünfzig Seiten. Veranschaulicht wird der Vorgang der Lizenzierung am besten beim "Tagespiegel". Es fehlen jedoch Quellenbelege, die ein Nachspüren und Weiterforschen vor dem Hintergrund der biographischen Details und der skizzierten Überlegungen und Planungen der Alliierten in den Westsektoren Berlins erleichtern würden.

Noch stärker vom eigenen Miterleben geprägt ist das Bändchen von Leithäuser, das wie die erste Auflage von de Mendelssohn ebenfalls 1959 erschien (11.). Bei ihm stehen die Persönlichkeiten im Vordergrund, insbesondere Journalisten, aber auch die Zensur- und Presseoffiziere der Nachkriegspresse, die die publizistischen Auseinandersetzungen der vier Besatzungsmächte bestritten haben. Er verdeutlicht die ideologischen Spannungen zwischen westlichen Alliierten und dem Ostsektor Berlins, die ganz wesentlich die Pressesituation dieser vier Jahre beeinflussten. Zahlreiche Presseartikel ("Augenzeugen kommen zu Wort") werden zitiert, jedoch fehlen auch hier weiterführende Nachweise. Die nach einer Phase der Kooperation zwischen den Besatzungsmächten spätestens Ende 1947 beginnende offene Konfrontation zwischen Ost und West spiegelt sich auch in der Entwicklung der journalistischen Berufsorganisation in Berlin wieder. Trotz der schon bald erkennbaren politischen Gegensätze kam es zu einem gemeinsamen Berufsverband aller Berliner Journalisten, der jedoch

bereits 1949 auseinanderbrach. Hinweise hierzu finden sich bei Leithäuser und in dem Zehnjahres-Rückblick von Johannes Leo (12.), der an der Gründung des "Verbandes der deutschen Presse für Groß-Berlin" beteiligt war.

Oschilewski (15.) reicht mit seinen knappen Porträts Berliner Zeitungen bis in die siebziger Jahre. Der ehemalige stellvertretende Chefredakteur des "Telegraf" erhebt mit seiner Berliner Pressegeschichte keinen wissenschaftlichen Anspruch; neue Informationen enthält der Band insofern, als die Herausgeber und wichtige redaktionelle Mitarbeiter mit kurzen biographischen Anmerkungen vorgestellt werden. Ein Titel- und Personenverzeichnis erleichtern das Auffinden von personenorientierten Grundinformationen.

Die kleineren (Selbst-)Darstellungen einzelner Zeitungen oder Verlagshäuser beschränken sich auf wenige Aspekte (9.) oder bleiben mit ihren Beurteilungen und Wertungen zu sehr im Schatten des jeweiligen Pressehauses. Dies gilt insbesondere für den Aufsatz von Riess (17.) in der Ullstein-Jubiläumsschrift. Zwar wird der von den etablierten Berliner Lizenzverlagen geführte Kampf gegen den Marktzutritt des "Berliner Anzeigers" (1949) und vor allem des Ullstein-Verlages 1952/53 erwähnt, aber nicht hinterfragt. Ein ausgeprägtes Selbstdarstellungsbedürfnis hatte der Verleger des "Telegraf", Arno Scholz (vgl. 19. ff.). Die vorliegenden Aufsätze und Jahresberichte wurden bisher jedoch nur selten (5., 10.) ausgewertet. Günther benutzt sie zur Beschreibung des Selbstverständnisses des "Telegraf" bei seinem inhaltsanalytischen Vergleich der Kommentierung der Berlin-Krise 1948/49 im "Telegraf" und in der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung". Der Ansatz, den Gesine Frohner (4.) bei ihrem Porträt der "Allgemeinen Zeitung" entwirft, ist deshalb erwähnenswert, weil sie nicht nur ein Bild dieser Zeitung der amerikanischen Armee ("Overt Publication") aufgrund der Sekundärliteratur zeichnet, sondern mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse versucht, die Eigenart der "AZ" als amtliches Mitteilungsblatt, Quelle der Information über Deutschland und die Welt und als Lokalblatt für Berlin zu beschreiben.

Aus dem Blickwinkel der amerikanischen Besatzungsmacht als Handelnde stellt Hurwitz (6.) die amerikanische Pressepolitik 1945 bis 1949 dar und geht dabei auch auf die Berliner Situation ein. Er hat nicht nur die bisher vorgestellte Literatur für seine Studie ausgewertet, sondern er konnte auch die Primärquellen der US-Militärregierung benutzen. Hurwitz zeigt, wie die Unabhängigkeit der lizenzierten Zeitungen in der Krise des Kalten Krieges erprobt wurde, und schildert im Umfeld der Berliner Blockade die führende Rolle der Lizenzzeitungen bei der Ermütigung der Bevölkerung zum Widerstand. Insbesondere die letzte Fragestellung beschäftigt Hurwitz (7.) auch in der breit angelegten Studie (4 Bände) über Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, die den Grundstein eines umfassenden Forschungsprojektes am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin darstellt. Dieses Berlin-Projekt untersucht die Verankerung und den Wandel antikommunistischer Abwehrhaltungen in Berlin 1945 bis 1972. Im soeben erschienenen dritten Band dieses Forschungsberichtes wird empirisches Datenmaterial über die politische Berichterstattung

in vier konkurrierenden Berliner Tageszeitungen ausgewertet, um festzustellen, auf welche Weise und in welchem Ausmaß die Medien den Berlinern Möglichkeiten boten, politische Verhältnisse und Ereignisse wahrzunehmen und zu beurteilen. Die Medienpolitik der sowjetischen Besatzung und der Westmächte wird verglichen, um herauszufinden, wie und in welchem Maße die Bemühungen der Westmächte, für eigene Informationsmöglichkeiten zu sorgen und damit das kommunistische Informationsmonopol in Berlin zu brechen, mit dem Gebot nach Eintracht der Siegermächte kollidierte.

Ein wichtiges Hilfsmittel zur ersten Orientierung über die Berliner Nachkriegsgeschichte sind die bis 1960 vorliegenden Chroniken (1., 2.), die aber auch eine Fülle von Daten und Informationen zur Rundfunk-, Film- und Presseentwicklung enthalten und über ein Stichwort- und Personenregister leicht zu benutzen sind. Relevante Stichworte sind etwa Film, Lichtspielhäuser, Presse und Nachrichtenagenturen, einzelne Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk. Allerdings wurde die Systematik in den einzelnen Bänden mehrmals geändert. Die Chroniken, die auch den Ostsektor einschließen, wurden nach historisch-wissenschaftlichen Grundsätzen aufgestellt, wie einleitend betont wird. Hierfür wurden alle erreichbaren amtlichen Veröffentlichungen und Publikationen herangezogen und vor allem die tagesaktuelle Presse benutzt. Die Fundstellen sind belegt. Meist werden die Quellen wörtlich zitiert.

#### Zur Quellensituation

Die Quellenlage für die Nachkriegsgeschichte der Berliner Rundfunkanstalten ist, wie im ersten Teil dieses Beitrages dargestellt wurde, so vielversprechend, daß Forschungslücken, wie etwa die Gründungsgeschichte des SFB, geschlossen werden können. Die Quellenbestände sind, da zumeist in öffentlichen Archiven untergebracht, in der Regel ohne größere Schwierigkeiten zugänglich. Die Situation bei den Medien mit privatrechtlicher Organisationsform war von vornherein als schwieriger eingeschätzt worden. Die Presselandschaft in Berlin hat sich seit dem ersten Jahrzehnt erheblich geändert; wichtige Verlagsprodukte und die herausgebenden Verlage der Lizenzzeit sind vom Markt verschwunden ("Der Kurier" Ende 1966, "Der Abend" 1981, "Der Telegraf" 1972); der Ullstein-Verlag ("BZ" und "Berliner Morgenpost") ging in den Springer-Verlag auf, "Der Tag" fusionierte mit dem "Kurier", und das "Berliner Montagsecho" wurde 1963 eingestellt, um nur einige wichtige Ereignisse zu nennen.

Direkte Anfragen bei den Verlagshäusern in Berlin hatten bisher wenig Erfolg oder blieben ohne Antwort. Die Lizenzverhandlungen seien vorwiegend mündlich durchgeführt worden, Akten existierten nicht (Springer-Verlag). Nach dem Wirrwarr der Liquidation oder eines Konkursverfahrens ("Der Abend") dürften noch vorhandene Verlagsunterlagen nur schwer wieder aufzuspüren sein. Liegen spärliche Unterlagen vor, so konnten diese bis jetzt nicht eingesehen werden. Hier muß noch historisches Bewußtsein geweckt und Überzeugungsarbeit über den Sinn derartiger Untersuchungen geleistet werden.

Im "Archiv der sozialen Demokratie" in Bonn, das seit 1980 Aktenbestände des SPD-Landesverbandes Berlin aufbewahrt, befinden

sich auch Unterlagen (etwa bis 1953) zur "Berliner Stimme", die als Parteiwochenzeitung seit 1951 erschien. Zur parteioffiziösen Tageszeitung "Der Sozialdemokrat", die mit britischer Lizenz seit April 1946 erschien, existieren in diesen unvollständigen Aktenüberlieferungen (große Lücken für die Zeit 1945 bis etwa 1963) keine Unterlagen. Auch im "Franz-Neumann-Archiv" in Berlin, das ebenfalls Akten aus der Zeit des Berliner LV-Vorsitzenden der SPD bis 1958, Franz Neumann, aufbewahrt, konnten keine Überlieferungen entdeckt werden.

Zur CDU-nahen Morgenzeitung "Der Tag", die seit Juni 1948 mit amerikanischer Lizenz erschien, existieren Materialien (Korrespondenz mit der Militärregierung, 1948 - 1952) eines der Lizenzträger, Johann Baptist Gradl. Außerdem ist in den Beständen "CDU-Deutschlandbüro/Exil-CDU" Korrespondenz (ab 1949) zur Zeitung "Der Tag" und "Kurier" enthalten. Erwähnt sei noch, daß im Nachlaß Andreas Hermes Materialien zur Gründung des Union-Verlages enthalten sind, der seit Juli 1945 die "Neue Zeit" als Zeitung der CDU mit sowjetischer Lizenz herausgab.

Ergänzend hinzuzuziehen wären die überkommenen Nachlässe der verschiedenen Lizenzträger; der Ertrag der noch notwendigen Recherche kann nicht beurteilt werden. Der Nachlaß eines der Lizenzträger des "Tag", Jakob Kaiser, befindet sich im Bundesarchiv, der Nachlaß des Mitbegründers des "Tagesspiegel", Edwin Redslob, wird im Archiv des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg aufbewahrt. Bei den meisten der ehemaligen Lizenzträger muß die Frage nach vorhandenen Nachlässen jedoch unbeantwortet bleiben; einiges dürfte sich in privater Hand befinden (so wahrscheinlich Überlieferungen Erik Regers, Chefredakteur und Mitherausgeber des "Tagesspiegel", bis zu seinem Tod 1954). Einige der hier interessierenden Personen haben zeitgenössische Aufzeichnungen hinterlassen (vgl. 18., 19., 3.) und Erinnerungen geschrieben, die ausgewertet werden müßten. Die Autobiographien bzw. Aufzeichnungen von Erik Reger, Ernst Lemmer (CDU-Politiker, Chefredakteur des "Kurier" seit 1949, Lizenzträger "Der Tag") und Karl Silex (Chefredakteur des "Tagesspiegel" seit 1955) enthalten allerdings kaum mehr als "Spurenelemente".

Arno Scholz hat als Gründer des "Telegraf", dessen Mitherausgeber und Chefredakteur er war, als Inhaber der "Telegraf-Verlags GmbH" und weiterer Verlagsunternehmen, als SPD-Politiker und Vorstandsmitglied des "Vereins der Berliner Zeitungsverleger" eine sehr wichtige Rolle in der Presse- und Medienpolitik Berlins nach dem Kriege gespielt. Von seinen zahlreichen Publikationen zur Entwicklung seines Verlages und zur Berliner Pressesituation wurden nur die wichtigsten in der Bibliographie aufgeführt (18., 19.). Sein umfangreicher und bislang noch nicht ausgewerteter Nachlaß befindet sich im "Archiv der Sozialen Demokratie" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Das Gros des Nachlasses wird in Aktenkartons verwahrt, die vor allem Schriftgut (Korrespondenz, Vermerke) enthalten. Die Bandbreite und der Umfang (die Akten füllen 30 Brettmeter) der in den ungeordneten Kartons aufbewahrten Unterlagen können hier stichwortartig angedeutet werden. Es liegen Materialien vor zur "Telegraf GmbH" (Lizenzierung, Entwicklung des Unternehmens, Auseinandersetzungen mit der Lizenzträgerin Annedore Leber), Teile des Verlags-

archivs des "Telegrafs" (Anweisungen an die Redaktionen, Korrespondenz mit den Mitarbeitern) sind überkommen, zu Scholz Aktivitäten in den verschiedensten Verlegerorganisationen (Verband der Deutschen Presse, Gesamtverband der Deutschen Zeitungsverleger, BDZV, Verein Berliner Zeitungsverleger) liegen zahlreiche Akten vor; der Kampf der Zeitungen der Westsektoren um den Vertrieb im Ostsektor und in der sowjetisch besetzten Zone läßt sich ebenso rekonstruieren wie die Auseinandersetzungen um die Lizenzvergabe an die Ullstein AG ("Zeitungskampf in Berlin"); schließlich sind auch Materialien zum "Sozialdemokrat" und zur "Berliner Stimme" vorhanden. Das Material, einmal ausgewertet, dürfte vorliegende Darstellungen in vielen Punkten ergänzen und verdeutlichen. Bei zahlreichen Fragestellungen (Verbandsgeschichte, Auseinandersetzungen im Zuge des Kalten Krieges, Konkurrenzsituation auf dem Berliner Zeitungsmarkt, von dem Konkurrenzkampf und den Konzentrationsprozessen in den sechziger Jahren oder der SPD-Presse- und Medienpolitik ganz zu schweigen) wird es sogar vorerst die einzige Quelle für medienhistorische Arbeiten sein.

Die Akten der amerikanischen Militärregierung in Berlin (OMG-BS - Office of Military Government - Berlin Secotr), die auf Microfiche im Landesarchiv Berlin zugänglich sind 1), enthalten ebenfalls noch wertvolle Quellen zur Pressegeschichte. Die Quellen reichen bis Anfang 1950, als OMGUS bereits durch den High Commissioner abgelöst worden war. Die Unterlagen enthalten Material zur Lizenzierung des "Tagesspiegel" und zu Auseinandersetzungen unter den Lizenzträgern (4/11-2/1), zur Lizenzierung des "Abend" (4/11-2/19) und über den "Deutschen Verlag" bzw. den als Treuhänder eingesetzten Ernst Strunk, wichtige statistische Daten über den Vertrieb der Zeitungen im Ostsektor während der Blockade Berlins, über Vertriebsverluste (4/11-2/10, 4/132-1/1), Unterlagen zur finanziellen Situation der Berliner Presse allgemein (4/139-2/36, 4/139-2/37) und des "Tagesspiegel" 1949/1950 im besonderen, als dieser, hoch verschuldet, einen erheblichen Auflagenschwund zu verzeichnen hatte und saniert wurde (4/11-2/1).

Da die Akten oft unübersichtlich geordnet worden und die verschiedenen Ordnungsverfahren nicht immer nachvollziehbar sind, dürften sich noch weitere wichtige Aktenbestände finden lassen, was allerdings eine sorgfältige und zeitaufwendige Durchsicht der Erfassungsbögen und vor allem der zahlreichen Microfiches notwendig machen würde, die mir in der zur Verfügung stehenden Zeit so nicht möglich war.

Versucht man die Literatur- und Quellensituation zur Pressegeschichte Berlins in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg einzuschätzen, so muß folgendes festgestellt werden: Die Lücken in der wissenschaftlichen Literatur sind unverkennbar groß. Auch wenn die Quellenlage nicht als günstig bezeichnet werden kann, so dürften aufgrund des vorhandenen und oben beschriebenen Materials wichtige medienhistorische Ergänzungen möglich sein. Diese dürften dann auch über eine bloße Geschichte der

---

1) Zum Verfilmungsprojekt und zu den Benutzungsmöglichkeiten vgl. die Hinweise im Teil 1 dieses Aufsatzes - MITTEILUNGEN Jg. 10/Nr. 4, S. 282 ff.

Institutionen hinausreichen und strukturelle (ökonomische, medien- und allgemeinpolitische) Fragestellungen berühren. Einbezogen werden müßte eine Analyse der Seite der Kommunikatoren. Die Bedingungen für die Organisation von Verlegerinteressen und die Wandlungen dieser Organisation, ihr sich veränderndes Selbstverständnis im Zuge der Ost-West-Spannung und vor allem angesichts zunehmender Konkurrenz auf dem abgegrenzten und nicht zu vergrößernden Medienmarkt Berlin wären zu beschreiben und zu analysieren. Ein ähnliches Interesse müßte dem Aufbau eines Journalistenverbandes für ganz Berlin und dem Scheitern dieses Versuches gelten, da sich hier beispielhaft der Wandel von der Kooperation zur Konfrontation der Systeme und die Veränderungen im Selbstverständnis der Berliner Journalisten untersuchen lassen. Außerdem wäre hier ein institutionalisierter Schnittpunkt zwischen verschiedenen Medien zu beobachten.

Festzuhalten ist, daß es die Quellenlage für die Zeit bis Anfang der fünfziger Jahre jetzt vielleicht erlaubt, die dominierende Orientierung auf die amerikanische Besatzungs- und Informationspolitik und auf die Medienentwicklung im amerikanischen Sektor etwas zu verschieben. Vielleicht kann auch die vorherrschende Forschungsperspektive auf den gesamten Pressemarkt erweitert werden, da bislang vor allem Tageszeitungen und evtl. noch Wochenzeitungen einbezogen waren, Zeitschriften jedoch unbeachtet blieben.

## 2.

### FILM

Die Hinweise zur Literatur und zur Quellenlage der Filmgeschichte nach 1945 in Berlin sind kurz, da die Literatur nicht umfangreich ist und nur wenige Quellen zum jetzigen Zeitpunkt genannt werden können. Eine systematische, aber langwierige Recherche steht noch aus. Die Literaturlage spiegelt den Gedächtnisverlust wieder, mit dem auf die schon bald einsetzende Krise des Films in Berlin Mitte der fünfziger Jahre reagiert worden ist. Vorausgesetzt, die These stimmt, daß Berlin wenigstens für einige Jahre nach dem Kriege so etwas wie eine Filmrenaissance erlebte, um dann den Ruf als "Filmstadt" zum zweitenmal zu verlieren.

### Zur Literatur

Borgelt (23.) gibt in seiner Bestandsaufnahme der "Filmstadt Berlin" in einem Kapitel in großen Zügen einen Überblick über die Filmarbeit in Berlin, angefangen bei den Aktivitäten der DEFA, der Gründung von Produktionsstätten und dem Wiederaufbau der Studios in den Westsektoren bis zu den ersten Filmproduktionen. Im Stil einer Chronik werden meist biografisch orientierte Daten zur Entwicklung des Films zusammengetragen (Wer gründet wann welche Filmgesellschaft, dreht welchen Film?). Ein Personenverzeichnis ist beigelegt. In den weiteren Kapiteln, die verschiedenste Aspekte des Films systematisch abhandeln, finden sich verstreut noch Hinweise zur Filmgeschichte. Zum spezifischen Verhältnis der Filmstudios und des Films zu den Berliner Rundfunkanstalten wird immerhin problematisierend die Frage nach der "eigenwilligen" Rolle des SFB bei der Benutzung reichlich vorhandener Produktionsstätten und den möglichen Auswirkungen gestellt.

Probleme der Westberliner Filmindustrie erörtert Müller-Zimmermann (27.) in seiner Dissertation vor allem aus wirtschaftstheoretischer Sicht. Er vergleicht die Produktionsbedingungen der Filmwirtschaft mit anderen Industriezweigen, um daraus seine Folgerungen abzuleiten, analysiert das amerikanische Monopolverbot für die Filmbranche und die Finanzierungsbedingungen der Filmindustrie. Er verzichtet aber auf eine fortlaufende Darstellung der Situation und der Möglichkeiten des Films in Berlin. Daten und statistische Angaben findet man lediglich in den Anmerkungen.

Die Geschichte der Entflechtung des ehemaligen reichseigenen Filmvermögens der UFA-Film GmbH, die auch ein Kapitel Berliner Filmgeschichte ist, beschreibt Reinold E. Thiel (28.) sehr plastisch in der ersten Folge seiner dreiteiligen Reihe zur bundesdeutschen Filmpolitik. Die Sendung, die 1970 im Westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt worden ist und eine recht große Resonanz fand, liegt im Manuskript vor. Die Entflechtung und Privatisierung, die seit 1949 durchgeführt werden sollte, aber erst Mitte der fünfziger Jahre vollendet wurde, wird hier, gestützt auf zahlreiche Interviews mit den Beteiligten, engagiert und kritisch nachgezeichnet. Ihre Auswirkungen auf die Berliner Filmsituation muß jedoch noch analysiert werden. Die Abwicklungsunterlagen der Liquidatoren befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz.

In einer Magisterarbeit hat Brigitte Hahn (26.) jüngst die amerikanische Filmpolitik der Jahre 1945-1949 in Berlin dargestellt und analysiert und hierfür die vorhandenen Quellen sorgfältig aufgearbeitet. Sie skizzierte die kulturpolitischen Maßnahmen der sowjetischen Militäradministration und die anschließenden Reaktionen des amerikanischen OMG-Bs, um daran anschließend die Wiederbespielung der Filmtheater im US-Sektor einschließlich der ersten Filmprogramme aufzuzeigen. In einem weiteren Hauptteil untersucht sie das Spannungsverhältnis zwischen den offiziellen Trägern der Filmpolitik und der privaten amerikanischen Filmgesellschaft MPEA (Motion Pictures Export Association). Im letzten Teil beschäftigt sich Hahn mit der amerikanischen Filmpolitik in Berlin an Hand der Lizenzierung und der Ankurbelung der neuen Filmproduktion, der amerikanischen Filmprogrammgestaltung und untersucht an einem Filmbeispiel die Einflußnahme der US-Militärregierung.

#### Einige Hinweise auf Quellen

Im Zuge der 1977 anlaufenden Verfilmung von Akten der US-Militärregierung konnte der amerikanische Historiker Brewster S. Chamberlin (25.) eine Sammlung von Quellen zur frühen Nachkriegsgeschichte des Berliner Film-, Theater- und Musiklebens herausgeben. Chamberlin war Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und besaß gute Kenntnisse über die Verwaltungstätigkeit der amerikanischen Militärregierung. Den Kern der Dokumentation bilden die halbwochentlichen (ab September 1945 wöchentlichen) Routineberichte der Film-, Theater- und Musikoffiziere der amerikanischen Information Services Section in Berlin. Ergänzt werden diese Routineberichte durch eine Auswahl von Memoranden, Vermerken und Sonderberichten. Eine Einleitung, in der die Organisationsstruktur der Militärverwaltung, insbesondere der

"Informationskontrolle", skizziert und ein erster Überblick über die Förderung und Kontrolle der kulturellen Aktivitäten in Berlin gegeben wird, ergänzt die mit zahlreichen kritischen Erläuterungen und einem Personenregister versehene Edition. Diese wichtige Quellensammlung für das zweite Halbjahr 1945 muß durch die im Berliner Landesarchiv vorhandenen Akten (auf Microfiche) der US-Militärregierung ergänzt werden. Von Interesse dürften z.B. Hinweise zur Lage der Filmindustrie (Dezember 1945) (4/8-2/3) und vor allem Unterlagen zu den Aktivitäten der MPEA, den Beziehungen der US-Behörden zur MPEA und über den Vertreter der MPEA in Deutschland, Dr. Rudolf Goldschmidt, (4/8-1/1) sein. Bei intensiverer Suche in den Überlieferungen dürfte noch wertvolles Material zu entdecken sein.

Abschließend soll auf die "Berliner Filmblätter" hingewiesen werden. Als Berliner Filmzeitschrift dokumentiert sie in den ersten Jahren ihres Erscheinens (Nr. 1/30.4.1948) die Entwicklung der Berliner Filmwirtschaft besonders ausführlich. Sie beschäftigte sich kontinuierlich mit Fragen der Filmproduktion, des Verleihs, der Filmtheater ("Mitteilungen der Berliner Filmtheaterverbände"), der Filmpolitik der Alliierten, der Verbandspolitik und den neuen Filmen. Im Juli 1949 änderte sich der Titel in "Filmblätter", um so der Bedeutung und Resonanz der Zeitschrift in ganz Deutschland gerecht zu werden. Seit April 1950 waren die "Filmblätter" auch Mitteilungsorgan der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft und ihrer Spartenverbände.

#### AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE ZUR MEDIENGESCHICHTE BERLINS 1945 - 1955 Literatur, Dokumente und Materialien Teil II.

##### Presse

1. Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945 - 1946. Hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin. Bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte. Berlin: Spitzing Verlag 1961 (2. ergänzte und erweiterte Auflage) (Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte. Bd. 1.)
2. Berlin. Behauptung von Freiheit und Selbstverwaltung 1946 - 1948. (Später unter dem Titel: Berlin: Chronik der Jahre 1948 - 1951 (ff.) ... fortgesetzt.) Hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin. Bearbeitet vom Landesarchiv Berlin, Abt. Zeitgeschichte. Berlin: Spitzing Verlag 1959 (Schriftenreihe zur Berliner Zeitgeschichte. Bd. 2)
3. Margret Boveri: Berliner Sommer 1945. Die ersten Zeitungen, in: Neue deutsche Hefte. Jg. 15. 1968. H. 2. S. 4-14
4. Gesine Frohner: Die Allgemeine Zeitung. Porträt einer Zeitung für die Berliner Bevölkerung (1945). Berlin: FU Berlin, Phil.Fak. 1966 (Magisterarbeit)
5. Rolf Günther: Presseanalyse und zeitgeschichtliche Forschung. Telegraf und WAZ zur Berlin-Krise 1948/49. Pullach b. München: Verlag Dokumentation 1972. (Kommunikation und Politik. 6.)
6. Harold Hurwitz: Die Stunde Null der deutschen Presse. Amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-49. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1972
7. Harold Hurwitz: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierung der Deutschen 1945-1946. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1984 (Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 3)

8. Katalog Presseausstellung Berlin 1949. Vom 29. Juli - 28. August am Funkturm. Berlin: Druckhaus Tempelhof 1949
9. Der Kurier. Die Berliner Abendzeitung. Zwei Jahre Politik, Wirtschaft und Kultur im Spiegel des "Kurier". Berlin: Hentschel, Heidrich & Co. o.J. (1948)
10. Thomas Krüger: Die Pressepolitik der SPD nach 1945 am Beispiel des "Telegraf". Berlin: FU Berlin, Fachbereich Phil. u. Sozialwissenschaften o.J. (1973) (Magisterarbeit)
11. Joachim G. Leithäuser: Journalisten zwischen zwei Welten. Die Nachkriegsjahre der Berliner Presse. Berlin: Colloquium Verlag 1960
12. Johannes Leo: Freie Presse im freien Berlin. 10 Jahre Presseverband Berlin. Eine Rückschau. Berlin: Presseverband 1958
13. Peter de Mendelssohn: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse. Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Ullstein 1982 (Überarbeitete und erweiterte Auflage). S. 494 ff.
14. Stephanie Münke: Zeitung in Berlin (als Parteiorgane), in: dies.: Wahlkampf und Machtverschiebung. Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3.12.1950. Berlin: Duncker & Humblot 1952. S. 142-150
15. Walther G. Oschilewski: Tribüne der Freiheit. Der "Telegraf". Aus einem Vortrag v. Walther G. Oschilewski. Berlin: Telegraf 1953
16. Walther G. Oschilewski: Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte. Berlin: Haude & Spener 1975. S. 225 ff.
17. Curt Riess: Restituion und Neubeginn, in: W. Joachim Freyburg/Hans Wallenberg (Hrsg.): Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Ullstein 1977. Bd. 3. S. 385-429
18. Arno Scholz: Die Berliner Presse im Würgegriff, in: ders.: Berlin im Würgegriff. Mit einer Zeitchronik der Jahre 1945-1952 und 38 Bildtafeln aus dieser Zeit. Berlin: Arani 1953. S. 25-44.
19. Arno Scholz: Berlin ist auch eine Zeitungsstadt, in: ders.: Berlin ist eine freie Stadt. Berlin 1962. S. 9-20
20. 1 Jahr Telegraf. 1947. Hrsg. von Arno Scholz. Berlin: Telegraf 1947 (2 Jahre Telegraf ff. ...1947 ff. - 1951)
21. 10 Jahre Telegraf. Vom Werden und Wirken einer Berliner Zeitung 1946-1956. Berlin: Telegraf 1956
22. 15 Jahre Druck- und Verlagshaus Grunewald. 1946-1961. Berlin-Grunewald: Graphische Gesellschaft 1961

#### Film

23. Hans Borgelt: Filmstadt Berlin. Berlin: Nicolai 1979.
24. 10 Jahre Berliner Filmclub 1949-1959. Berlin: Berliner Filmclub 1959
25. Brewster (Searing) Chamberlin: Kultur auf Trümmern. Berliner Berichte der amerikanischen Information Control Section Juli-Dezember 1945. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1980 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 39.)
26. Brigitte Hahn: Film im Berlin der Nachkriegsjahre: Ein Beispiel amerikanischer Kulturpolitik. Berlin: FU Berlin, J.F. Kennedy-Institut 1981 (Magisterarbeit)
27. Klaus Müller-Zimmermann: Wirtschaftliche Probleme der Westberliner Filmindustrie. Berlin 1954 (Diss. rer. pol., Masch. vervielf.)

28. Reinold E. Thiel: Westdeutscher Rundfunk/Westdeutsches Fernsehen. Bundesdeutsche Filmpolitik. 1-3. 1. Was wurde aus Goebbels' UFA. Köln: WDR 1970 (Manuskript der Sendung v. 14.10. 1970 im WDR)
29. 10 Jahre Verband Berliner Filmtheater e.V. Berlin: Filmblätter Verlag 1957
30. Filmstadt Berlin. Berlin: Verlag Filmblätter 1959.

Hanno Hardt

RUNDFUNK IN DEN USA: THEORIE UND PRAXIS DER NACHRICHTEN- UND INFORMATIONSSSENDUNGEN IM KOMMERZIELLEN FERNSEHEN

Vortrag auf dem Wochenendseminar MEDIENSITUATION IN DEN USA, einer Gemeinschaftsveranstaltung der Rundfunk-, Fernseh- und Filmunion, dem Förderkreis staatspolitischer Bildungsarbeit und dem Deutsch-Amerikanischen Institut am 23./24. Juni 1984 in Saarbrücken.

Der Autor ist Professor of Journalism and Mass Communication an der University of Iowa, USA, und Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaften, Universität München.

Die Geschichte des Rundfunks in den USA begann mit einem Traum: Radio als ein Symbol des Fortschritts und der Mobilität einer Gesellschaft, im Interesse der Öffentlichkeit und zum Wohl aller. Herbert Hoover faßte das so zusammen: "The use of radio channels is justified only if there is public benefit." Der amerikanische Rundfunk, wie man ihm heute begegnet, begann mit der Gründung lokaler Sender und einem auf lokaler Ebene angelegten Programmangebot. Obwohl sich der amerikanische Rundfunk seit 1920 radikal geändert hat, ist diese Idee weiterhin das Herzstück einer Kommunikationspolitik, die den Dienst des Rundfunks und Fernsehens an der Gesellschaft in den Rahmen lokaler Bedürfnisse stellt. Bruce Owens Definition gilt deshalb nicht nur für die historisch überlieferte Grundeinstellung zum Rundfunk, sondern auch für die heutige Situation: "In the context of broadcasting, localism means three things: local ownership of broadcast facilities, a preference for smaller as opposed to larger service areas for each station, and actual program control and selection being exercised at the station level." Wir wissen heute aus den Erfahrungen der zwanziger und dreissiger Jahre, daß das Radio sehr schnell zum Geschäft wurde; technische und wirtschaftliche Gegebenheiten wie der Ausbau von Rundfunknetzen und die positive Einstellung der Verbraucherindustrie gegenüber Radiowerbung beschleunigten die Entwicklung des Radios zum Werbeträger. Mit der zunehmenden Kommerzialisierung des Rundfunks verstärkten sich auch die politischen Argumente für eine gesetzliche Kontrolle des Rundfunks durch Lizenzierung, um das öffentliche Interesse am Rundfunk zu wahren. Trotzdem, die Geschichte des amerikanischen Rundfunks ist eine Geschichte des schwindenden Einflusses lokaler Lizenzträger, lokaler Programmgestaltung und lokaler Finanzierung zugunsten einer zunehmenden Abhängigkeit von nationalen Rundfunknetzen, Multimediakonzernen und nationalen Werbeaufträgen. Heute wird die Vorherrschaft der großen Rundfunkstationen und der Rundfunknetze, die sich mit Erfolg in den frühen Jahren des amerikanischen Rundfunks etablieren konnten, mit dem entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Einfluß verteidigt. Das bedeutet auch, daß neue Vorstellungen von der Rolle und Funktion des Rundfunks und Fernsehens in einem konservativen Klima nur dann verwirklicht werden können, wenn sie die Position der Medienindustrie weder wirtschaftlich noch politisch gefährden.

1.

Mein Beitrag beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Situation des amerikanischen Fernsehens unter besonderer Berücksichtigung der Problematik von Nachrichten- und Informationssendungen im kommerziellen Kontext. Der Besitz und Betrieb von Fernsehstationen in den USA ist eine Millioneninvestition; sie ist lukrativ und daher auch ein begehrtes Spekulations- und Handelsobjekt auf dem amerikanischen Medienmarkt. Es gibt zur Zeit etwa 1.079 Fernsehstationen, davon sind 277 nicht kommerziell ausgerichtet. Die meisten kommerziellen Fernsehstationen sind einem der drei Netze - ABC, CBS, NBC - angeschlossen; nur ungefähr 200 Stationen sind unabhängig. Fernsehstationen unterliegen wie alle Aspekte des Rundfunks der Überwachung und Lizenzierung durch die Federal Communications Commission (FCC), die keine Zensur ausüben darf, jedoch alle fünf Jahre bei einer vorgeschriebenen Lizenzerneuerung die Voraussetzung für den Betrieb der Fernsehstationen überprüft. Der Handel mit Rundfunk- und Fernsehstationen sowie die zunehmenden Konzentrationsbewegungen auf dem Mediensektor haben in der allerletzten Zeit zu einer Verschärfung von Bedingungen geführt, unter denen Stationen ihre Besitzer wechseln können. So heißt es, daß

1. keine Organisation oder kein einzelner mehr als sieben Rundfunk- oder Fernsehstationen (Mittelwelle, KW, TV) sowie nicht mehr als fünf Fernsehstationen, die auf dem VHF-Band senden, besitzen darf;
2. niemand mehr als zwei Stationen gleicher Art in derselben Region betreiben darf;
3. niemand mehr als drei Fernsehstationen auf dem VHF-Band in den ersten 50 Märkten haben darf, es sei denn, es liegt ein öffentliches Interesse vor, zusätzliche Stationen zu kaufen.
4. Zeitungsverleger dürfen nicht mehr Rundfunkstationen im gleichen Marktsektor erwerben noch dürfen Radiostationen Fernsehstationen oder Fernsehstationen Radiostationen im gleichen Marktsektor erwerben.
5. Fernsehstationen dürfen nicht mehr Senderechte für eine Kabelgesellschaft in der gleichen Stadt erwerben, noch ist es den Rundfunknetzen erlaubt, Kabelsysteme zu besitzen.

Wie diese letzte Einschränkung der FCC andeutet, hat sich das Fernsehen durch eine Reihe von technischen Entwicklungen in ein komplexes und vom potentiellen Programmangebot her reichhaltiges Medium entwickelt.

Nach der Einführung von Satelliten (1965) ist die Verkabelung der USA eine höchst beachtliche und sich schnell ausbreitende Technologie. Man erwartet, daß ungefähr 37 Prozent der amerikanischen Haushalte bis zum Ende dieses Jahres verkabelt sein werden; im Jahr 1990 sollen 62 Prozent aller U.S.-Haushalte einen Kabelanschluß besitzen, und man rechnet dann mit einer Nutzung von 46 Prozent durch Abonnement. Es gibt zur Zeit ca. 5 000 Kabelsysteme in ca. 14 000 Gemeinden; weitere 2 500 Systeme haben die Genehmigung, sind aber noch nicht fertiggestellt. Diese 5 000 Kabelsysteme erreichen über 30 Millionen Abonnenten. Der durchschnittliche monatliche Subskriptionspreis

liegt um 17 Dollars. Weit über die Hälfte dieser Kabelsysteme (3 250) senden ca. 23 Stunden je Woche und haben eigene Programme aus eigenen Studios; knapp die Hälfte (2 050) bieten Werbespots an und verlangen für 30 Sekunden zwischen 5 und 400 Dollars. Viele Kabelsysteme sind mit anderen Medienorganisationen verbunden, 38 Prozent mit Rundfunkstationen, 21 Prozent mit Programmherstellern und 16 Prozent mit Zeitungsverlagen.

Aus der Verbindung des Satellitenfernsehens mit Kabel haben sich sogenannte Superstationen entwickelt, wie zum Beispiel Ted Turners WTBS-Atlanta oder die Station der "Chicago Tribune", WGN-TV-Chicago. Diese Superstationen werden in weiten Teilen der USA empfangen und bieten eine ernsthafte Konkurrenz im Kampf um regionale und nationale Werbung, die bis vor wenigen Jahren noch den Rundfunknetzen allein zugute kam. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Netze ihre Vorrangstellung als nationales Werbemedium halten können; zumindestens von den Superstationen wird behauptet, daß beträchtliche Werbeeinnahmen bereits an sie übergegangen seien. Die Verbreitung von Fernsehempfängern ist fast vollständig. Es gibt ca. 83 Millionen Geräte (74 Millionen Farbe), die sich auf über 98 Prozent der amerikanischen Haushalte verteilen. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte hat mehr als einen Fernsehempfänger.

Trotz des Überangebots an Programmen durch die Kabelsysteme sind die Sehgewohnheiten der Amerikaner fast unverändert. Dabei ergibt sich wie beim Verbrauch von Konsumgütern, daß ein Drittel der Öffentlichkeit ungefähr zwei Drittel der Konsumgüter verbraucht; auf das Fernsehen angewandt bedeutet dies, daß tatsächlich 40 Prozent der Haushalte 63 Prozent der Einschaltzeit beanspruchen oder, auf den Einzelnen berechnet, vier von zehn Personen 70 Prozent des Fernsehkonsums ausmachen. Zumindest hat sich die tägliche Einschaltzeit von 6 Stunden, 48 Minuten kaum erhöht; auch stellen erste Untersuchungen fest, daß viele Zuschauer nach einer relativ kurzen Periode des "Herumsehens" in anderen Kanälen wieder zu ihren alten Programmgewohnheiten zurückkehrt. Die Ausnahme bilden die attraktiven Filmkanäle, sowie Musikprogramme (für Jugendliche) wie MTV. Allerdings sind die Anteile der Rundfunknetze am Zuschaueraufkommen während den Jahren 1977 bis 1981 von 93 auf 89 Prozent gesunken. Voraussagen bis 1990 kalkulieren einen Abfall bis auf 57 Prozent.

Das Fernsehen besitzt einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit und ist für viele Bürger die Hauptinformationsquelle; so verlassen sich 64 Prozent der Zuschauer auf das Fernsehen als wichtigste Informationsquelle, und 51 Prozent halten das Fernsehen für die glaubwürdigste Nachrichtenquelle weit vor Zeitungen (22) und Radio (7). Ein Fernsehtag läuft nach einem festen Schema ab, das sich nur in außergewöhnlichen Fällen (Großkatastrophen, politischer Mord, etc.) ändert, dann aber oft radikal, ohne Unterbrechung durch Werbung und in einem professionellen Klima, das beachtenswert ist, da versucht wird, die Öffentlichkeit so schnell und so komplett wie möglich über die Ereignisse zu informieren. Der typische Fernsehtag beginnt mit Nachrichten- und Informationssendungen zwischen 6 und 9 Uhr, gefolgt von Programmen für Hausfrauen und Kleinkinder bis 15 oder 16 Uhr. Danach werden Kinder- und Familienprogramme ausgestrahlt, ehe um 18

Uhr ein Nachrichtenblock von 60 bis 90 Minuten eingeschoben wird. Ab 19 Uhr bzw. von 19.30 bis 22 Uhr werden Serien, Dokumentarfilme oder Spielfilme gesendet, gefolgt von Nachrichten um 22 Uhr und Erwachsenenprogrammen, Talkshows, Informationssendungen und Filmen. Kleine und mittlere Sender haben gegen Mitternacht oder 1 Uhr Sendeschluß, in den Großstädten laufen die Programme rund um die Uhr.

Die Verbreitung des Fernsehens und die Fülle des Programmangebots schaffen eine Basis für die kommerzielle Nutzung des Mediums; sie bilden die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Erfolg. Die Kosten für Fernsehwerbung sind enorm und die Versuchung, Programme mit Werbung vollzustopfen, ist immer gegeben. So kassieren Fernsehnetze für einen 30-Sekunden-Spot während der "prime time" durchschnittlich \$ 100 000 (\$ 50 000 bis \$ 200 000). Einzelne Stationen können zwischen \$ 10 und 15 000 \$ für eine halbe Minute verlangen; die Sätze richten sich nach der Größe des Einzugsgebietes, auch "market" genannt, in dem eine Station sendet. Die USA sind in 211 sogenannte ADI's (areas of dominant influence) unterteilt, die auf dem Prozentsatz der in diesem Gebiet angesiedelten Haushalte basieren. So liegt New York City mit 7,87 Prozent aller U.S.-Haushalte an erster Stelle, gefolgt von Los Angeles und Chicago; Miles City liegt mit 0,01 Prozent an 211ter Stelle.

Um das Verhältnis zwischen Programmteil und Werbung in einem erträglichen Rahmen zu halten, sind Richtlinien der Fachorganisation NAB (National Association of Broadcasters) maßgebend, die zwar keine rechtliche Bindung haben, aber als Kodex anerkannt und befolgt werden. Danach können unabhängige Stationen 14/16 (prime time/note-prime time), an die Rundfunknetze angeschlossene Sender 9:30/16 Werbeminuten je Stunde anbieten. Für Kinderprogramme liegen die Zeiten bei 12/12 bzw. 9:30/12 Minuten an Wochenenden. Diese Richtwerte werden besonders während intensiver Werbefeldzüge wie zum Beispiel in der Vorweihnachtszeit oder vor Präsidentschaftswahlen oft überschritten, ohne daß diese auf rein kommerziellen Erwägungen basierende Entscheidung einen Einfluß auf die Lizenzerneuerung hätte. Denn auch die FCC hat keinen direkten rechtlichen Zugriff, sondern könnte lediglich über die Frage nach der Wahrung des öffentlichen Interesses versuchen, permanente und flagrantе Verletzungen dieser Richtlinien mit Lizenzentzug bzw. Nichterneuerung ahnden. Umsatz und Profit im Fernsehgeschäft sind beachtlich. So lag der Umsatz 1982 bei \$ 9.8 Milliarden, der Profit bei \$ 1.3 Milliarden für das Fernsehen. Aus einer Statistik der Einkommensverhältnisse verschiedener größerer Märkte läßt sich ein Durchschnittsprofit von 19 bzw. 22 Prozent des Umsatzes für 1981 und 1982 errechnen.

Bei der Entwicklung des Kabelfernsehens in den USA ist es vielleicht von Interesse, auch etwas über die Regeln dieses Mediums zu sagen. Grundsätzlich unterliegt das Kabelfernsehen auf der Bundesebene der FCC. Das bedeutet, daß sich die Interessen der Öffentlichkeit, vertreten durch die FCC, durchsetzen, wie zum Beispiel die Idee der "public access"-Kanäle oder die Verpflichtung eigener Programmgestaltung für Systeme mit mehr als 3 500 Abonnenten. Mitte der siebziger Jahre wurden

unter dem Schlagwort "deregulation" auch für die Medien die Eigenproduktionsbestimmungen zurückgenommen und das Verbot von Programmimporten in den "top 100"-Märkten aufgehoben, und zwar mit dem Hinweis auf höchststrichterliche Entscheidungen, die es der FCC verbieten, in den eigentlichen Programminhalt von Rundfunk- und Fernsehstationen einzugreifen.

Eine weitere Verantwortung für die Regulierung liegt bei den Gemeinden und Städten, die nicht nur Gesellschaften das Recht einräumen, eine Verkabelung vorzunehmen, sondern auch durch die Vergabe von monopolartigen Lizenzen zu für sie günstigen finanziellen und technischen Bedingungen durch Gebühren sowie "public access"-Kanäle für Schule und kulturelle Veranstaltungen aushandeln. Auf der Ebene einzelner Bundesstaaten gibt es Kabelkommissionen, die darauf achten, daß Gemeinden und Städte keine Verträge mit Kabelsystemen eingehen, die unrentabel oder unseriös sind oder die ein Mitspracherecht von Bürgern an der Lizenzvergabe verhindern.

Heute zeichnet sich auch auf dem Kabelmarkt das Bild ab, das schon in den frühen Jahren des Rundfunks in den USA richtungsweisend gewesen ist: eine Zentralisierung der Programmanbieter und Systeme. Hier handelt es sich um MSO's (Multiple System Operators), die wiederum in die Hände großer Medienkonzerne geraten wie zum Beispiel Westinghouse, Warner, Cox oder Storer. Auch die vertikale Integration ist unverkennbar. Waren es in den zwanziger Jahren die Hersteller von Radiogeräten, die an der Zukunft des Rundfunks besonderes Interesse hatten, so sind es heute die Hersteller technischer Ausrüstungen sowie Programmproduzenten, die Kabelsysteme in den USA besitzen und somit die Fernsehnetze und die lokalen Programme kontrollieren. Diese Konzentration von Kabelsystemen ist soweit fortgeschritten, daß heute ca. 20 der größten MSO's 65 Prozent der Kabelabonnenten versorgen. Die größten für das Jahr 1982 waren Telecommunications und American Television und Communications (TIME, Inc.) mit je 2,1 Millionen Abonnenten und einem Profit von je \$ 65 Millionen, Group W. Cable (Westinghouse Electric) mit 1,8 Millionen Abonnenten sowie Cox Cable Communications mit 1,3 Millionen Abonnenten und einem Profit von \$ 37,7 Millionen. Der Mythos vom Kabel als dem demokratischen Medium mit großem und vielseitigem Angebot sowie ungehindertem Zugang für die Bürger hat sich nie realisiert. Auch bei LPTV (Low Power Television)-Bewegungen der letzten Jahre sind große Konzerne wie Sears Roebuck dabei, Lizenzen zu erwerben, um, wie in diesem Fall, Familiensendungen über viele Stationen auszustrahlen.

## 2.

Ursprünglich lag der Reiz des neuen Mediums im Programmangebot; hier war dem Zuschauer eine wahre Flut von neuen Erlebnissen suggeriert worden. Programme für jedermann, d.h. spezialisierte Sendungen schufen den Ausdruck "narrowcasting" (im Gegensatz zu "broadcasting"), der auch ein Hinweis auf die Fragmentierung des Marktes ist, damit auf die Möglichkeiten von Minderheitenprogrammen hinweist und unter Umständen auch für Werbung wieder interessant wird. Das Potential ist unbestritten vorhanden,

die Wirklichkeit sieht jedoch etwas anders aus; sie wird von den wirtschaftlichen Gegebenheiten sowie den Interessen von großen Kabelsysteme und der Programmanbieter bestimmt. Es gibt fünf verschiedene Programmquellen für das Kabelnetz:

1. Fernsehnetze (VHF & UHF);
2. lokale Sender;
3. spezielle Kabelprogrammdienste, finanziert durch Werbung oder Pay-TV
4. Textinformationsdienste und
5. Öffentliche lokale Programme durch public access channels.

Es ist interessant, die Fächerung der Programminhalte etwas näher zu betrachten, um der Frage nach der Vielfältigkeit und der unterschiedlichen Thematik der Programme nachzugehen. Bei dieser Betrachtung beschränke ich mich auf die überregionalen Programmträger, da sie in vielen Kabelsystemen zu finden sind und sozusagen zum Basisangebot gehören, das dem potentiellen Kabelkonsumenten zur Verfügung steht. Den größten Erfolg verbuchen die sogenannten "popular entertainment"-Programme, die dann auch das finanziell einträglichste Geschäft bieten, wobei die Vorführung unzensurierter und nicht von Werbung unterbrochener Spielfilme sowie Konzerte und andere kulturelle und sportliche Sonderveranstaltungen besondere Attraktionen geworden sind. Home Box Office (HBO), eine Tochtergesellschaft von TIME Inc., ist bei weitem der größte und erfolgreichste Anbieter dieser Art. 1972 gegründet, seit 1975 über die ganze Weite des amerikanischen Kontinents reichend, kann HBO heute 12 Millionen Abonnenten aufweisen, mit einer jährlichen Zuwachsrate von zwei Millionen. Aus den Einnahmen von \$ 440 Millionen im Jahre 1982 ergab sich ein Profit von \$ 100 Millionen. Dies sind finanzielle Dimensionen, die zehnfach über dem nächsten Konkurrenten, Showtime (Viacom/Teleprompter), mit ca. 3,5 Millionen Abonnenten liegen. Cinemax, vor vier Jahren in Partnerschaft mit HBO gegründet, hat ebenfalls schon zwei Millionen Abonnenten. Der Hauptinhalt der HBO-Sendungen ist das Spielfilmangebot (70 %), gefolgt von Konzerten, Comedy Specials sowie Sportberichten zu besonderen Ereignissen. Bei der Vorrangstellung, die HBO einnimmt, bleibt es nicht aus, daß sich die finanzielle Stärke auch auf das Filmgeschäft auswirkt. Mit anderen Worten: HBO macht die Preise für den Ankauf bei Filmproduzenten sowie beim Vertrieb durch die Servicegebühren. Ein Resultat dieses kommerziellen Erfolges ist es, daß HBO mehr Geld für Filme ausgibt als irgendein Studio in Hollywood; und man ist der Ansicht, daß bis 1990 mindestens 50 Prozent der Filmproduktion in Hollywood im Auftrag von HBO abgewickelt werden wird. Heute hat HBO eine Monopolstellung, nur Showtime ist profitabel. Andere ernsthafte Konkurrenten mögen die Superstationen sein, die mit ihren "reruns" von Fernsehserien, alten Spielfilmen sowie Sportberichten auch eine Alternative zu den Netzen darstellen.

Während HBO in ihrem Marketing Ansatz versucht, auf die Masse der potentiellen Zuschauer einzugehen, d.h. Filme und andere Unterhaltungsprogramme anzubieten, die den Massengeschmack treffen, gibt es auch einige Versuche, anspruchsvolle Programmangebote einzuführen. Die Idee des "Culture Cable" wurde von Anbie-

tern aufgegriffen, die Kultursendungen, ausländische Filme sowie alte Musicals senden. Bravo, 1980 gegründet, hat ca. 66.000 Abonnenten. Ein Jahr später, 1981, versuchte CBS nach dem Prinzip "targeting class instead of mass" ein durch Werbung finanziertes, hochkarätiges Kulturprogramm anzubieten. Es wurde ein Opfer eigener hoher Qualitätsansprüche und mußte schon 1982 eingestellt werden. Man hatte ca. 60 Prozent der Programme selbst produziert (bei Kosten zwischen \$ 250 und \$ 350 000 pro Stunde), war aber nie über Einnahmen von \$ 60 000 pro Stunde durch Werbespots hinausgekommen. CBS Cable verlor \$ 30 Millionen nach knapp einem Jahr. Ein ähnlicher Versuch, allerdings bescheidener, wurde 1981 von ABC mit ARTS gemacht. Dieses Programmangebot richtet sich an 7,5 Millionen Haushalte, die ein über Werbung finanziertes Kulturprogramm gehobenen Niveaus erhalten. Auch in diesem Fall hat sich die Investition bis jetzt noch nicht bezahlt gemacht, allerdings bleibt der Service vorerst bestehen. Ein dritter Anbieter ist Entertainment Cable; 1982 gegründet (RCA und Rockefeller Center, Inc.), verzeichnete er nach neun Monaten einen Verlust von \$ 850 Millionen, wurde 1983 stillgelegt und in veränderter Form für das Frühjahr 1983 eine Neuaufnahme unter Finanzierung durch Werbung geplant. Das Fazit: nach vier Jahren Kulturkanälen gibt es nur ein Verlustgeschäft zu vermelden, und es ist anzunehmen, daß sich wesentliche Veränderungen ergeben werden. Das Problem liegt in der potentiell kleinen Abnehmerzahl, in der Notwendigkeit, Werbung als Finanzierungsmodus einzuführen sowie in Konzeptionen, die zuviel kostenintensive Eigenproduktion vorsah.

Musikprogramme sind die neueste Entdeckung der Programm-Macher. Seit 1981 gibt es Music Television, MTV (Warner-Amex), das mit einer Investition von \$ 20 Millionen auf dem Programmarkt angeboten wurde und sich zum am schnellsten expandierenden Kabelprogrammservice der USA entwickelte mit einer Steigerung von 2,5 Millionen auf 17,5 Millionen Haushalte zwischen 1982 und 1984. Das sich durch Werbung finanzierende Programm soll in diesem Jahr zum ersten Mal rentabel arbeiten können. MTV bietet rund um die Uhr eine Mischung von drei- bis fünfminütigen Videofilmen an, die aus in Bilder umgesetzter Musik bestehen; dazwischen gibt es auch Kurzmeldungen aus der Welt der Rock- and Roll-Musik. MTV ist ein Verkaufsinstrument für die Schallplattenhersteller geworden, die dem MTV gratis Videofilme anbieten (Herstellungskosten ab \$ 30 000). Der Erfolg von MTV führte zur Nachahmung. Seit letztem Jahr gibt es The Nashville Network (TNN), ein auf Werbung basierender Musikservice (Group W Satellite Communications, WSM, Inc., Nashville), der mit 7 Millionen Haushalten anfang, heute bereits 12 Millionen Abnehmer hat und in 1 500 Kabelsystemen angeboten wird. Ausgestrahlt werden 18 Stunden country music sowie Informationen über die country music scene. Die Investitionskosten lagen um \$ 50 Millionen. Nach diesen Erfolgen ist damit zu rechnen, daß mehr Programmangebote im Musikbereich erscheinen werden (z.B. Black Music Cable Network); die Frage bleibt, wie expansionsfähig dieser Musikmarkt, der hauptsächlich Jugendliche anspricht, überhaupt ist.

Auf dem Gebiet der Informationsprogramme treten Nachrichtendienste besonders hervor, die versuchen, rund um die Uhr ein ständiges Programmangebot zu entwickeln. Cable News Network (CNN) von Ted Turner ist ein Dienst mit Nachrichten ohne aufwen-

dige redaktionelle Bearbeitung, vorgetragen von Redakteuren, die keine "stars" sind, wie bei Fernsehnetzen oder lokalen Sendern. CNN erreicht ca. 22 Millionen Haushalte und finanziert sich durch Werbung und Gebühren, die angeschlossene Kabelsysteme, gestaffelt nach Zahl der angeschlossenen Haushalte, bezahlen. Als Konkurrenz gab es seit 1982 (ABC und Westinghouse) Satellite New Channels (SNC), die jedoch nach 16 Monaten und nach Verlusten von \$ 60 Millionen von Turner für \$ 25 Millionen gekauft und Ende 1983 geschlossen wurde. Das geschah, nachdem Turner mit CNN Headline News eine Kurzform seiner ersten Konzeption einführte, um ABC und Westinghouse den Einstieg in das Nachrichtengeschäft zu erschweren. Damit steht Turner heute als marktbeherrschender Anbieter von Nachrichtendiensten über Kabelsysteme da und hofft, mit seinen zwei Diensten in diesem Jahr aus den roten Zahlen zu kommen; die Verluste für 1983 lagen bei \$ 15 Millionen.

Eine gute Zukunftsprognose gibt es auch für Sportprogramme im Bereich des Kabelfernsehens, obwohl im Augenblick noch die drei großen Fernsehnetze Übertragungsrechte für die attraktivsten und publikumsstärksten Sportarten in den USA haben - Superbowl, Baseball World Series, Olympische Spiele. In anderen Bereichen wie Boxen oder Hockey ist der Konkurrenzkampf um Übertragungsrechte im Gang. Führend bleibt bis jetzt Entertainment and Sports Programming Network (ESPN), das 1979 gegründet wurde (Getty Oil) und, sich über Werbespots finanzierend, 24 Stunden lang Sportberichterstattung bringt. Daneben gibt es seit 1980 USA Network, ein Programmanbieter auf nationaler Ebene mit ähnlicher Konzeption wie ESPN. Eine relativ neue Entwicklung sind regionale Sportdienste, die durch Zusammenschluß von Clubbesitzern saisonbedingt alle Spiele einer bestimmten Liga über Kabel anbieten.

Der Bereich Religion wird von einer Reihe von Programmanbietern beliefert, u.a. Christian Media Network (CMN), The Christian Broadcasting Network (CBN) und The National Christian Network (NCN). CBN, wohl der größte Dienst seit 1977, erreicht ca. 15 Millionen Haushalte und finanziert sich durch Werbung. Für politische Informationen gibt es seit 1979 das Cable Satellite Public Affairs Network (C-Span), das, nicht-kommerziell, von mehreren Kabelgesellschaften finanziert und in ca. 11 Millionen Haushalten angeboten wird. Hier werden z.B. Sitzungen aus dem House of Representatives oder Committees sowie sonstige politische Ereignisse übertragen. Und schließlich bietet der wohl umstrittenste Programmdienst in den USA Sexfilme an. Sogenannte Adult Movie Channels finden genug Abnehmer. PLAYBOY CHANNEL verdoppelte seine Zuschauer in einem Jahr auf 600 000, und die Konkurrenz aus dem Bereich der Sexzeitschriften sieht hier Möglichkeiten, ihre Ware auch in diesem Medium anzubieten. Aber auch bestimmte Bevölkerungsgruppen werden von Programmanbietern angesprochen. Es gibt LIFETIME und Modern Satellite Network, die Frauen als Zielgruppe sehen. Für Kinder gibt es das kommerzfreie Nickelodeon (Warner-Amex) und Callilope sowie DISNEY CHANNEL mit familienorientierten Programmen. Black Entertainment Network (BEN) wendet sich an die schwarze Bevölkerung. Die hispanischen Zuschauer haben Galavision oder Spanish Information Network zur Verfügung. Ein Wetterkanal ist ebenfalls im Angebot, der ständig regionale Wetternachrichten verbreitet.

3.

Abschließend kann man über das Kabelfernsehen in den USA vielleicht sagen, daß Jahre des Experimentierens mit Programminhalten und -formen sowie mit wirtschaftlichen Strukturen dieser Industrie auf eine bekannte Formel hinauslaufen. Kabelfernsehen paßt sich dem kommerziellen Fernsehen in den USA an; Erfolge werden kopiert, imitiert, und die Konkurrenz um Werbegelder und Zuschauer wird neue Konzeptionen oder gesellschaftspolitisch relevante Programmansätze kaum zulassen. Die Vermarktung von Programmen, das Profitinteresse sowie der Versuch der Monopolisierung von bestimmten Programmangeboten werden diese Industrie auch weiterhin beherrschen und richtungsweisend für zukünftige Entwicklungen sein. Ich halte die Idee einer Demokratisierung dieses Mediums, d.h. die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme am Kabelfernsehen durch die Bürger für eine Utopie, von der wir heute weiter entfernt sind als vor zehn Jahren.

Schwieriger ist es, eine präzise Aussage zur Wirkung dieser Programmangebote auf die Gesellschaft zu machen. Es läßt sich lediglich feststellen, daß durch die kommerzielle Basis der Kabelindustrie eine Diskriminierung gegenüber wirtschaftlich schwachen oder benachteiligten Bevölkerungsschichten stattfindet. Nicht jeder kann sich die Gebühren leisten, so daß sich die Teilnahme an dieser Art der Massenkommunikation auf wirtschaftlich starke Bürgerkreise konzentriert. Dies könnte zu einer Isolierung gewisser Schichten oder Klassen führen und die Unterschiede im Bildungs- und Informationsstand wesentlich verstärken.

Es ist ebenfalls absehbar, daß sich auf der industriellen Ebene durch den starken Konkurrenzkampf um Werbung ein größerer Einfluß der Verbraucherindustrie auf Gestaltung und Inhalt von Programmen nicht ausschließen läßt. Ebenso ist zu befürchten, daß mittlere und kleine Fernsehstationen in Konkurrenz um den Zuschauer nicht mithalten können, weder von der Qualität der Produktionen noch von den Themenbereichen her, und damit Möglichkeiten für eine weitere Konzentration der elektronischen Medienindustrie bieten. Die Konsequenz wäre ein Verlust lokaler Stationen bzw. lokaler Programmgestaltung. Mit anderen Worten: das amerikanische Fernsehen ist ein Milliardengeschäft. Der technische Fortschritt, d.h. die Entwicklung von Kabelsystemen, direktem Rundfunksatellitenempfang sowie LPTV, das sich in den kommenden Jahren durchsetzen wird, verschärft die Konkurrenz und macht Programmangebote mehr denn je abhängig von Einschaltquoten, die als Barometer kommerziellen Erfolges ausschlaggebend sind. Das bedeutet auch, daß Experimente im Programm, d.h. Änderung von Inhalt oder Form, erhebliche Risiken mit sich bringen und man deshalb erwarten kann, daß neue Ideen von nicht-etablierten Programmgestaltern und Fernsehstationen kommen müssen, seltener von großen erfolgreichen Netzen oder Stationen, die ständig ihre Vorsprünge verteidigen.

In diesem Kampf um die "ratings" waren Nachrichten- und Informationssendungen bis vor wenigen Jahren eine Ausnahme. Sie waren selbstverständlich im Angebot vorhanden, aber wurden als Prestigeobjekte der Rundfunknetze und einzelner Fernsehstationen betrachtet. Sie waren eine Investition in journalistisches

know how, Kritik an gesellschaftlichen Zuständen und damit ein Beitrag zur öffentlichen Aufgabe des Rundfunkwesens, zur Information und Aufklärung des Bürgers im Sinne der Funktion eines demokratischen Pressewesens. Anders ausgedrückt, Nachrichtenabteilungen waren ein notwendiges Zusatzgeschäft, mit dem man sich good will und unter Umständen auch öffentliches Lob und Preis erhoffte. Heute liegen die Dinge etwas anders. Auch Nachrichten- und Informationsprogramme sind "big business" geworden, es wird viel Geld mit journalistischer Darbietung verdient. Dies ist eine Vorstellung, die 1948, als CBS mit einer 15-Minuten-Sendung von Nachrichten begann, als utopisch und vielleicht sogar als nicht wünschenswert verworfen worden wäre; sie erschien auch 1963, als Nachrichtensendungen auf 30 Minuten ausgedehnt wurden und Walter Cronkite für CBS eine entscheidende Wende zum professionellen Journalismus machte, noch undurchführbar, aber heute, im Zeitalter der expandierenden Nachrichtenshows sowie der 24-Stunden-Nachrichtenkanäle des Kabelfernsehens zur Wirklichkeit geworden ist.

Lediglich die Richtlinien der FCC stehen schützend zwischen Nachrichtenmachern und Zuschauern, aber auch hier zeigen sich schon mögliche Verbindungen. So wird die Regelung von Fairness und Ausgewogenheit (Fairness Doctrine) unter Hinweis auf die zunehmende Zahl von Kanälen und damit Möglichkeiten der Meinungsäußerung von der Reagan Administration sowie der Rundfunkindustrie als nicht länger zutreffend bezeichnet und unter Umständen aufgegeben. Daneben besteht ein Verbot der Bevorzugung politischer Kandidaten (Equal Time Provision oder Section 315), ausgenommen sind echte Nachrichtenergebnisse sowie der Schutz der Person (Personal Attack Rule), der Einzelnen oder Gruppen das Recht auf Erwidern bei Angriffen in Rundfunk- oder Fernsehsendungen gibt.

Wir befinden uns in den USA in einem neuen Stadium kommerzieller Vorherrschaft auf dem Informationssektor. Vom Management der Fernsehnetze und -stationen unterstützt, kommen aus den Laboratorien und Untersuchungskabinen der "news consultants" und Nachrichtendoktoren neue Konzepte und detaillierte, dramaturgisch ausgereifte Pläne, Informationen zuschauergerecht zu verpacken. Jahrzehntelange Erfahrungen mit der Manipulation von Unterhaltung, mit Form und Inhalt sowie visuellem Kontext finden sich in der Architektur der neuen Nachrichtenblöcke wieder. Auch mit Informationssendungen - so hat die letzte Entwicklung bewiesen - läßt sich gut Seife verkaufen, wenn man geschickt genug ist, Nachrichtensendungen nicht als Unterbrechung, sondern als Fortsetzung eines Unterhaltungsprogrammes zu konzipieren. Das heißt in vielen Fällen, daß die kommerziellen Interessen des Fernsehens die Unabhängigkeit der Nachrichtenabteilungen mit einem Konzept angreifen, das unter der Betonung visueller Aspekte die Persönlichkeitsmerkmale von Journalisten vorgibt sowie Form und Inhalt der Nachrichten unter Benutzung unterhaltender Elemente bestimmt.

Nachrichten als Geschäft bedeutet ein Umdenken und Umfunktionsieren traditioneller Praktiken. Der Persönlichkeitskult von "anchor persons" verschärft sich, Aussehen und Auftreten sind wichtiger als journalistische Erfahrung und professionelles

Können; man zahlt viel, nämlich zwischen \$ 50 000 und 500 000, für die richtige "news personality", die man wissenschaftlich definiert, vom Berater zugewiesen bekommt. So verlangt der Zuschauer zum Beispiel den Ausdruck von Intelligenz, Erfahrung, Ehrlichkeit, Selbstsicherheit und Reife im Auftreten von Nachrichtensprechern. Der Personenkult, der sich besonders im Fall der Rundfunknetze schon seit Jahren hoch entwickelt hat, besitzt auch negative Eigenschaften, die mit der journalistischen Arbeit schwer zu verbinden sind. So haben "anchor persons" großen Einfluß auf die internen organisatorischen Entwicklungen sowie auf die Definition von Nachrichten im Kontext der täglichen Arbeit; sie besitzen politische Macht und können ihre Position besonders gegenüber Nachrichtenquellen ausspielen, um Informationen zu erhalten, und sie sind schließlich auch "celebrities", das heißt, sie sind "newsworthy" und erscheinen als Ereignis in den Nachrichtenspalten. Zweitens verlängert man Nachrichtenprogramme (bis zu 90 Minuten), weil die show ein hit ist, weil es Sponsoren gibt und damit finanzielle Unterstützung, die wiederum die zusätzlichen Kosten deckt. Drittens identifiziert man sich durch "action" in der visuellen Präsentation, einschließlich der vor der Kamera arbeitenden Journalisten. Bewegung, lockere Haltung sowie kollegiale Unterhaltung sind einstudierte Mechanismen, mit deren Hilfe Nachrichten präsentiert werden. Damit aber werden Unterhaltungsmomente in die Sendungen eingebracht, die kaum einen Informationswert enthalten, der für den Zuschauer irgendeine gesellschaftliche Relevanz beinhaltet, sondern lediglich dazu beitragen, ihn neugierig zu machen und davon abzuhalten, einen anderen Kanal einzuschalten. Und schließlich werden "action"-orientierte Themen, zu denen Filmmaterial vorliegt, sowie Themen mit reißerischem Inhalt wie Sex oder Kriminalität bis zur Berichterstattung aus Gerichtssälen bevorzugt benutzt. Auch in diesem Zusammenhang stellt sich oft die Frage nach der Relevanz dieser Ereignisse im Gesamtgeschehen der Gesellschaft, ja sogar im Ablauf des lokalen oder regionalen Geschehens.

Dazu kommt, daß amerikanische Fernsehnachrichten, mehr als in Deutschland oder England zum Beispiel, ein headline Service sind; die Items sind kurz, 60 oder 90 Sekunden, es wird versucht, soviel wie möglich in einer halben Stunde (minus Werbung) zu bringen. Auch die sogenannten minidocs von 3 bis 5 Minuten können nicht ein halb- oder einstündiges Programm zu einem Thema ersetzen, obwohl der Eindruck eingehender journalistischer Bearbeitung erweckt wird. Es sollte an dieser Stelle auch gesagt werden, daß sich einige Fernsehnachrichtenabteilungen den direkten Eingriffen durch "news consultants" widersetzen und daß besonders bei den Rundfunknetzen professionelles und journalistisch verantwortungsbewußtes Arbeiten überwiegt; aber die hier geschilderten Einflüsse sind unverkennbar vorhanden. Unter diesen Umständen wird die Nachricht undefiniert. Es wird nicht nur die Frage nach der Relevanz, Unmittelbarkeit oder Wichtigkeit gestellt, sondern auch gleichzeitig die Frage nach visuellem Material und dessen Präsentation durch geschulte Fernsehjournalisten, die dem talk show master sehr verwandt sind.

Schließlich sollte auf einige besondere Aspekte des amerikani-

schen Nachrichtenwesens hingewiesen werden, die nicht unbedingt auf das Fernsehen beschränkt sind. Der amerikanische Journalismus ist ereignisorientiert (im Gegensatz zur Problemorientierung wie man ihn u.U. in Westeuropa findet) und ethnozentrisch in seiner Auswahl von Informationen. Im Mittelpunkt steht das amerikanische Interesse; was nicht relevant für die USA ist, hat kaum eine Chance, in die U.S.-Medien zu gelangen. Das Fernsehen - und hier sind die Rundfunknetze gemeint - hat ein zusätzliches Problem. Fremdmaterial wie zum Beispiel Visnews oder der Nachrichtenaustausch von Eurovision wird selten genommen, da die Identifikationsmöglichkeit, die durch den eigenen Korrespondenten gewährleistet ist, fehlt. Man schickt stets ein eigenes Team, wenn irgendwie möglich. Auch wird Fremdmaterial oft nicht mit einer U.S.-Perspektive geliefert und ohne zusätzliches Filmmaterial, das exzessive Bearbeitung wie Filmschnitte oder Einblendungen eigener Korrespondenten erlaubt. Das heißt, man verläßt sich bei der Definition von Nachrichten auf das, was eigene Quellen, Korrespondenten, Nachrichtenredakteure oder eigene Stationen in verschiedenen Teilen des Landes beschaffen können.

Das fertige Produkt, die Nachrichtenshow, ist ein amerikanisches Produkt: Technisch superb, schnell im Ablauf, professionell-locker in der Präsentation und unterhaltend. Wer sich darauf verläßt, wird kaum ausreichend informiert sein, wer es als Anregung begreift, wird auf die Tagespresse zurückgreifen müssen.

+

Als Informationsquellen über den U.S.-Rundfunk werden vor allem die folgenden Zeitschriften empfohlen:

Broadcasting, Variety, Journal of Broadcasting sowie Medien-seiten in TIME, Newsweek und Wirtschaftsberichterstattung in Business Week.

Außerdem ist Broadcasting Yearbook eine umfassende Quelle für eine Übersicht zur Lage der elektronischen Medien in den USA.

Horst O. Halefeldt

THEMENVORSCHLÄGE FÜR WISSENSCHAFTLICHE ARBEITEN ZU NOCH NICHT  
ERFORSCHTEN BEREICHEN DER GESCHICHTE DES WEIMARER RUNDFUNKS

Im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) läuft derzeit ein Projekt zur Dokumentation und Erforschung der Hörfunkprogramme der zehn Sendegesellschaften des Rundfunks in der Weimarer Republik. Im Rahmen dieses Projekts "Historische Programmdokumentation (HPD)" sollen bis Ende 1987 die noch verfügbaren, zumeist schriftlich überlieferten Informationen über die rund 800.000 Hörfunksendungen, die zwischen 1923 und 1933 in Deutschland ausgestrahlt wurden, per EDV erfaßt, gespeichert und dem gezielten Zugriff rundfunkhistorischer Forschung zugänglich gemacht werden (Einzelheiten zur Konzeption dieses Projekts sind nachzulesen in: Rundfunk und Fernsehen, Jg. 32/1984, H. 1, S. 97-111). Bei der Vorbereitung und Planung des Projekts HPD wurde erneut und mehr noch als bisher deutlich, daß es nicht nur an einer Programmgeschichte des Weimarer Rundfunks bzw. des deutschen Rundfunks überhaupt mangelt, sondern daß auch viele direkt oder indirekt programmrelevanten Bereiche der Rundfunkgeschichte bislang höchst unzureichend erforscht sind. Die folgende Liste versucht, in Form mehr oder weniger konkreter Themenvorschläge Anhaltspunkte dafür zu geben, wo diese Desiderate vor allem liegen und wie sie Stück für Stück durch wissenschaftliche Abschlußarbeiten aufgearbeitet werden könnten.

Das DRA hofft, mit diesen Anregungen die Erforschung des Weimarer Rundfunks weiter voranzubringen und damit mittelbar auch auf diesem Wege Unterstützung für sein Projekt HPD zu bekommen. Es ist daher schon aus eigenem Interesse bereit, Wissenschaftlern, die eines der vorgeschlagenen Themen - oder auch andere - in Angriff nehmen wollen, jede erdenkliche Hilfe angedeihen zu lassen. Diese Hilfe kann vornehmlich in intensiven Beratungsgesprächen zur Abgrenzung des Themas, zur Auffindung relevanter Quellen und Literatur sowie zur Klärung methodischer Fragen bestehen. Soweit das DRA selbst über wichtige Unterlagen für das jeweilige Einzelthema - Akten, Nachlässe, Tondokumente oder Publikationen - verfügt, wird es diese den Forschenden selbstverständlich gern zur Verfügung stellen. Erste Ansätze zu einer solchen Unterstützung enthält schon die folgende Liste, die zu den einzelnen Themenvorschlägen auch grob erläutert, welche Unterlagen heranzuziehen wären, wo diese zu finden sind, welche individuelle Hilfestellung das DRA geben kann und wer im DRA als Ansprechpartner in Frage kommt. Darüber hinaus wird im Anhang auf Einführungswerke zur Geschichte des Weimarer Rundfunks und auf Literatur, die im Rahmen der Themenerläuterung Erwähnung findet, hingewiesen, ferner auf wichtige Nachschlagsmöglichkeiten bibliografischer Art und (verfilmte) Programmzeitschriften.

Die Liste selbst gliedert sich in einen ersten Teil, der nur indirekt programmbezogene Themen zusammenträgt, die - völlig unabhängig von HPD - jederzeit zu bearbeiten sind, und einen zweiten Teil, der eher beispielhaft direkt programmbezogene Themen bzw. Themenkomplexe umreißt, deren Bearbeiter in der Historischen Programmdokumentation oder zumindest dem hierfür entwickelten methodischen Instrumentarium Unterstützung finden

könnten. Je umfassender solche Arbeiten angelegt werden oder je mehr sie auf (überregionale) Vergleiche abzielen, umso mehr wird es sich empfehlen, sie erst dann zu beginnen, wenn HPD entsprechende Daten zu liefern vermag. Beide Teile der Liste sind in sich sachlich-theoretisch geordnet, also nicht nach der Art der potentiellen wissenschaftlichen Arbeiten (Dissertation, Magister-, Diplom-, Hausarbeiten), zumal die Entscheidung über die Art der Arbeit in vielen Fällen von der räumlich-zeitlichen Abgrenzung des Themas abhängt.

Die Liste enthält nur Anregungen zur Bearbeitung von Themen, die noch gar nicht oder nur unzureichend erforscht sind und zu denen nach unserer Kenntnis derzeit keine Forschungen laufen oder geplant sind. Aus diesem Grund wird z.B. keine Arbeit zur Technikgeschichte des Weimarer Rundfunks angeregt, denn dieses Thema wird für die Reihe "Rundfunk in Deutschland" demnächst ohnehin bearbeitet werden.

#### 1. INDIREKT PROGRAMMBEZOGENE THEMEN

Bewußt nicht aufgenommen in diesen Teil der Liste sind solche Themen, zu deren Bearbeitung es einer umfassenden und intimen Kenntnis der Programmentwicklung und der Entwicklung der programmproduzierenden Organisationen bedarf, einer Kenntnis, die erst durch eine breite und systematische Auswertung programmhistorischer Quellen - wie sie HPD vorsieht - zu erhalten ist. (Ein solches Thema könnte z.B. sein: Radiomachen als Profession - Herkunft, Ausbildung, Fortbildung und Programmeinsatz von Mitarbeitern des Weimarer Rundfunks im Vergleich.)

#### 1. KOMPLEX: MONOGRAFIEN ÜBER EINZELNE SENDEGESELLSCHAFTEN

Das DRA kann bei den Themen dieses Komplexes detaillierte Informationen zu den erwähnten Materialien liefern und seine Eigenbestände zur Verfügung stellen (Eigenpublikationen der Sendegesellschaften, Nachlässe Block und Bredow, Bibliothek, ggf. Programmzeitschriften). Die für alle Monografien vorhandenen und relevanten Akten, die in DRA-Archiven lagern, sind nicht ohne weiteres für jeden Forscher einsehbar. Anregungen für die Anlage der Monografien können vergleichbare jüngere Arbeiten wie die von Grube, Marwede-Deng und Bierbach über die Sendegesellschaften in Stuttgart, München und Münster/Köln geben. Merkpunkte für die Struktur der Arbeiten sollten in jedem Falle sein:

- die Anbindung an die allgemeine (überregionale) rundfunkpolitische Entwicklung,
- die Einbindung in das regionale politische und kulturelle Umfeld,
- die Organisation der Sendegesellschaften als publizistische Unternehmen unter Kontrolle der Überwachungsausschüsse und
- nicht zuletzt der Einfluß ökonomischer Momente auf die Tätigkeit dieser publizistischen Unternehmen.

Berliner Radio-Stunde/Funk-Stunde A.G. bzw. Funk-Stunde GmbH 1923-1933.

Ein besonders wichtiges Thema, weil die Funk-Stunde die erste, größte und gewissermaßen "Leit-Gesellschaft" unter den Regionalgesellschaften des Weimarer Rundfunks war.

Art der Arbeit: Dissertation.

Materiallage: eine Menge veröffentlichten Materials, besonders Eigenpublikationen von Geschäfts- und Programmberichten bis zur offiziellen Programmzeitschrift (größtenteils im DRA vorhanden), andere zeitgenössische Literatur und Memoiren (Bronnen, Braun...); zu einzelnen Bereichen des Programms (bes. Literatur und Hörspiel) jüngere wissenschaftliche Literatur unterschiedlicher Güte (Kutsch/Schiller, Hörburger, Lindemann, Hassel); zum frühen Musikprogramm Modellstudie von HPD (Großmann-Vendrey); Akten fast nur von staatlicher Seite, vor allem im Bundesarchiv, Koblenz, (BA R 78/579-589) und im Zentralen Staatsarchiv der DDR, Historische Abteilung II, Merseburg, (Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Rep. 76 V e Sekt. 1 Abt. VII Nr. 84, 84a, 84b).

Ansprechpartner: Dr. Susanna Großmann-Vendrey, Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Schlesische Funkstunde A.G./GmbH., Breslau, 1924-1933.

Besondere Aspekte u.a. wegen der Grenzlage (Sender Gleiwitz).

Art der Arbeit: Dissertation, zumindest Magisterarbeit.

Materiallage: relativ wenig veröffentlichtes Material greifbar; regionale Programmzeitschrift teilweise im DRA; ältere Dissertation von Elven (1938); Aufsatz und Buchprojekt von Fritsche; staatliche Aktenbestände vor allem in Koblenz (BA 78/570, 572, 575, 581) und Merseburg.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.  
Ostmarken-Rundfunk A.G./GmbH., Königsberg, 1924-1933.

Besondere Aspekte u.a. wegen Sender Danzig, Lage Ostpreussen, Angewiesensein auf den Finanzausgleich.

Art der Arbeit: Dissertation, zumindest Magisterarbeit.

Materiallage: relativ wenig veröffentlichtes Material greifbar; regionale Programmzeitschrift vorwiegend in Berlin (Staatsbibliothek); Aktenbestände vor allem in Koblenz (BA 78/611-620), Merseburg und im DRA (Nachlaß Block).

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Mitteldeutsche Rundfunk A.G./GmbH., Leipzig, 1924-1933.

Eine der größten und vom Sendegebiet her (politisch) interessanten Sendegesellschaften.

Art der Arbeit: Dissertation.

Materiallage: relativ viel veröffentlichtes Material greifbar (Eigenpublikationen teilweise im DRA); regionale Programmzeitschrift vermutlich nur in Deutscher Bücherei (Leipzig); ältere Dissertation von Stehmann (1938); von Interesse die Dissertation von Szendrei; staatliche Aktenbestände vor allem in Koblenz (BA R 78/595-602), in Merseburg und wahrscheinlich in weiteren, regionalen DDR-Archiven (z.B. Staatsarchiv Dresden).

Ansprechpartner: Renate Schumacher, Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Deutsche Welle GmbH., Berlin, 1925/26-1932/33.

Als überregionale Sendegesellschaft ohne private Anteilseigner, die vorwiegend Bildungsaufgaben wahrnahm und reichsweit auf Langwelle zu hören war, ein besonderer Fall.

Programmgeschichtlich interessant u.a. wegen des Bildungsprogramms, der politischen Sendungen ("Gedanken zur Zeit") und des zeitweiligen "Doppelprogramms" mit der Funk-Stunde.

Art der Arbeit: Dissertation.

Materiallage: relativ viel veröffentlichtes Material greifbar (teilweise im DRA); teilweise Spezialpublikationen - etwa spezielle Schulfunkzeitschrift - relevant; jüngere Dissertation zum Zahnärztfunk (Alt); staatliche Akten vor allem in Koblenz (BA R 78/590-594) und Merseburg (Preussisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Rep. 76 V e Sekt. 1 Abt. VII Nr. 83 Bd. 1-2).

Ansprechpartner: Horst O. Halefeldt.

## 2. KOMPLEX: ARBEITEN ÜBER (PROGRAMMBEZUGENE) ORGANISATIONEN/ GREMIEN

Das DRA kann bei den Themen dieses Komplexes detaillierte Informationen zu den erwähnten Materialien liefern, seine Eigenbestände und z.T. die Ergebnisse eigener Recherchen zugänglich machen (Eigenpublikationen und Geschäftsberichte der RRG, Protokolle und Berichte des Programmrats/über den Programmrat, Rundschreiben und Berichte des Rundfunkkommissars, biografische Informationen über Gremienmitglieder). Auch hier sind, zumindest für Überwachungsausschüsse und Kulturbeiräte, Akten aus DDR-Archiven wichtig, aber nicht unbedingt zugänglich.

Die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH. (RRG), 1925-1933,  
und ihr Einfluß auf die Tätigkeit der Sendegesellschaften.

Es handelt sich praktisch, da die RRG primär ökonomisches Lenkungsorgan des Rundfunks war, um eine Wirtschafts- geschichte des Weimarer Rundfunks, die jedoch besonders unter der Fragestellung interessiert, wieweit die RRG als "Konzernzentrale" über ökonomische (und publizistische) Eingriffe Tätigkeit, Programm und Politik der Sendegesellschaften beeinflussen konnte.

Art der Arbeit: Dissertation.

Materiallage: die wichtigsten Unterlagen vorhanden und leicht zentral greifbar (Bundesarchiv, DRA), ältere Arbeit von Ohse mit Vorsicht zu benutzen; Ansätze zur Monografie in Standardwerken (zuletzt Lerg 1980).

Qualifikation: wirtschaftliche Grundkenntnisse, wenn nicht entsprechendes Studium, sollten unbedingt vorhanden sein.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Der Programmrat/-ausschuß des deutschen Rundfunks, 1925-1932.

Es handelt sich um das zunehmend unter die Fittiche der RRG geratene Programm-Koordinierungsgremium der Sendegesellschaften, das z.B. den Programmaustausch abwickelte.

Art der Arbeit: Hausarbeit, Diplomarbeit.

Materiallage: das relevante Material ist leicht zentral greifbar (überwiegend im DRA) und schon sozusagen vorsortiert, Pressemeldungen über die Arbeit des Gremiums eingeschlossen.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Die Überwachungsausschüsse des Weimarer Rundfunks- eine vergleichende Analyse ihrer Tätigkeit.

Art der Arbeit: Dissertation, zumindest Magisterarbeit.

Materiallage: teilweise jüngere Regionalstudien vorhanden oder in Arbeit, die auch auf die Gremientätigkeit eingehen (Grube - Stuttgart, Diller - Frankfurt, Bierbach - Münster/Köln, Halefeldt - Hamburg), Gruppenbiografie über die Überwachungsausschußmitglieder in Münster eingereicht (Konert); Unterlagen über die übrigen Ausschüsse (Berlin, Leipzig, Königsberg, Breslau) in Koblenz bzw. in Merseburg; über Bayern nicht mehr vorhanden, als bei Marwedendegg ausgewertet; RMI-Erlasse weitgehend im Bundesarchiv; ebenso die Rundschreiben des Rundfunk-Kommissars; Thema in Standardwerken (zuletzt Lerg 1980) immer wieder angerissen, doch nie systematisch durchgearbeitet.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Anmerkung: Die angeführten Akten werden in den nächsten zwei Jahren für HPD systematisch erschlossen. Die Steuerung des Rundfunks durch Reichs- und Länderregierungen (über RMI-Erlasse u.ä.) wäre als eigenständiges Teilthema in einer Hausarbeit zu behandeln.

Die Mitglieder der Kulturbeiräte des Weimarer Rundfunks - eine Gruppenbiografie.

---

Die Kulturbeiräte waren die Beratungs- und Kontrollgremien für die kulturellen Programmteile des Weimarer Rundfunks. Die Überlieferung über ihre Tätigkeit ist - soweit ohne genauere Kenntnis der preußischen Akten in Merseburg zu beurteilen - nicht so dicht, daß eine vergleichende Analyse wie über die Überwachungsausschüsse möglich erscheint. Was jedoch möglich ist, ist - mit entsprechendem Rechenaufwand - eine Gruppenbiografie wie die von Konert über die Überwachungsausschüsse.

Art der Arbeit: Magisterarbeit.

Materiallage: die relevanten Namen lassen sich aus Eigenpublikationen und Zeitschriften (im DRA) sowie zentralen Akten (im Bundesarchiv Koblenz) relativ leicht ermitteln; zur Ermittlung weiterer Angaben sind biografische Handbücher, Adreßbücher, Einwohnermeldeämter, Nachlässe und ähnliche Quellen auszuwerten; teilweise sind auch die vorhandenen Regionalstudien (Grube etc.) ergiebig.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

### 3. KOMPLEX: ARBEITEN ZUR "RUNDFUNKPOLITIK" GESELLSCHAFTLICHER GRUPPEN/ORGANISATIONEN

Das DRA kann bei den Themen dieses Komplexes detaillierte Informationen zu den erwähnten Materialien liefern, verfügt allerdings kaum über relevante Eigenbestände, abgesehen von jüngeren Büchern oder Aufsätzen.

Die Linke und der Weimarer Rundfunk - Ideologie und Praxis von SPD, KPD, Gewerkschaften, sozialistischen Kulturorganisationen und Arbeiterradiobewegung.

---

Ein seit Jahren für interessant und wichtig gehaltenes Thema, das immer wieder unter verschiedenen Aspekten angegangen, aber bislang nicht befriedigend aufgearbeitet worden ist, vor allem, weil seine Komplexität unterschätzt und der Bereich Praxis (z.B. Basisarbeit der Radioclubs, SPD-Mitglieder in Überwachungsgremien, SPD-Regierungen) vernachlässigt wurde.

Zur Einschätzung der bisherigen Literatur und zu den Merkpunkten für eine umfassende Darstellung vgl. zuletzt Halefeldt 1981; Beispiele für die Ergiebigkeit rundfunkfremder Quellen liefert Langewiesche.

Art der Arbeit: Dissertation.

Qualifikation: möglichst Kenntnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Materiallage: insgesamt günstig und schon in den publizierten Äußerungen sehr vielfältig; zur Aufarbeitung der praktischen Seite ist die Kenntnis der preußischen Akten in Merseburg, die nicht unbedingt zugänglich sind, unbedingt nötig; zur praktischen Arbeit im Rundfunk vgl. Materiallage Überwachungsausschüsse und Kulturbeiräte; zur Arbeiterradiobewegung vgl. - neben der bisherigen Literatur - vor allem die Arbeiterradiopresse, die 1984/85 mikroverfilmt wird und dann in größeren Bibliotheken komplett zugänglich sein dürfte.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt, August Soppe.

Anmerkung: vgl. auch die Vorschläge zu speziellen Detailthemen in folgenden.

#### Die Evangelische Kirche und der Weimarer Rundfunk.

Die Kirchen waren mit die ersten gesellschaftlichen Gruppen/Organisationen, die sich intensiv mit dem Rundfunk auseinandersetzten und bald extensiv versuchten, auf ihn Einfluß zu nehmen. Für die katholische Kirche ist dieser Prozeß durch Bauer in groben Zügen sichtbar gemacht; für die evangelische Kirche fehlt trotz verschiedener Ansätze eine vergleichbare oder gar umfassendere Arbeit.

Art der Arbeit: Dissertation, zumindest Magisterarbeit.

Qualifikation: eine u.a. theologische Vorbildung wäre nützlich.

Materiallage: einige Ansätze und Vorstudien vorhanden (z.B. Fick); ergiebige Aktenbestände in zentralen und regionalen Kirchenarchiven; damit punktuell korrespondierend auch staatliche (Rundfunk-) Akten im Bundesarchiv; kirchlich gebundene Programmzeitschrift nicht an einem Ort komplett und (noch) nicht verfilmt; kirchlicher Informationsdienst weitgehend im Berliner Zentralarchiv.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

#### 4. KOMPLEX: ARBEITEN ÜBER HÖRERORGANISATIONEN.

Hörerorganisationen haben in der Frühzeit des Rundfunks eine wesentlich größere Rolle gespielt als vergleichbare Organisationen heute. Sie sind daher sowohl wegen ihres potentiellen Einflusses als auch wegen der von ihnen entwickelten Vorstellungen von dem neuen Medium Radio von Interesse. Arbeiten über solche Organisationen sollten sich sowohl um die Vereinsgeschichte und die Ideologie kümmern als auch um die praktische Vereinsarbeit und deren Einfluß auf den Rundfunk, speziell die Pro-

grammgestaltung der Sendegesellschaften.

Die Arbeiten können sich überwiegend auf die Rundfunkfachpresse, namentlich die Eigenpublikationen der Organisationen stützen, müßten aber auch rundfunkeigene Quellen berücksichtigen, in denen sich vor allem über die Arbeiterradioclubs und die NS-Aktivitäten einiges findet. Diese Quellen sind allerdings z.T. sehr verstreut, um nicht zu sagen: versteckt. Beim Auffinden solcher Quellen (und auch der genannten Publikationen) kann das DRA helfen. Ansonsten sei für die Arbeiterradiobewegung auf die Erläuterungen zum übergreifenden Thema ("Die Linke und der Weimarer Rundfunk") verwiesen, für die NS-Organisationen auf Diller 1980.

"Bürgerliche" Funkvereine und der Weimarer Rundfunk.

Art der Arbeit: Magisterarbeit.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

Die Arbeiterradiobewegung und der Weimarer Rundfunk.

Art der Arbeit: Magisterarbeit.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt, August Soppe.

NS-Hörerorganisationen und der Weimarer Rundfunk.

Art der Arbeit: Magisterarbeit.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller.

## 5. KOMPLEX: ARBEITEN ZUR PROGRAMMREZEPTION/-KRITIK.

Das "neue Medium" Radio war gerade im ersten Jahrzehnt seiner Existenz Thema einer breiten Diskussion in den anderen Medien, vor allem in der Tagespresse, in Kultur- und Musikzeitschriften und in der mit dem Medium entstandenen Rundfunkfachpresse. Zwischen den teils philosophisch überhöhten, teils pragmatisch-kritisierenden Abhandlungen und Artikeln in diesen Presseorganen und der konkreten (Programm-)Entwicklung des Rundfunks dürfte es vielfältige Wechselwirkungen gegeben haben, die bislang kaum erforscht sind.

Anregungen zur Anlage der vorgeschlagenen Arbeiten können bereits vorliegende Studien liefern (Soppe). Es handelt sich logischerweise durchweg um Arbeiten, die ganz überwiegend auf einer systematischen und ggf. vergleichenden Auswertung der entsprechenden Publikationen basieren. Je nach Eingrenzung des Spektrums bzw. der Zahl der Publikationen, ggf. auch nach der zeitlichen-räumlichen Begrenzung lassen sich die Arbeiten als Haus-, Diplom- oder Magisterarbeiten anlegen.

Die Hilfestellung des DRA kann primär in (methodischer) Beratung bestehen und in Tips, wo was zu finden ist.

Die Rezeption des Rundfunks in der literarisch-kulturellen Öffentlichkeit der Weimarer Republik.

Es geht um eine Auswertung der Stellungnahmen zum Rundfunk

in wichtigen Zeitschriften wie "Die Weltbühne", "Das Tagebuch", "Die Literarische Welt", "Die neue Bücherschau", "Die Linkskurve", "Die Neue Rundschau" usw.

Materiallage: Zeitschriften fast in jeder Bibliothek greifbar; für "Die Neue Bücherschau" und "Die Linkskurve" liegen analytische Bibliografien vor; für die späten Jahre helfen auch Rundfunkbibliografien weiter.

Ansprechpartner: August Soppe.

Musik im Rundfunk und zeitgenössische Musikpublizistik in der Weimarer Republik.

Auswertung von Periodika wie "Melos", "Musikblätter des Anbruch" usw.

---

Materiallage: Zeitschriften in fast jeder Bibliothek greifbar; einige Publikationen über die Musik im Weimarer Rundfunk haben diese Zeitschriften partiell schon ausgewertet (Keupp).

Ansprechpartner: Dr. Susanna Großmann-Vendrey, Ulrich Rügener, August Soppe.

Sozialdemokratische Publizistik und Rundfunk.

---

Auswertung von "Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse", "Bücherwarte"/"Sozialistische Bildung", "Kulturwille".

Materiallage: Zeitschriftenbestände z.T. zerstreut; Vorarbeiten zu den Zeitschriften - nicht beschränkt auf die Rundfunkthematik - vorhanden.

Ansprechpartner: August Soppe.

Programmkritik in Rundfunkzeitschriften - vergleichende Analysen.

---

Es geht um die Herausarbeitung unterschiedlicher Kritik-Konzepte und - Stoßrichtungen verschiedener Zeitschriften, u.U. während verschiedener Zeiträume. Daraus ließen sich Ansätze zu einer Typologie der Programmkritik gewinnen sowie Informationen über die Einschätzung von Programmstrukturen, -konzeptionen und Einzelsendungen.

Materiallage: zumindest die wichtigsten überregionalen Periodika sind verfilmt oder werden es zur Zeit; eine Typologie der entsprechenden Zeitschriften entsteht zur Zeit in Göttingen als Dissertation.

Ansprechpartner: alle HPD-Mitarbeiter.

Rundfunk- und Programmkritik in der Tagespresse - vergleichende Analysen.

---

Es sind diverse Einstiegspunkte denkbar, etwa eine Auswahl von Zeitungen aus bestimmten Senderegionen, eine Auswahl nach der weltanschaulich-parteilichen Ausrichtung der Zeitungen oder eine Beschränkung auf bestimmte Themen (z.B. Politik & Zensur).

Materiallage: hängt von der Auswahl der Zeitungen ab, ist u.U. schwierig, wenn für ein bestimmtes Gebiet Vollständigkeit beansprucht wird.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt, August Soppe.

## 6. KOMPLEX: MONOGRAFIE ÜBER DIE HÖRER DES WEIMARER RUNDFUNKS.

Die äußerst schwierige Materiallage macht jede Arbeit über die Hörer des frühen Rundfunks tendenziell zu einer Sisypusarbeit. Dennoch sollte es einem engagierten Forscher möglich sein, die diversen verstreuten Informationen zur Teilnehmerstatistik, zur sozialen Schichtung der Hörer, zu Umfragen und Verbänden etc. zusammenzutragen und daraus ein präziseres Bild zu zeichnen, als es die Forschung bisher kennt.

Die Mitarbeiter des DRA könnten hier aus ihrer Erfahrung mit zahlreichen Tips weiterhelfen.

Art der Arbeit: Dissertation.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt.

## 7. KOMPLEX: SONSTIGES

Der "1. Rundfunkprozeß": Auseinandersetzungen um den Rundfunk am Ende der Weimarer Republik - eine Fallstudie.

Es geht um den Fall des Berliner Funk-Stunde-Intendanten Hans Flesch. Dieser führte im Sommer 1932 unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit einen Prozeß gegen den Herausgeber einer nationalistischen Rundfunkzeitschrift, der einen "Schlüsselroman" über den Rundfunk veröffentlicht hatte.

Art der Arbeit: Magister- oder Diplomarbeit.

Materiallage: Roman und begleitende Veröffentlichungen im DRA bzw. HR vorhanden; Berliner Tagespresse leicht zugänglich; Aktenmaterial zum Hintergrund in Koblenz (BA R 78/638).

Ansprechpartner: August Soppe.

## 2. DIREKT PROGRAMMBEZOGENE THEMEN

STUDIEN ZU SPEZIELLEN EINZELFRAGEN, INSBESONDERE SENDUNGEN /  
SENDEREIHEN / STÄNDIGE SENDUNGEN

Dies wären kleinere Arbeiten, die auf Grund ihres präzise eingrenzenden Gegenstands einigermaßen ohne Einbettung in erst durch HPD zu erforschende größere programmgeschichtliche Zusammenhänge auskommen könnten. Gleichwohl sollten die Gegenstände

der Arbeiten so gewählt werden, daß nach dem bisherigen Kenntnisstand ein detailliertes Eingehen auf sie gerechtfertigt erscheint, etwa weil es sich um eine herausragende Sendung handelt oder eine, die als exemplarisch gilt.

Dafür drei konkrete Beispiele:

Rundfunk als Lebenshelfer - die Sendung "Jugend hilft der Jugend" der Deutschen Welle.

Es handelt sich um eine der wenigen (bekannten) Sendungen des Weimarer Rundfunks, die Kommunikation zwischen den Hörern organisierte.

Art der Arbeit: Diplomarbeit.

Qualifikation: methodische Kenntnis zur Auswertung von Hörerpost nötig.

Materiallage: äußerst günstig, denn die zuständige Redakteurin, die in Hamburg lebt, hat nahezu sämtliche Unterlagen über ihre Sendung einschließlich der Hörerpost aufbewahrt und dem DRA übereignet.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, August Soppe.

Streitgespräche im Rundfunk: die Sendereihen "Gedanken zur Zeit" und "Junge Generation spricht".

Es handelt sich um zwei bekannte Vortrags-/Zwiesgesprächs-/Diskussionsreihen, in denen am Ende der Weimarer Republik eine Art "Binnenpluralismus" versucht wurde.

Art der Arbeit: Diplomarbeit.

Materiallage: Informationen über die Sendungen selbst, ihren Ablauf, ihre Teilnehmer und die öffentliche Resonanz sind vor allem der relativ leicht zugänglichen Tages- und Programmpresse zu entnehmen; einen ersten Einstieg bietet die Standardliteratur (zuletzt Lerg 1980). Auf Hintergrundinformationen wären vor allem die Akten in Koblenz und Merseburg zu überprüfen.

Ansprechpartner: Dr. Ansgar Diller, Horst O. Halefeldt, August Soppe.

Bearbeitungen im frühen Rundfunk.

In den ersten Jahren gaben verschiedene Sendegesellschaften Textbücher heraus, die Texte (und teilweise Noten) der für den Rundfunk bearbeiteten theatralischen und musiktheatralischen Werke enthielten. Es ginge darum, aus dem Vergleich dieser Fassungen mit den Originalen zu Aussagen über die Tendenzen der Bearbeitungen zu kommen. Herangezogen werden müßten dazu auch Äußerungen von Bearbeitern und Kritikern zu den Bearbeitungen.

Art der Arbeit: Diplom-/Magisterarbeit.

Materiallage: Textbücher relativ verstreut überliefert (kleine Bestände im DRA); Bearbeiter- und Kritiker-Äußerungen in der Programmpresse leicht aufzufinden.

Ansprechpartner: Dr. Susanna Großmann-Vendrey, Ulrich Rügner, August Soppe.

Jenseits der mit diesen Beispielen vorgestellten Typen von Arbeiten wären auch biografische Arbeiten über einzelne Programmschaffende denkbar, wie sie z.B. über Benjamin, Ophüls und Hardt vorliegen bzw. entstehen (vgl. Schiller-Lerg). Solche Arbeiten sind allerdings schon bei der Rekonstruktion des Rundfunk-schaffens der betreffenden Person u.U. mit einiger Mühsal verbunden.

## 2. STUDIEN ZU GRÖßEREN BEREICHEN DES PROGRAMMS MIT ENGER ZEITLICH-RÄUMLICHER BEGRENZUNG

Die Erfahrungen mit der bisherigen Programmgeschichtsschreibung und der Konzeption des HPD-Projekts haben gezeigt, daß im Grunde jede Einzelstudie, die sich auf einzelne Teile von Programm beschränkt, relativ präziser Kenntnisse auch des jeweiligen größeren Programmmzusammenhangs bedarf, um ihren Gegenstand und ihre Erkenntnisse über diesen einordnen zu können. Diese Kenntnis zu liefern, ist eine der wesentlichen Aufgaben, die HPD gestellt sind.

Solange HPD diese Kenntnis noch nicht liefern kann, empfiehlt es sich, Einzelstudien so anzulegen, daß der einzelne Forscher selbst ohne übermäßigen Aufwand in der Lage ist, sich entsprechende Kenntnis zu verschaffen. Er sollte daher seinen Gegenstand räumlich und zeitlich so eng begrenzen, daß er für den entsprechenden Zeitraum auch zumindest grobe Daten über jene Programmteile erheben kann, die nicht eigentlich Gegenstand seiner Arbeit sind, aber den Kontext bilden, in den dieser Gegenstand eingebettet ist. Andererseits sollte er seinen Gegenstand "programmlich" so weit fassen, daß er nicht Gefahr läuft, für seinen Gegenstand wichtiges zu übersehen, nur weil es sich an unvermuteter Stelle findet. Am geringsten ist diese Gefahr bei Studien, die sich ganze Programme über bestimmte Perioden - etwa die Frühzeit bis 1926 - vornehmen oder zumindest große Teile von Programmen, etwa wie in der Pilotstudie das Musikprogramm von Großmann-Vendrey.

Einige Gewähr gegen sich möglicherweise als unsinnig herausstellende Abgrenzungen bieten auch Themen, die sich nicht an der vermuteten oder tatsächlichen Gliederung des Programms orientieren, sondern - u.U. quer dazu - einer bestimmten Fragestellung (im Gesamtprogramm) nachgehen. Um es in einem Beispiel zu sagen: Nicht "Frauenfunk bei der Berliner Funk-Stunde 1923/24 - 1926" sollte das Thema sein, sondern etwa "Frauenthemen und -sendungen im Berliner Rundfunkprogramm 1923/24 - 1926".

Studien wie die hier angeregten lassen sich um so leichter bewältigen, je besser es um die Forschungs- und Materiallage zu der entsprechenden Rundfunkgesellschaft bestellt ist. Diese stellt sich bislang am besten dar bei den Gesellschaften in München, Stuttgart, Frankfurt, demnächst Münster/Köln und Hamburg sowie - mit Einschränkungen - Berlin. Akzeptiert man diese

Prämissen, dann lassen sich je nach Art der geplanten Arbeit und fachlichem Ausgangspunkt zahlreiche sinnvolle Themen abgrenzen, deren Bearbeitung die programmgeschichtliche Forschung weiterbringen könnte. Wir sind - wie gesagt - gern bereit, bei der Abgrenzung beratend zu helfen und können dann sicher konkrete Informationen zur Materiallage beitragen. Wir sind selbstverständlich ebenso bereit, unser methodisches Instrumentarium, wie es für HPD entworfen und getestet wurde, im Gespräch zu erläutern und auf einen Einsatz an einem konkreten Gegenstand hin zu diskutieren.

Ansprechpartner für solche Gespräche sind sämtliche Mitarbeiter des Projekts, für Musik-Themen vor allem Dr. Susanne Großmann-Vendrey und Ulrich Rügner.

#### STUDIEN MIT GRÖßERER ZEITLICH-RÄUMLICHER AUSDEHNUNG

Nach allem bisher Gesagten dürfte nicht verwundern, daß wir solche Studien beim gegenwärtigen Stand der Grundlagendokumentation und -forschung für kaum realisierbar halten, jedenfalls nicht für den Einzelforscher, der eine akademische Abschlußarbeit plant. Es gibt zwar längst Arbeiten mit Titeln wie zum Beispiel "Das Hörspiel der Weimarer Republik", die jedoch den damit formulierten Anspruch (verständlicherweise) durchweg nicht einlösen, weil sie 1. ihren Gegenstand nahezu völlig aus seinem Kontext lösen und insofern keine "Programm"-Geschichte schreiben und sie 2. ihren "programmlich" eng eingegrenzten Gegenstand keineswegs über sämtliche Sendegesellschaften und ein Jahrzehnt hinweg voll erfassen. Wir raten daher dringend ab, ohne ausreichende Grundlagendokumentation solche Wege weiter oder erneut zu beschreiten. Wenn allerdings Ende 1987 mit HPD die fehlende Grundlagendokumentation vorliegt, sollten gerade die hier angesprochenen Quer-/Längsschnitt- und Vergleichsthemen in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses rücken, denn erst ihre Bearbeitung wird eine umfassende Kenntnis und fundierte Beurteilung von Ereignissen, Erscheinungen und Entwicklungen ermöglichen, über die wir bislang gar nichts oder nur Bruchstückhaftes wissen.

#### ANHANG

##### IN DER THEMENLISTE GENANNT LITERATUR

Alt, Karl: Der deutsche Zahnärztesfunk (1926-1932) als Mittel der zahnärztlichen Fortbildung und Volksbildung in der Weimarer Zeit. Dissertation FU Berlin 1983, Fakultät für Zahnmedizin.

Bierbach, Wolf: Rundfunk zwischen Wirtschaftsinteressen und Politik. Der Weimarer Rundfunk unter besonderer Berücksichtigung des Westdeutschen Rundfunks Münster/Köln und der alliierten Rundfunkpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Phil. Diss. Münster 1980.

Braun, Alfred: Achtung, Achtung! Hier ist Berlin. Aus der Geschichte des Deutschen Rundfunks in Berlin 1923-1932. Berlin 1968.

Bronnen, Arnolt: Arnold Bronnen gibt zu Protokoll. Beiträge zur Geschichte des Modernen Schriftstellers. Hamburg 1954.

Diller, Ansgar: Der Frankfurter Rundfunk 1923-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus. Phil. Diss. Frankfurt a.M. 1975.

Elven, Gisela: Der schlesische Rundfunk 1924-1939 unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen und volkstumspolitischen Aufgaben. Phil. Diss. Leipzig 1945.

Fick, Ulrich Gotthelf: Die evangelische Verkündigung im Rundfunk. Bestandsaufnahme und Kritik. Tübingen 1955 (Fragmentarisches Manuskript).

Fritsche, Heinz-Rudolf: In Breslau vor sechzig Jahren - Gründer und Gründung der Schlesischen Funkstunde, in: StRuG Mitteilungen, Nr. 4/1984, S. 334-342.

Großmann-Vendrey, Susanna: Musik im Abendprogramm der Berliner Funk-Stunde 1923-1925 (Arbeitstitel). (Erscheint noch 1984 in "Rundfunk und Fernsehen").

Grube, Sibylle: Rundfunkpolitik in Baden und Württemberg 1924-1933. Berlin 1976.

Halefeldt, Horst O.: Die Linke und der Weimarer Rundfunk, in: Rundfunk und Fernsehen 1981, Heft 4, S. 513-517.

Halefeldt, Horst O.: Die Norag (in Arbeit).

Hasse, Wilhelm: Das Sendespielschaffen der Funkstunde der Funkstunde Berlin von den Anfängen bis 1930. Berlin 1975 (unveröffentlichte Hausarbeit, TU Berlin).

Heidenreich, Frank: Arbeiterbildung und Kulturpolitik. Berlin 1983.

Hörburger, Christian: Das Hörspiel der Weimarer Republik. Versuch einer kritischen Analyse. Stuttgart 1975.

Keupp, Dorothea: Musik der zwanziger Jahre, in: Kunstamt Kreuzberg "Berlin" und Institut für Theaterwissenschaft der Universität Köln (Hrsg.): Weimarer Republik. Berlin/Hamburg 3. Auflage 1977, S. 517-540.

Konert, Hubert H.: Die Mitglieder der Überwachungsausschüsse des Weimarer Rundfunks (Arbeitstitel). Magisterarbeit Münster 1983 (eingereicht).

Kutsch, Arnulf/Schiller, Sabine: Literatur im Rundfunkprogramm. Ein Modellversuch zur Frühgeschichte des literarischen Programms der "Funk-Stunde", Berlin 1924-1930, in: Lerg, Winfried B./Steininger, Rolf (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973. Berlin 1975, S. 97-118.

Langewiesche, Dieter: Politik - Gesellschaft - Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kultureller Arbeitsorganisation in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 1982, S. 359-402.

Lindemann, Elmar: Literatur und Rundfunk in Berlin 1923-1932: Studien und Quellen zum literarischen und literarisch-musikalischen Programm der "Funk-Stunde" AG. Berlin in der Weimarer Republik. Göttingen 1980.

Marwede-Dengg, Claudia: Rundfunk und Rundfunkpolitik in Bayern 1922-1934. Phil. Diss. München 1981.

Ohse, Robert: Chronik vom wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Rundfunks. Hrsg. von der Historischen Kommission der ARD. Frankfurt a.M. 1971.

Schiller-Lerg, Sabine: Walter Benjamin und der Rundfunk: Programmarbeit zwischen Theorie und Praxis. München 1984.

Soppe, August: Rundfunk als Gegenstand der Pressekritik in der Weimarer Republik, in: StRuG Mitteilungen, Nr. 1, S. 38-51.

Stehmann, Otto Paul: Geschichte und Bedeutung der Leipziger Sender. Ein Beitrag zur Publizistik des Rundfunks. Phil. Diss. Leipzig 1938, Dresden 1939.

Szendrei, Alfred: Rundfunk und Musikpflege. Leipzig 1931.

#### EINFÜHRUNGSLITERATUR ZUM WEIMARER RUNDFUNK

Diller, Ansgar: Rundfunkpolitik im Dritten Reich. München 1980.

Bausch, Hans: Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923-1933. Tübingen 1953.

Lerg, Winfried B.: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik. München 1980.

Pohle, Heinz: Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923-1938. Hamburg 1955.

#### BIBLIOGRAFIEN

Rundfunk-Bibliographien 1926-1942. 25 Microfiches und Registerband. München/New York/London/Paris 1984.

Halefeld, Horst O.: Schul- und Bildungsfunk in Deutschland. Quellen 1923-1945. Materialien zur Rundfunkgeschichte, Band 1, Hrsg. vom Deutschen Rundfunkarchiv, Frankfurt a.M. 1976.

Kutsch, Arnulf/Lang, Rudolf: Dokumente, Materialien und Untersuchungen zur Geschichte des deutschen Rundfunkprogramms. Auswahlbibliographie deutschsprachiger Publikationen 1945-1980. StRuG, Mitteilungen, Sonderheft Nov. 1981.

Lerg, Winfried B.: Rundfunkdissertationen an deutschen Hochschulen 1920-1953, in: Publizistik 1957: Heft 3, S. 185-189; Heft 4, S. 249-252; Heft 5, S. 310-315.

Bild- und Tonträgerverzeichnisse des Deutschen Rundfunkarchivs.

#### PROGRAMMZEITSCHRIFTEN (VERFILMT)

Als Mikrofilm liegen bisher folgende Programmzeitschriften vor:

#### ÜBERREGIONALE PROGRAMMZEITSCHRIFTEN:

Der Deutsche Rundfunk, Berlin, 14.10.1923 - Mitte 1941

Die Sendung, Berlin, April 1924 - Mitte 1941

Funk, Berlin, Jan. 1924 - Juni 1944

#### REGIONALE PROGRAMMZEITSCHRIFTEN

für Frankfurt:

Radio-Umschau, Frankfurt, Jan. 1924 - Dez. 1925

Südwestdeutsche Rundfunk Zeitung, Frankfurt, Okt. 1925 - Mai 1941

für Hamburg:

Die Norag, Hamburg, Mai 1924 - Dez. 1927 (weitere Jahrgänge folgen 1985)

Süddeutscher Rundfunk, München, Ausg. A Bayerische Radiozeitung. Offizielle Programm-Zeitung der Deutschen Stunde in Bayern, Jan. 1925 - Dez. 1927

Bayerische Radio Zeitung und Bayernfunk, München, Jan. 1928 - Sept. 1939

+ + +

Auskunft zu diesem Papier und den darin angesprochenen Fragen erteilen jederzeit die Mitglieder der Projektgruppe Programmgeschichte im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA), Bertramstraße 8, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel.: 069 / 55 06 66

Stand aller Angaben: 15. September 1984

## BIBLIOGRAPHIE

### Zeitschriftenlese 33 (1.6. - 30.11.1984 und Nachträge)

- Adolf Althen: Economic affairs on television. Plus-minus - a magazine with five fathers, in: EBU review. Programmes, administration, law. Vol. 35. 1984. Nr. 3. S. 26-28.
- Wolfgang Amanshauser: Schwarzhören in der Nazizeit. Ein vergessenes, dunkles Kapitel in der Rundfunkgeschichte, in: Medien-Journal. Jg. 8. 1984. Nr. 3. S. 9-13.
- Stefan Amzoll: Das Radio - "ein Theater der Überraschungen und Einfälle", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 55-67. Fiktives Interview mit Kurt Weill, dessen Antworten auf ausgewählten Schriften Weills zum Rundfunk basieren.
- W(infried) BA(umann): Hörbar und hör-bar. Radio Japans deutsches Programm, in: Weltweit hören. Jg. 12. 1984. Nr. 7. S. 15-16.
- K(laus) B(ergmann): Radio Renascenca. Missionssender im eigenen Land (Portugal), in: Radiowelt. 1984. H. 2 (10). S. 34-36.
- David Bevan: The mobilization of cultural minorities: the case of Sianel Pedwar Cymru (Walisischer Rundfunk in Großbritannien), in: Media, culture and society. Vol. 6. 1984. Nr. 2. S. 103-117.
- Hans-Peter Beyenburg: Unabhängig von der sogenannten rheinischen Frohsinnsmentalität. Über Hans Brodesser, Mundart-Hörfunkautor, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 39. S. P1-P3.
- Wolf Bierbach: Besatzungszonen und Länder. Föderale Probleme zentralistischer Rundfunkanstalten, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 87-122.
- Frank Biermann, Dieter Reuß: Gerhard Eckert (geb. 1912), in: Zeitungswissenschaftler im Dritten Reich. Köln 1984. S. 245-278.
- Bildung in Bayern. (4 Beiträge), in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1984. Nr. 4. S. 9-16. Zur Geschichte des Dritten Fernsehprogramms des Bayerischen Rundfunks.
- Martin Bohne: Massenmedien in Chile, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1984. H. 1. S. 24-28.
- Martin Bohne: Reaktionäre Massenmedien kontra revolutionärer Prozeß: Chile 1970 bis 1973, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 5/6. S. 278-288.
- Donald R. Browne: Alternatives for local and regional radio: three nordic solutions (Skandinavien), in: Journal of communication. Vol. 34. 1984. Nr. 2. S. 36-55.
- Andrea Brunnen: Wachwechsel in Stuttgart. Die beiden dienstältesten Programmdirektoren verlassen den Rundfunk (Peter Kehm, Horst Jaedicke), in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 10. S. 273-275.
- Frank Campbell: The practical reality of 'development communication' (Guayana), in: Intermedia. Vol. 12. 1984. Nr. 2. S. 24-29.
- Claus Hinrich Casdorff: Ein grüner Baum mit alten Wurzeln, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 359-366.

- D. Chasbasar: 50 Jahre Mongolischer Rundfunk, in: Rundfunk und Fernsehen, Prag. 1984. H. 5. S. 6-7.
- Dora Christowa: Orpheus ein Programm für ästhetische Erziehung (Bulgarien), in: Rundfunk und Fernsehen, Prag. 1984. H. 3. S. 15-17.
- Chronik des Rundfunks der DDR von 1956 bis 1961. (Vom Lektorat Rundfunkgeschichte des Staatlichen Komitees für Rundfunk beim Ministerrat der DDR), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 18. 1984. H. 1. S. 6-71.
- Richard Dill: Die Eurovision auf dem Prüfstand. Hat ein europäisches Gemeinschaftsprogramm eine Chance? in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 13. S. 363-366.
- Ansgar Diller: Eine "Dachgesellschaft" für das Fernsehen. Vor 30 Jahren begann das ARD-Gemeinschaftsprogramm, in: Erstes Deutsches Fernsehen/ARD. Pressedienst. 1984. Nr. 44. S. I,2-I,4.
- Ansgar Diller: "Das deutsche Radio wirkt mächtig." Vor 50 Jahren ging der deutsch-österreichische Rundfunkkrieg zu Ende, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 20. S. P1-P3.
- Ansgar Diller: "Warum haben sie nicht die tollsten Lügen verbreitet?" Die Rolle des Rundfunks am 20. Juli 1944, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 29. S. 2-4.
- Jürgen Döschner: Zehn Jahre bundesdeutsche Korrespondenten in der DDR. Eine Zwischenbilanz, in: Deutschland-Archiv. Jg. 17. 1984. H. 8. S. 859-869.
- Marianne Engels-Weber: Kein positives Trallala-Programm. Überlegungen von Ingo Hermann zum zehnjährigen ZDF-Vorschulprogramm, in: Jugend und Gesellschaft. 1984. H. 6/7. S. 47. Anlaß des Berichts ist das Referat Ingo Hermanns über die Programmentwicklung der Vorschulsendungen im ZDF auf einem Werkstattgespräch in Unterföhring über das zukünftige Kinderprogramm des ZDF (April 1984).
- Leo Flamm: Westfalen und der WDR. Chronik und Befund, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 13-50.
- Walter Först: Die Wiege des WDR steht in Münster. Erinnerungen an das, was aus dem Rundfunk in 60 Jahren geworden ist, in: WDR print. Nr. 102. 1984. S. 5.
- Anton Fuchsloch: Kirchenfunk oder mehr? Versuch einer Standortbestimmung des Kirchenfunks im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem, in: Communicatio socialis. Jg. 17. 1984. Nr. 2. S. 119-125.
- "Das ganze Volk einbeziehen in den kulturellen Neuaufbau", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 89-99. Zur Bedeutung des 1. Kulturtags der SED 1948 für den Rundfunk in der DDR.
- Gerhart Goebel: Gab es ein Fernsehverbot für Deutsche nach dem II. Weltkrieg? in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 17. S. 485-486. Mit Anmerkungen von Wgf. (Kurt Wagenführ) und Reinhard Schneider, in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 18. S. 525, Nr. 19. S. 554-556.
- (Doris Götting): Indiens Welle der Jugend. Yuva Vani, in: Radiowelt. 1984. Nr. 1 (9). S. 45-46.
- Don Grattan: This moment in time, in: Media in education and development. Vol. 17. 1984. Nr. 2. S. 61-65. (Bildungsprogramme der BBC).

- Claus-Peter Gries: "Deutscher Freiheitssender 904", in: Kurier. Jg. 18. 1984. Nr. 18. S. 11.
- Karl Grobe-Hagel: All India Radio. 60 Jahre Rundfunk in Indien, in: Radiowelt. 1984. H. 3 (11). S. 4-7.
- Karl Grobe-Hagel: Ränkespiel mit Freiheitskämpfern. Propaganda gegen Briten in Indien, in: Radiowelt. 1984. H. 3 (11). S. 13-14. Über die nationalsozialistische Rundfunkpropaganda (Auslandsrundfunk, Geheimsender) in Indien.
- Jan Grzelak: Nach 40 Jahren (Polnischer Rundfunk nach dem Zweiten Weltkrieg), in: Rundfunk und Fernsehen. Prag. 1984. H. 3. S. 2-4.
- Thomas Guback: Warner Communications Incorporated. Ein Unternehmensportrait, in: Media Perspektiven. 1984. H. 6. S. 460-469.
- Lutz Hachmeister: Die Macht der Beständigkeit. Ein Verhältnis: Herbert Reinecker und das ZDF, in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 55. S. 4-5.
- Lutz Hachmeister: Theorie der Publizistik im Dritten Reich. T. 1, in: Journal für Publizistik & Kommunikation. Jg. 3. 1984. Nr. 1. S. 35-44.
- Josef Hackforth: Perspektiven der Medienforschung, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 337-349.
- Franz Hammer: Einige Beispiele progressiver Hörspiellarbeit vor 1933, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 42-54.
- Kenneth Harwood: Productivity of labor and capital in radio and television broadcasting in the United States, 1958-1974, in: Journal of broadcasting. Vol. 28. 1984. Nr. 2. S. 225-235.
- Alan Havig: Frederic Wakeman's "The Hucksters" and the postwar debate over commercial radio (USA), in: Journal of broadcasting. Vol. 28. 1984. Nr. 2. S. 187-199.
- Wolfgang Heidenreich: Andenken an einen Hausfreund. Zum 100. Geburtstag von Otto-Ernst Sutter, in: SWF intern. 1984. Nr. 10. S. 22.
- Rudolf Heim: Radio Frij Nederland oder die 23 Tage eines Senders (Niederlande, 1940), in: Weltweit hören. Jg. 12. 1984. Nr. 8. S. 14-15.
- Rudolf Heim: Radio Nederland, Hollands Goodwill-Station, in: Weltweit hören. Jg. 12. 1984. Nr. 8. S. 4-6.
- Thomas Herzig: Die Anstalt des öffentlichen Rechts im Rundfunkwesen der BRD. T. 1-2, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 2/3. S. 121-127. 1984. H. 2. S. 114-119.
- Knut Hickethier: Programmgeschichte im Aufwind. Zu einem Vorhaben des Deutschen Rundfunk-Archivs, in: Medium. Jg. 14. 1984. H. 9. S. 37-39.
- Knut Hickethier: Die Welt als Hör-Raum in der Zeit. Zur Geschichte der Programmform 'Feature', in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 53. S. 4-7.
- Dieter Hoff: Reichweiten und Standorte. Die Entwicklung der Technik, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 123-185.
- Arnold Hoffmann: Drei Jahrzehnte praxisnahe Journalistikwissenschaft. 1954 wurde die Fakultät in Leipzig gegründet, in: Neue Deutsche Presse. Jg. 38. 1984. Nr. 10. S. 15.

- J. H. Horlock: A university without walls, in: Media in education and development. Vol. 17. 1984. Nr. 2. S. 52-56. Zur zwanzigjährigen Geschichte der Open University in Großbritannien.
- Wolfgang Horn: Der Reichssender Köln und der "Frohe Samstagsnachmittag". Ein Regionalprogramm im Einheitsrundfunk, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 187-204.
- Gisela Hoyer, Wieland Becker: Herausforderung durch Geschichte. Gespräch mit Hans Münzberger, in: Film und Fernsehen. Jg. 12. 1984. H. 10. S. 26-31. Zur Erforschung der Fernsehentwicklung in der DDR.
- Gisela Hoyer: Umsehen im Alltag. Die Fernsehautorin Eva Stein, in: Film und Fernsehen. Jg. 12. 1984. H. 10. S. 18.
- Friedrich Wilh(elm) Hymmen: Prix Jeunesse, in: Medium. Jg. 14. 1984. H. 7/8. S. 99.
- Friedrich Wilh(elm) Hymmen: Tellux, in: Medium. Jg. 14. 1984. H. 6. S. 63.
- Hans Janke: Chancen der Tradition? Überlegungen zur Programmgeschichte, in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 87. S. 16-22.
- Otfried Jarren, Helmut Völkel: Kommunikationspolitik, in: Fernstudium Kommunikationswissenschaft. T. 1. München 1984. S. 135-268. darin: Rundfunkpolitik in Deutschland. Der Wiederaufbau des Rundfunks nach 1945. Rechtsgrundlagen des Rundfunks. Organisation und Finanzen.
- Richard B. Jewell: Hollywood and radio! competition and partnership in the 1930s, in: Historical journal of film, radio & television. Vol. 4. 1984. Nr. 2. S. 125-141.
- Ekkehardt Jürgens: Deutsche Mediengeschichte: Ein Überblick vom Buchdruck zum Hörfunk (1445-1945), in: Fernstudium Kommunikationswissenschaft. T. 1. München 1984. S. 59-133.
- Karl H. Karst: "Isn't there anyone on the air?" Das Hörspiel in den Vereinigten Staaten, in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 51. S. 9-11.
- Karl H. Karst: Regionalsprache im Massenmedium. Mundart und Dialekthörspiel, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 251-324. Geschichte der rheinischen und westfälischen Programme des WDR von 1924 bis zur Gegenwart.
- Hannelore Kelling: Wo stehen wir? Wohin gehen wir? 25 Jahre Markenzeichen Menninger - Gülicher für den SWF, in: SWF intern. 1984. H. 11/12. S. 16-17.
- Reinhard Keune: Asiavision - erstes eigenständiges Regionalsystem für Fernsehnachrichtenaustausch in der Dritten Welt, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 32. 1984. H. 2. S. 214-220.
- Hubert Knich: 20 Jahre Programm für Türken: "Fast schon eine Ewigkeit." Am 1. November 1964 begann der "Brückenschlag" aus Köln zur Heimat, in: WDR print. Nr. 102. 1984. S. 3.
- Jerzy Koenig: Theater im Polnischen Fernsehen, in: Rundfunk und Fernsehen. Prag 1984. Nr. 4. S. 9-12.
- Thomas Kossatz: Unter falscher Flagge. Die Piratenlegende, in: Kurier. Jg. 18. 1984. Nr. 20. S. 6-10. Zur Geschichte der von See her sendenden Piratenstationen.
- Ruth Kotik: Repräsentative Übersicht. Zur SFB-Hörspiel-Reihe "30 Autorinnen", in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 27. S. P1-P2. Mit einer Zusage von Dieter Hasselblatt, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 29. S. P8-P9.

- Joachim Krausse: Volksempfänger. Zur Kulturgeschichte der Monopolware, in: Kunst und Medien. Berlin 1984. S. 81-112.
- Udo Krause: Erfreuliche Bilanz einer zehnjährigen Zusammenarbeit. Aktivitäten der Regionalsender und -studios auf dem Gebiet der Rechtspropaganda und Rechtserziehung (DDR), in: Neue Deutsche Presse. Jg. 38. 1984. Nr. 8. S. 14-15.
- Peter Kurath: Wo steht, wohin geht der "Kirchenfunk"? Das Angebot und die Tendenzen. Versuch einer Erfassung, in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 22. S. 1-4. B1-B9.
- Hans Lechleitner: Science et télévision, bilan d'une expérience ("Bilder aus der Wissenschaft"), in: Etudes de radio-télévision. Nr. 33. 1984. S. 7-15.
- Winfried B. Lerg: Über die Entstehung der deutschen Rundfunktopographie, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 13-50.
- Hildegard Linssen: Vor 30 Jahren begann das SWF-Fernsehzeitalter, in: SWF intern. 1984. H. 11/12. S. 5.
- W. Lisakowitsch: Horizonte des Fernsehfilms, in: Rundfunk und Fernsehen. Prag 1984. H. 3. S. 9-11. Über den Fernsehdokumentarfilm in der Sowjetunion.
- Rainer Löhr, Peter Geeringer, Hans-Heinrich Blank: Der Fernsehsternpunkt in Frankfurt. Blick auf Entwicklung und Aufgaben der ARD-Schaltzentrale aus Anlaß ihrer Erneuerung, in: ARD Jahrbuch. Jg. 16. 1984. S. 61-73.
- Kurt Luger, Heinz Pürer: Rundfunk in Österreich, in: Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg 1984. S. 373-384.
- Robert J. Mccann: The Educational Television Association, in: Media in education and development. Vol. 17. 1984. Nr. 2. S. 91-94 (Großbritannien).
- J(ochen) M(ay): Das meistgehörte Rundfunk-Programm der Welt. American "Top 40" with Casey Kasem, in: Radiowelt. 1984. H. 2 (10). S. 29-30.
- J(ochen) M(ay): Rot-weiß-rot auf Kurzwelle. Der ORF-Auslandsdienst, in: Radiowelt. 1984. Nr. 1 (9). S. 40-41.
- Mary S. Mander: The public debate about broadcasting in the twenties: an interpretive history (USA), in: Journal of broadcasting. Vol. 28. 1984. Nr. 2. S. 167-185.
- Eugen Meinel: "Hier ist der Soldatensender Martha". Mobile Sender im 2. Weltkrieg, in: Weltweit hören. Jg. 12. 1984. Nr. 6. S. 33.
- Hans-Jürgen Otte: Graue Eminenz. Die Post - eine nationale Kommunikationsbehörde? in: Medium. Jg. 14. 1984. H. 7/8. S. 45-48.
- Klaus Papst: Kulturlandschaften als Alibi. Strukturfragen der frühen Sendegesellschaften, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 51-86.
- August Pradetto: Fernsehen in Polen, in: Osteuropa. Jg. 34. 1984. H. 7. S. 532-537.
- Lektorat Rundfunkgeschichte: Das "Radio-Moskau-Abhören" - Bei den Nazis "Hochverrat", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 68-73.
- Günter Raue: Unser Journalismus zwischen 1945 und 1949 (DDR), in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 5/6. S. 310-315.

- Günter Rohrbach: Eine Chance für das Fernsehspiel. Rückblick auf eine nicht unumstrittene Kunstgattung, in: ARD Jahrbuch. Jg. 16. 1984. S. 56-60.
- Paul Roth: Cuius regio - eius informatio. Die Ratifizierung des Rundfunkfriedenspaktes durch die Sowjetunion (1936) und die "Neue Weltinformationsordnung", in: Osteuropa. Jg. 34. H. 8. S. 559-568.
- Paul Roth: Religiöse Publizistik in der Sowjetunion. Propaganda und Wirklichkeit, in: Communicatio socialis. Jg. 17. 1984. Nr. 2. S. 97-108.
- Die Rundfunkwerbung Stuttgart GmbH - eine Tochter des Süddeutschen Rundfunks. 25 Jahre Rundfunkwerbung, in: Südfunk. 1984. Nr. 6. S. 5.
- Die Schätze eines Sammlers. Der Nachlaß Block im Historischen Archiv der ARD, in: DRA-Informationen. Nr. 2. 1984. S. 1-4.
- Klaus Scheel: An der Schwelle des neuen Mediums. Vor 60 Jahren: Die ersten deutschen Rundfunksendungen, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 5-41.
- Hajo Schedlich: "Die Matinee ist tot - es lebe die Matinee", in: ZDF Kontakt. 1984. H. 4. S. 6-7. Zur Einstellung der "ZDF-Matinee" zum 30. September 1984.
- W(olfgang) S(cheunemann): "Hier ist der Südwestafrikanische Rundfunk." Deutsches aus dem Wüstenstaat (Namibia), in: Radiowelt. 1984. Nr. 1 (9). S. 4-5, 8-9.
- W(olfgang) S(cheunemann): Die Stimme Amerikas. Die Nummer 2 der Auslandsdienste, in: Radiowelt. 1984. H. 2 (10). S. 4-7.
- Ulrich Scherfenberg: Die "neuen" Massenmedien in der Auswärtigen Kulturpolitik, in: Scherfenberg: Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der peripheren Region Lateinamerika. München 1984. S. 220-244. Rundfunk in Lateinamerika/Programme der Deutschen Welle für Lateinamerika.
- Hendrik Schmidt: Der nichtkommerzielle Hörfunk in den USA. T. 1-3, in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 14. S. 13-14, Nr. 15. S. 11-12, Nr. 51. S. 12-14.
- Wolfgang Schmitz, Dietmar Gamp: Der Hörfunk. Recht, Organisation und Bedeutung, in: Die Werbung. Handbuch der Kommunikations- und Werbewirtschaft. Bd. 2. Landsberg am Lech 1982. S. 1845-1860.
- Regine Schneider: Auf dem Weg zur praxiswirksamen journalistikwissenschaftlichen Ausbildung und Forschung. Zur Entwicklung der Ausbildungsstätte für Diplomjournalisten an der Leipziger Universität von ihren Anfängen bis zur Gründung der Sektion Journalistik, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 2/3. S. 91-94.
- Regine Schneider: Für eine hohe Qualität des wissenschaftlich-produktiven Studiums. Ein Überblick zur Erziehung und Ausbildung sozialistischer Journalisten seit der Gründung der Sektion Journalistik (an der Karl-Marx-Universität Leipzig), in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 5/6. S. 255-258.
- I(ingeborg von) S(chönermark): Ein Mann der ersten Stunden... Altmeister Wilhelm Semmelroth (70) ist seit 50 Jahren "im Geschäft". Der Regisseur, der das Hörspiel und Fernsehspiel im WDR entscheidend prägte, in: WDR print. Nr. 99. 1984. S. 7.

- I(ngeborg von) S(chönermark): Nach 30 Jahren tragen 1000 Sendungen seinen Namen. TV-Regisseur Günther Hassert wurde 65 Jahre alt, in: WDR print. Nr. 99. 1984. S. 6.
- Peter Scholz: Die ideologische Expansion transnationaler französischer Medienkonzerne im Dienste des Neokolonialismus in Afrika, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus. 1983. H. 2/3. S. 127-131.
- Hans-Bieter Schütt: Bücher zum Sehen. Zu Arbeiten von Hans-Joachim Kasprzik. Erinnerungen an Publikumserfolge, in: Film und Fernsehen. Jg. 12. 1984. H. 9. S. 58-63. Fernsehregisseur.
- La Science à la télévision, in: Etudes de radio-télévision. Nr. 33. 1984. S. 1-150. Themenheft mit Beiträgen über Fernseh-Wissenschafts- und Gesundheitssendungen am Beispiel von Serien aus Belgien, der BRD, Schweden und Frankreich.
- Rosaleen Smyth: A note on the "Saucepan Special": the people's radio of Central Africa, in: Historical journal of film, radio & television. Vol. 4. 1984. Nr. 2. S. 195-201.
- Rüdiger Steinmetz: Scheitern mit Programm. Zur zwanzigjährigen Geschichte eines ehemaligen Kulturkanals: das Bayerische Dritte, in: Medium. Jg. 14. 1984. H. 10. S. 18-23.
- Jiri Svec: Zwanzig Jahre Schulfernsehen (Tschechoslowakei), in: Rundfunk und Fernsehen. Prag 1984. Nr. 4. S. 6-8.
- Robert L. Terrell: Modernization and the media in China, in: Gazette. Vol. 33. 1984. Nr. 3. S. 143-154.
- Dieter Thoma: Aufbruch in die Nah-Welt, in: Rundfunk in der Region. Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1984. S. 352-358.
- Helmut Thoma: Der Hörfunk - Angebot und Nachfrage beim Werbefunk (Mit einem Kapitel: Geschichte des deutschen Werbefunks), in: Die Werbung. Handbuch der Kommunikations- und Werbewirtschaft. Bd. 2. Landsberg am Lech 1982. S. 1815-1944.
- Paul Twaroch: Rundfunkrecht (Österreich), in: Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Salzburg 1984. S. 430-443.
- Lutz Volke: Neue Tendenzen im BRD-Hörspiel, in: Weimarer Beiträge. Jg. 30. 1984. H. 2. S. 1926-1931.
- Ota Výborný: Zwanzig Jahre Telexport (Tschechoslowakei), in: Rundfunk und Fernsehen. Prag 1984. H. 5. S. 14-17.
- Kurt Wagenführ: Erstes deutsch-französisches Programm (1943/1944). Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte. T. 1-3, in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 12. S. 343-345, Nr. 13. S. 374-376, Nr. 14. S. 399-402.
- Peter Widlock: Kanadische Identität oder "American Way of Life"? Zum US-Einfluß auf den öffentlichen Rundfunk und die Neuen Medien in Kanada, in: Media Perspektiven. 1984. H. 5. S. 399-407.
- Franz Wördemann: 30 Jahre Fernsehinformation. Wo beginnen? Wieviel aufgreifen? Was herausheben? in: ARD Jahrbuch. Jg. 16. 1984. S. 17-27.
- Egon Wolff: Der Mann, der früher zum Wiegenfeste sprach. Karlgeorg Werkmeister wurde 80 Jahre alt, in: WDR print. Nr. 103. 1984. S. 16.
- Shingo Yoshida: Rundfunk in Japan. Öffentlich-rechtlich gemischt mit Privatem, in: Weltweit hören. Jg. 12. 1984. S. 4-10.
- Klaus Ziermann: Monopolherrschaft im Gewand "öffentlich-rechtlicher" Anstalten. Der Literaturmarkt der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen, in: Ziermann: Vom Bildschirm bis zum Groschenheft. Der Literaturbetrieb der BRD - Machtstrukturen und Widersprüche. Berlin 1983. S. 129-183.

- Lektorat Rundfunkgeschichte: Zur besten Tradition gehörend:  
Der Sender "Freies Deutschland", in: Beiträge zur Geschichte  
des Rundfunks. Jg. 17. 1983. H. 3. S. 74-78.
- 20 Jahre danach - Dritte Programme! wohin? (6 Beiträge), in:  
W & M. Weiterbildung und Medien. 1984. Nr. 5. S. 7-17.

## BESPRECHUNGEN

Karl Holzamer: Anders, als ich dachte. Lebenserinnerungen des ersten ZDF-Intendanten. Freiburg i.B. (Herderbücherei 1066) 1983, 128 S.

Im Jahre 1979 hatte Karl Holzamer, Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens von dessen Gründung bis ins Jahr 1977, einen Erfahrungs- und Erlebnisbericht unter dem Titel "Das Wagnis. Zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt" vorgelegt (s. MITTEILUNGEN 6/1980, S. 155-158). Der lockere Stil, die Vorliebe für Anekdoten, die bisweilen summarische Zusammenfassung der Fakten ließen damals vermuten, Holzamer habe seine "Gespräche mit dem Zuschauer" in den ersten Jahren des Ruhestandes fortgeführt und dabei seine Erlebnisse eher diktierend referiert denn seine Erfahrungen schreibend reflektiert. Gleichwohl verdiente der erste veröffentlichte Erfahrungsbericht eines in den Ruhestand getretenen Rundfunkintendanten der Zeit nach 1945 breites Interesse, behandelte er doch die Konflikte und politischen Auseinandersetzungen mit der ARD, mit den Ministerpräsidenten der Länder und den politischen Parteien um die Entwicklung des ZDF zur größten Fernsehanstalt in Europa. Die Folgerungen aus dem Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts, die finanzielle Grundausstattung des ZDF, die Beteiligung am Gebührenaufkommen und der langandauernde Steuerstreit waren damals zentrale Themen in Holzamers Buch.

In dem hier anzuzeigenden Band aus der Herderbücherei teilt Holzamer keine zusätzlichen Nachrichten über die ihn während seiner Intendantenzeit in Mainz beschäftigenden Probleme mit. Nur einer von 24 kurzen Abschnitten der Erinnerung ist der Zeit im ZDF gewidmet, im übrigen behandelt er seine Zeit als Reporter und Redakteur beim Kölner Westdeutschen Rundfunk seit dem Ende der Weimarer Republik, seine Tätigkeit als Berichterstatter in einer Propagandakompagnie der Luftwaffe und die Jahre seines Vorsitzes im Rundfunkrat des Südwestfunks ähnlich knapp. Holzamers Lebenserinnerungen sind ein sehr persönlich gehaltener Bericht, mit dem er nicht zuletzt bei jüngeren Lesern um Verständnis für seine Generation werben will. Bei der Niederschrift im Sommer des Jahres 1983 standen dem Autor die folgenden the-

matischen Schwerpunkte seines Lebens vor Augen: "Familie, Schule, Jugendbewegung im Licht der immer wiederkehrenden Auseinandersetzung der Generationen in zwei Weltkriegen ... zusammen mit dem technischen Fortschritt...; Erziehung und Bildung als Basis des Berufs...; die alles umgreifende religiöse Einstellung." Die in den Titel eingegangene unerwartete Entwicklung des Lebensweges sieht Holzamer vor allem in der nicht vorhersehbaren Chance des Neuanfangs bei der Übernahme einer Professur an der 1946 neugegründeten Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und bei der Übernahme der Intendanz für das ZDF im Jahre 1962, beides wichtige Wendepunkte seines Lebens. Letztlich habe sich für ihn eine "primär pädagogische Aufgabe" gestellt: In der Mittler und Vermittlungsfunktion sieht er die sinnstiftende Klammer seiner Tätigkeit als Hochschullehrer und als Intendant.

Bereits das Gebot des knappen Umfangs mag zu der Zurückhaltung bei der Mitteilung von Daten und Fakten aus dem Lebensweg, bei der Erwähnung und Charakterisierung von Begegnungen, Kollegen und Mitarbeitern beigetragen haben. Insofern gilt auch für den jüngsten Bericht, was bereits zu dem vorausgegangenen Band "Das Wagnis" gesagt worden ist. Am Schluß seines Berichts bekennt sich Holzamer zu zwei Personen, die er während seines Lebens als Vorbilder empfunden habe. An Konrad Adenauer schätzte er die "konsequente, beharrlich für (ihre) Überzeugung kämpfende, auch listige und vor allem mit kölschem Humor gesegnete" Persönlichkeit. Von Don Bosco, dem katholischen Pädagogen des 19. Jahrhunderts, zitiert er zwei Aussprüche als persönliches Lebensmotto, die in ihrer franziskanischen Bescheidenheit beeindruckten. Mit ähnlich bekenntnishaften Hinweisen hält sich Holzamer in seinem Lebensbericht an keiner Stelle zurück, so daß insgesamt ein Selbstzeugnis entstanden ist, dessen Offenheit beeindruckt. Explizit, meint Holzamer, kam zumindest in seiner Zeit als Intendant "auch ein Stück Politik zum Vorschein, die in unserer gegenwärtigen Welt eingestanden oder uneingestanden in allen Führungsberufen eine bedeutende Rolle spielt". So gilt: Jede Motivsuche für Wertungen und Handlungen des Politikers Holzamer darf das scheinbar unscheinbare Zeugnis seiner schmalen Lebenserinnerungen nicht übersehen.

F.P. Kahlenberg

Uwe Naumann, Zwischen Tränen und Gelächter. Satirische Faschismuskritik 1933 bis 1945, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1983, 411 Seiten (=Hochschulschriften, Bd. 139)

Robert Lucas, Teure Amalia, vielgeliebtes Weib! Die Briefe des Gefreiten Adolf Hirnschal an seine Frau in Zwieselstdorf. Mit einem Nachwort von Uwe Naumann, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1984, 197 Seiten (= Reihe "Verboten und verbrannt/Exil, Bd. 5177)

Als er Mitte Januar 1984 in London fast 80jährig starb, nahm die bundesdeutsche Publizistik seinen Tod kaum wahr. Robert Lucas (Ehrenzweig), der jüdische Journalist, Oesterreicher, Sozialdemokrat, führender Kopf des Wiener sozialistischen "Politischen Kabarett", seit 1934 in London im Exil lebend, hätte indes ein ihn ehrendes Epitaph verdient. Immerhin boten die fast hundert Folgen seiner satirischen Hörfunkreihe, der (fiktiven) "Briefe des Gefreiten Adolf Hirnschal an seine Frau in Zwieselstdorf", von Ende Dezember 1940 bis Ende Mai 1945 vom "German Service" der BBC ausgestrahlt, den Deutschen im Dritten Reich mit seiner gleichgeschalteten Publizistik in subtiler Form eine empfindliche Kritik am Faschismus, eine Demaskierung seiner hohlen und verlogenen Phrasen. Hirnschal und seine Briefe leisteten seinen Empfängern, den - nach damaligem Rechtsverständnis - illegalen Hörern der BBC im Reichsgebiet und in den von Deutschland besetzten europäischen Ländern, sicherlich einen Teil Überlebenshilfe (vgl. MITTEILUNGEN 10. Jg. (1984), S. 126-129). Bald nach der Niederwerfung des nationalsozialistischen Regimes gab Robert Lucas, offenbar nicht zuletzt durch Bitten seiner ehemaligen Hörer dazu ermuntert, noch 1945 eine Sammlung von fünfzig dieser "Hirnschal-Briefe" im Zürcher Europa-Verlag in Buchform heraus. Diese Publikation ist längst vergriffen; in öffentlichen bundesdeutschen Bibliotheken sucht man vielfach vergebens nach ihr.

Es ist mithin ein großes Verdienst des Fischer Taschenbuch Verlages, im Oktober 1984 diese Sammlung neu aufgelegt und in einer leicht zugänglichen Form als Taschenbuch, gleichzeitig aber durch die Veröffentlichung in der Reihe "Verboten und verbrannt/Exil" in adäquatem Rahmen einem breiten Publikum angeboten zu haben. Diese neuerliche Ausgabe besorgte der Hamburger Literaturwissenschaftler Uwe Naumann, der unter Auswertung der Archivalien des Written Archives Centre der BBC bereits einige Forschungen zu den "Hirnschal"-Sendungen angestellt hatte und zudem noch mit Robert Lucas persönliche Gespräche führen konnte. Naumanns spezifische Kenntnis des Gegenstandes und seiner Überlieferungslage kommt dem Taschenbuch insofern zu Gute, als er die ursprüngliche, von Lucas 1945 edierte Sammlung um fünf weitere "Hirnschal-Briefe", die er mit Hilfe des BBC-Archives auffindig machen konnte, ergänzt. Es handelt sich um die "Briefe" vom 12. September 1942, 14. Juni 1943, 24. Januar 1944, 31. Januar 1944 sowie vom 21. Februar 1944. Abgeschlossen wird die

Edition durch ein knappes Nachwort, in welchem Naumann Hinweise zu Entstehung und Arbeit des German Service der BBC gibt, zu dessen satirischen Hörfolgen (neben den "Hirnschal-Briefen" die Reihen "Frau Wernicke" und "Kurt und Willi"), zur antifaschistischen Satire allgemein und exemplarisch zu den Sendungen Lucas', schließlich zur Rezeption der Sendungen. Eine präzise Editions-geschichte der "Hirnschal-Briefe" leistet Naumann an dieser, für ein breites Lesepublikum konzipierten Stelle hingegen nicht.

Wer genauere Angaben zu diesem Programm der BBC und zu ihrem Autor Robert Lucas haben möchte, sollte auf die zweite, hier zu nennende Publikation zurückgreifen, Uwe Naumanns Hamburger literaturwissenschaftliche Dissertation über "Satirische Faschismuskritik 1933 bis 1945", die der Kölner Pahl-Rugenstein Verlag 1983 unter dem Titel "Zwischen Tränen und Gelächter" veröffentlichte. Einleitend setzt sich Naumann mit dem Problemfeld "Satire und Faschismus" auseinander und erarbeitet einen handhabbaren Satirebegriff. Die darauf folgende Untersuchung konzentriert sich exemplarisch auf fünf Beispiele, nämlich Walter Mehrings im Exil geschriebenen Roman "Müller", 1935 im Wiener Gsur-Verlag erschienen, Heinrich Manns im September 1942 abgeschlossenen Roman "Lidice", Robert Lucas' "Hirnschal"-Sendungen, die Revue des Londoner "Freien Deutschen Kulturbundes", "Mr. Gulliver Goes to School", sowie Charlie Chaplins 1940 in New York uraufgeführten Film "The Great Dictator". Die abschließenden, systematischen Abschnitte der Dissertation befassen sich u.a. mit "Überlegungen zur Medienspezifik" der antifaschistischen Satire.

Das in unserem Zusammenhang interessierende Kapitel beschäftigt sich zunächst mit dem German Service der BBC und seinen satirischen Programmen als Teil der psychologischen Kriegsführung gegen das "Dritte Reich". Über die in der vorliegenden Literatur bekannten Darstellungen hinausgehend, gibt Naumann einige wertvolle Angaben zu den Sendungen Robert Lucas', so etwa der Hinweis auf den kurzen, von "Hirnschal"-Sprecher Fritz Schrecker und dem Regisseur der Sendungen, Julius Gellner, gesprochenen, standardisierten Eingangsdilog zu jeder Sendung, der in den Bucheditionen der "Hirnschal-Briefe" fehlt, oder der Verweis, daß insgesamt 94 "Briefe" gesendet wurden, einige in Wiederholung, von welchen etwa die Hälfte im Written Archives Centre der BBC als Textdokumente sowie ein "Brief" als Tondokument im Sound Archive der BBC überliefert sind.

Zwei weiteren Abschnitten mit einer akribischen Untersuchung in bester germanistischer Manier über den 76. "Brief" (datiert vom 21. Februar 1944 und im Anmerkungsteil der Arbeit in vollem Wortlaut dokumentiert) sowie Überlegungen "zum satirischen Gehalt der "Hirnschal"-Sendungen" folgen Ausführungen über die Wirkung des Programms und endlich ein Vergleich der Figur "Hirnschal" mit seinem literarischen 'Bruder' Josef Schwejk, wie er sich in den Arbeiten Haseks und Brechts findet. Naumanns Dissertation stellt sicherlich keine im engeren Sinne zeitgeschichtliche oder gar rundfunkhistorische Untersuchung dar; dennoch kann man seiner Arbeit durchaus aufschlußreiche Befunde und Ergebnisse insbesondere für die Rundfunkgeschichte entnehmen, die freilich bisweilen eher in den Anmerkungen als im Text zu finden sind.

Immerhin hat es Naumann verstanden, die Arbeit von Robert Lucas in den größeren Zusammenhang der Tätigkeit des German Service der BBC einzuordnen und dabei auch auf andere Programme aus Lucas' Feder einzugehen, etwa auf seine Sendung "Wie arbeitet die deutsche Propaganda", 1942 in sieben Folgen gesendet, oder die auf Hitler-Zitaten im Originalton basierenden Features "Hitler gegen Hitler", deren erste Sendung vom 19. Februar 1942 von Lucas bearbeitet wurde, während Martin Esslin die weiteren Folgen besorgte.

Spürbar kommen dabei Naumann seine Recherchen in den Archivbeständen der BBC, seine Gespräche mit den unmittelbar Beteiligten zu Gute. Freilich erwecken seine Befunde nicht selten den Eindruck, als habe er sich zu sehr auf das Erinnerungsvermögen dieser Zeitzeugen verlassen und deren Angaben nicht hinreichend mit den Archivalien der BBC und anderer Archive überprüft. Bedauerlich ist ferner, daß er auf die Eruierung exakter Sendedaten und -termine der "Hirnschal-Briefe" offenbar verzichtet hat und auch Arbeitsmöglichkeit und -situation von Emigranten bei der BBC nicht mit jener Gründlichkeit erforscht hat, die andere Teile seiner Dissertation auszeichnen. Wenn man indes diese Nachteile nicht allzu schwer gewichtet und zudem bereit ist, einige Einschätzungen Naumanns großzügig zu überlesen (etwa seine Behauptung über die "Wirkung" der Sendungen, S. 138: "Die Hirnschal-Briefe erweisen sich als einfühlsame Adressierung an Hörer, deren Stimmung und Haltung bereits eine Skepsis gegenüber der faschistischen Herrschaft einschloß - und sie unterstützten und erweiterten solche Skepsis oder Ablehnung in massiver Weise."), muß anerkannt werden, daß er die Kenntnis von diesem Programm der BBC durch seine Studie und zahlreiche Materialien entscheidend gefestigt hat. Schließlich steuert er damit auch einen begrüßenswerten Beitrag zur Erforschung eines Teiles des britischen Exilrundfunks bei.

#### Postscriptum:

Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, daß der Westdeutsche Rundfunk in seinem Dritten Hörfunkprogramm am 14. Dezember 1984 in der Zeit von 22.30 Uhr bis 23.00 Uhr (Reihe "Am Abend vorgestellt") einen Beitrag von Uwe Naumann über die "Hirnschal-Briefe" gesendet hat. Dieser Beitrag war insofern aufschlußreich, als er ein O-Ton-Dokument einer "Frau Wernicke"-Folge der BBC sowie - ebenfalls im O-Ton - Äußerungen von Robert Lucas zur Konzeption seiner "Hirnschal-Briefe" und zur Antizipation ihrer Wirkungen brachte.

Arnulf Kutsch

Sigfrid von Weiher: Männer der Funktechnik. 70 Lebenswerke deutscher Pioniere von Funk, Rundfunk und Fernsehen. Berlin/Offenbach: VDE-Verlag 1983, 224 Seiten

Das sechzigjährige Bestehen des deutschen Rundfunks war für Sigfrid von Weiher, den ehemaligen Leiter des Siemens-Archivs in München, der Anlaß, als Herausgeber und Autor zusammen mit 24 Co-Autoren die "70 Lebenswerke der namhaftesten deutschen

Pioniere" der Funktechnik "für die Nachwelt" (S. 10) zu dokumentieren. In alphabetischer Folge von Graf von Arco bis Zennek werden bekannte und weniger bekannte Funktechniker dargestellt. Mit diesem Buch soll "ein gut Teil Technikgeschichte der letzten hundert Jahre" (Klappentext) beschrieben werden. Aber das ist ein Anspruch, dem ein biographisches Sammelwerk wohl kaum genügen kann. Technikgeschichte umfaßt außer der Lebensgeschichte von Wissenschaftlern, Erfindern und Technikern die Ereignis- und Entwicklungsgeschichte der Erfindungen, die technische Beschreibung der Verfahren und Apparaturen, die Wirtschaftsgeschichte und die sozialen und politischen Einflüsse, die eine technische Entwicklung fördern oder behindern 1). In Weiher's Biographienband fehlen weitgehend die Hinweise auf ökonomische, soziale und politische Einflüsse, die auf die Entwicklungsgeschichte der damaligen technischen Neuerungen einwirkten, und die Beschränkung auf deutsche Pioniere führt zu einer isolierten Betrachtungsweise, die die Komplexität technikgeschichtlicher Vorgänge außer acht läßt. Die rein biographische Darstellung, das Aneinanderreihen von Personen in alphabetischer Folge ohne deren Zuordnung zu Teilgebieten der Funktechnik, ohne Unterscheidung zwischen naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung und technischer Umsetzung und Weiterentwicklung reduziert die "Lebenswerke" auf eine quantitative Darstellung von Lebensdaten und Erfindungen, auf das Aufzählen von Patenten und Veröffentlichungen. So wird die Arbeit des Funkpioniers Werner Buschbeck, der im Senderbau "zahlreiche technische Lösungen" (S. 44) fand, mit der Nennung einer Reihe von termini technici und "zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und 158 erteilten Patenten" (S. 45) beschrieben. Eine qualifizierte Bewertung der Pioniere, die eine Rangordnung der "Männer der Funktechnik" in ihrer Bedeutung für die Entwicklung des Funks ergeben hätte, wird von den Biographen nicht vorgenommen. Vermutlich liegt das auch daran, daß ein Drittel der Autoren wiederum selbst als Funkpioniere in diesem Werk aufgeführt werden, was eine qualitative Beurteilung der Erfinder und Techniker wohl erschwert.

Beispiele für die reduzierte Darstellungsweise der Funkpioniere sind die Vitae von Karl Ferdinand Braun und Adolf Slaby. Der Verfasser der Lebensbeschreibung von Braun, Herbert Goetzler, zeichnet im ersten Drittel der anderthalbseitigen Biographie den Lebensweg Brauns nach, wobei dem Autor wahrscheinlich ein Fehler unterlaufen ist. Goetzler behauptet, daß Braun 1877 außerordentlicher Professor für mathematische Physik an der Universität Würzburg gewesen sei; andere Biographen lassen Braun zur selben Zeit Professor in Marburg werden 2). Nach den Lebensdaten folgt die Aufzählung der wichtigsten Erfindungen Brauns, und beiläufig werden die Firmengründungen, an denen der Professor beteiligt war, genannt - außer der ersten von 1898, der "Funktelegraphie GmbH" in Köln. 1903 kam es zur Fusion der

---

1) Maurice Daumas: Technikgeschichte: ihr Gegenstand, ihre Grenzen, ihre Methoden, in: Moderne Technikgeschichte, hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup, Gütersloh 1975, S. 31.

2) Günther Hanns: Pioniere der Radiotechnik, Stuttgart 1926, S. 38. - Friedrich Kurylo: Ferdinand Braun. Leben und Wirken des Erfinders, München 1965, S. 66 ff. - Willy Möbus: Wegbereiter der Funktechnik, München 1951, S. 39.

beiden bedeutendsten Firmengruppen in Deutschland, die auf dem Gebiet der drahtlosen Telegraphie arbeiteten, der AEG Slaby Arco Gruppe und der "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie System Professor Braun und Siemens & Halske mbH". Dabei wird weder auf die Hintergründe hingewiesen, die zu dieser für die technische Entwicklungsgeschichte wichtigen Fusion führten, noch auf die Auseinandersetzung zwischen Slaby und Braun auf wirtschaftlichem und auf patentrechtlichem, wissenschaftlichem Gebiet eingegangen 3). Zumindest wäre hier ein Verweis auf die Biographie Adolf Slabys von Kurt Mauel in demselben Band angebracht gewesen, da Mauel wenigstens die ökonomische Bedeutung und die Einflußnahme Kaiser Wilhelms II. auf die konkurrierenden deutschen Unternehmen erwähnt, die 1903 zu ihrer Vereinigung in der neu gegründeten "Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH", später 'Telefunken' genannt, führte 4). Auch die Förderung der funktechnischen Entwicklung der drahtlosen Telegraphie durch das Militär halten die Autoren offenbar für nicht erwähnenswert. So wurde K.F. Braun durch das Heer und Slaby durch die Marine unterstützt, was die Konkurrenz zwischen den Waffengattungen Heer und Marine widerspiegelt. Welche Bedeutung die militärische Unterstützung für die technischen Entwicklungen hatte, scheint Sigfrid von Weiher zumindest zu ahnen, wenn er das Scheitern Christian Hülsmeyers beschreibt. Mit seinem Funkortungssystem, einem Vorläufer des Radars, konnte Hülsmeyer bei der Kaiserlichen Marine kein Interesse wecken und mußte seine Forschungen wegen Geldmangels einstellen (S. 84).

Eine Beurteilung der Erfinder, die deren technikgeschichtlichen Stellenwert deutlich macht, wird von den Autoren nicht vorgenommen, sie ist allenfalls implizit im Text z.B. über Slaby enthalten, der zwar als "hervorragender Lehrer und als ein ergänzender Experimentator" (S. 176) charakterisiert wird, dessen Erfindungen aber in nur zwei Sätzen abgehandelt werden. Zu einer deutlichen Bewertung der Arbeit Slabys, der "keine eigentlich grundlegenden Erfindungen gemacht" 5) hat, konnte Mauel sich nicht entschließen.

Die scheinbar "wertfreie" Darstellung der Funkpioniere reduziert die Verwendungsfähigkeit des Sammelbandes auf die eines Nachschlagewerkes für biographische Daten, die in dem Band bis hin zur Nennung der Eltern, Ehefrauen und Kinder ausführlich geschildert werden. Eine sinnvolle Benutzung des Buches als Nachschlagewerk setzte aber voraus, daß alle bedeutenden Funkpioniere darin enthalten wären. Um dies zu beurteilen, wäre es notwendig, die Auswahlkriterien für die Aufnahme von 70 Pionieren zu kennen. Leider bleibt Sigfrid von Weiher das dem Leser schuldig; allein die Verfügbarkeit der Lebensdaten wird als Kriterium erwähnt. Ist dies ein Indiz dafür, daß der Herausgeber auch eine mittelbare Beurteilung der Auswahlbedingungen durch den Rezipienten vermeiden wollte? Der Leser muß die Bedeutung dieser 70 Funkpioniere voraussetzen, da Weiher ihm keine Möglichkeit der

---

3) vgl. Kurylo, Braun, S. 192 ff.

4) vgl. Winfried B. Lerg: Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik. Rundfunk in Deutschland, Band 1, München 1980, S. 32/33.

5) Günther: Pioniere, S. 34.

Überprüfung gibt.

Ein anderes Einzelbeispiel ist der Unternehmer Siegmund Loewe, der als "Mann der Funktechnik" angeführt wird und durch seine Firmengründungen den Rundfunk und das Fernsehen gefördert hat. Mit welchen technischen Erfindungen er zu der Rundfunk- und Fernsehentwicklung beigetragen hat, ist nicht zu erkennen, da weder Patente noch Veröffentlichungen genannt werden. Trotzdem bezeichnet die Kurzbiographie ihn als einen bedeutenden Erfinder auf dem Gebiet der Funktechnik (S. 111/72). Es überrascht auch, Hans Bredow, dessen Lebensdaten bekanntlich gesichert sind, in einer Biographiensammlung über Männer der Funktechnik zu finden. Bredow, der für den Aufbau des deutschen Weltfunknetzes und die organisatorische Entwicklung des Rundfunks von überragender Bedeutung war, ist aber nun wirklich kein "Mann der Funktechnik" gewesen. Inwieweit er die technische Entwicklung gefördert hat, wird in seiner Biographie nicht dezidiert zum Ausdruck gebracht. In der Sammlung fehlen andere Funkpioniere, Techniker und Erfinder wie Arthur Wehnelt, der entscheidende Arbeiten auf dem Gebiet der Röhrentechnik geleistet hat, Ernst Ludwig Kramer, dessen Leistungen auf dem Gebiet der Funkortungstechnik zu nennen wären, Rudolf Goldschmidt, der mit seiner Hochfrequenzmaschine 1911 die erste drahtlose Telegraphieverbindung zwischen Amerika und Deutschland ermöglichte, und Rudolf Urtel, der sich um die theoretischen Grundlagen der Fernsehtechnik verdient gemacht hat 6). Waren sie nicht bedeutend genug, oder waren ihre Lebensdaten nicht gesichert?

Der Gebrauchswert des Bandes als Nachschlagewerk wird zudem durch den unterschiedlichen Umgang der 25 Autoren mit Verweisen auf wichtige Veröffentlichungen und Patente der Funkpioniere beeinträchtigt. Während ein Teil der Verfasser die Werkangaben in den Anmerkungen verzeichnet, erwähnen andere sie im Text oder verzichten ganz auf den Hinweis auf Patente oder Veröffentlichungen. Vollständig und einheitlich stellen die Autoren hingegen die biographischen Daten dar: die Lebensläufe, weniger die Lebenswerke.

Jürgen Overhoff

Österreichisches Dokumentationszentrum für Medien- und Kommunikationsforschung (Hrsg.), Bibliographie der österreichischen Literatur zur Massenkommunikation 1983 (Nachträge 1981, 1982), Wien: ADMAC 1984, 197 S. u. 55 ungezeichnete Seiten.

Zum dritten Mal erscheint nun diese Jahresbibliographie der österreichischen Literatur zur Massenkommunikation, diesmal ergänzt um Nachträge zu 1981 und 1982. Zwei weitere umfangreiche Bibliographien vervollständigen diese österreichische Literaturdokumentation für die Jahre 1945 bis 1980:

---

6) vgl. Günther: Pioniere S. 54; Möbus: Wegbereiter, S. 53, und Karl Steinbuch: Die informierte Gesellschaft, Stuttgart 1966, S. 141.

- a) Benno Signitzer (Projektleiter) et al., Bibliographie der österreichischen Literatur zur Massenkommunikation 1945 - 1975, Salzburg: Verlag Wolfgang Neugebauer 1978.
- b) Österreichisches Dokumentationszentrum für Medien- und Kommunikationsforschung (Hrsg.), Bibliographie der österreichischen Literatur zur Massenkommunikation 1976-1980, Wien: ADMAC 1984.

Zusammengenommen stellen diese fünf bibliographischen Nachschlagewerke eine beachtliche Leistung der österreichischen Kommunikationswissenschaft dar. Die nunmehr seit drei Jahren begonnene jährliche Literaturdokumentation ermöglicht es nicht nur österreichischen Fachinteressierten, sondern vor allem den ausländischen Interessenten, sich rasch einen Überblick über die einschlägigen Publikationen zur österreichischen Medienentwicklung und -forschung zu verschaffen. Diesem Zweck dient zudem eine verdienstvolle Einrichtung dieser Bibliographien, nämlich die Übersetzung der Literaturtitel und der ihnen beigefügten Annotationen in das Englische.

Die hier anzuzeigende, mittels EDV bearbeitete und auch ausgedruckte Jahresbibliographie umfaßt 943 alphabetisch nach den Autorennamen, nach Körperschaftsverfassern und nach Sachtiteln geordnete Literaturnennungen. Jeder aufgenommene Titel ist entweder durch eine Annotation oder wenigstens durch ein oder mehrere Schlagworte aufgeschlüsselt. Ein Register, das sowohl Schlagworte (systematische und geographische Begriffe) als auch Institutionen und behandelte Personen umfaßt, soll den systematischen Zugriff gewähren. Der Bibliographie vorangestellt ist ein Quellenverzeichnis, das Auskunft gibt über die ausgewerteten Periodika, Fachzeitschriften und Wochenzeitschriften sowie Tageszeitungen. Als Erleichterung für nicht-deutschsprachige Benutzer ist am Ende der Publikation ein "subject index" angefügt, der englischen Termini die deutschen Entsprechungen zuordnet und damit die Handhabung des Registers erleichtert.

Trotz des grundsätzlich positiven Eindrucks kann nicht verschwiegen werden, daß diese Bibliographie in mehrerlei Hinsicht ihre Tücken hat. Folgt man der Eigenanzeige der Publikation, so erfaßt sie "österreichische Veröffentlichungen - Monographien, Zeitschriftenbeiträge, wichtige Tageszeitungsartikel - zum Themenbereich der öffentlichen Kommunikation". Sieht man die Bibliographie jedoch durch, so stellt man schnell fest, daß sie auch Beiträge aus der Wochenpresse Österreichs (z.B. aus der Wiener Zeitschrift "Die Furchen") erfaßt, ferner Einzelaufsätze aus Sammelpublikationen, Hochschulschriften (Dissertationen, Diplomarbeiten), zudem auch ausländische (und hier besonders bundesdeutsche) Publikationen. Dies bestätigt auch die Durchsicht des erwähnten Quellenverzeichnisses, in welchem einige bundesdeutsche Periodika aufgeführt werden, unter ihnen die "Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte", deren Erscheinungsort indes rätselhafterweise nach Göttingen verlegt wird.

Überhaupt scheint dieses Quellenverzeichnis nicht recht zuverlässig zu sein. So finden dort verschiedene Periodika, etwa

"Archiv für Presserecht", "Brücke", "Montfort", "Neue Kronen Zeitung", "Papier- und Buchgewerberundschau", "Parnass", "Was" oder "Weg und Ziel" keine Erwähnung; gleichwohl werden in der Bibliographie Literaturtitel aus diesen Zeitschriften und Zeitungen aufgeführt. Auch das Selektionsprinzip des Quellenverzeichnisses will nicht recht einleuchten. So wird zwar die Kölner FUNK-Korrespondenz ausgewertet, nicht aber die Münchner "Fernseh-Informationen" oder die Frankfurter Korrespondenz epd Kirche und Rundfunk, wo regelmäßig auch über den österreichischen Rundfunk Beiträge erscheinen, beispielsweise für 1983: Nadine Hauer, Pilotprojekt im Dauerprüfstand. Österreich: es ist still geworden um das Satelliten-TV, in: Kirche und Rundfunk Jg. 1983, Nr. 40/41, S. 3-4; Nadine Hauer, Schein-Demokratie. Die Hörer- und Sehervvertretung im ORF, in: ebenda, Nr. 60. S. 7-8.

Ebenso mag das Auswahlprinzip der Titelaufnahme nicht ganz überzeugen. Man findet zwar beispielsweise zur Rundfunkgeschichte die Dissertation des Wiener Kollegen Theo Venus "Die Entstehung des Rundfunks in Österreich. Herkunft und Gründung eines Massenmediums" (Wien 1982) verzeichnet, nicht aber seinen Beitrag "Der Sender sei die Kanzel des Volkes. Zur sozial-demokratischen Rundfunkpolitik in der 1. Republik", in: Medien-Journal (Wien), 7. Jg. (1983), Nr. 1, S. 8-9. Dies ist beileibe kein Einzelfall, auch andere Beiträge sind nicht erfaßt, wie etwa der - zugegeben an versteckter Stelle erschienene - Aufsatz der Salzburger Kommunikationswissenschaftler Michael Schmolke/Benno Signitzer, Small is beautiful? Kommunikationspolitische Denkanstöße unter den Bedingungen kleiner Räume: Beispiel Österreich, in: Manfred Rühl/Heinz Werner Stuber (Hrsg.), Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger, Düsseldorf: Droste Verlag 1983, S. 301-314. Bedauerlich erscheint weiterhin, daß einige Angaben der Bibliographie unvollständig sind, vor allem fehlen bisweilen die Seitenangaben, was bei Aufsatzliteratur empfindlich stört, so bei den Titeln 65, 142, 652, 656, 716 - um nur einige Beispiele zu nennen.

Schließlich sei auf verschiedene Unstimmigkeiten im Register verwiesen, und zwar am Beispiel des Schlagwortes "Rundfunkgeschichte". Dort finden sich vier Titelnennungen, wobei allerdings drei Titel die Hörfunkgeschichte betreffen und einer sowohl Hörfunk als auch Fernsehen. Weiter weist das Register ein besonderes Schlagwort "Rundfunkgeschichte: 1918-1938" sowie ein zusätzliches Schlagwort "Hörfunk: Geschichte" mit je einer Titelnennung auf. Solche Systematik will nicht recht einleuchten und erleichtert nicht unbedingt die Benutzung. Es bleibt zu hoffen, daß derlei Unstimmigkeiten in einer ansonsten verdienstvollen und wichtigen Literaturübersicht bei der Bearbeitung der nächsten Jahresbände ausgemerzt werden.

Arnulf Kutsch

Tondokumente im Hörfunk-Archiv des Saarländischen Rundfunks.  
Reihe I, Tondokumente zur Zeitgeschichte. Band 2: 1954 bis 1955, herausgegeben von Frank Rainer Huck, bearbeitet von Walter Lonsdorf, Saarbrücken 1984, XII und 162 Seiten.

Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks. Schallarchiv Hamburg, Band 11 (Nachtrag): Tondokumente der Jahre 1961 und 1962, herausgegeben von Dietrich Lotichius, bearbeitet von Marion Hackel, Hamburg 1984, 11 und IV Seiten.

Wolfgang Adler: Schlagerchronik von 1897 bis 1944. Zeittypische Musik des deutschsprachigen Raums aus dem Bereich der Unterhaltung, Schall- und Notenarchiv des Senders Freies Berlin, Berlin 1983, 90 ungez. Seiten.

In den MITTEILUNGEN wurde in der Vergangenheit vielfach an die Aufgabe des Nachweises von Tondokumenten in den Schallarchiven der Rundfunkanstalten erinnert (vgl. z.B. 4/1978, S. 199-206 und 8/1982, S. 18-27). Vor mehr als einem Jahrzehnt, zum 1. Januar 1974, hatten die Intendanten der ARD-Anstalten "Richtlinien für die Dokumentation von Ton- und Bilddokumenten im Rundfunk" eingeführt und damit ausdrücklich über den Auftrag der Bereitstellung von Tonträgern für die laufende Programm-Produktion hinaus die Aufgabe des Nachweises dokumentationswürdiger Produktionen gestellt. Daß die Konsequenz einer entsprechenden personellen Ausstattung der Schallarchive zur Bewältigung der erweiterten Aufgabenstellung aber vielfach unzureichend oder überhaupt noch nicht gezogen wurde, ist ein unübersehbares Faktum. Um so erfreulicher ist die Erfahrung zu bewerten, daß die zentrale Dokumentationstätigkeit des Deutschen Rundfunkarchivs durch die Schallarchive der Anstalten dennoch fortlaufend unterstützt wird, dessen inzwischen auf 13 Bände angewachsene Reihe der "Bild- und Tonträger-Verzeichnisse" ein wichtiges Hilfsmittel für die Programm- wie für die wissenschaftliche Arbeit wurde. Daneben bleibt aber die Daueraufgabe aller Schallarchive, die für das jeweilige Sendegebiet und die spezifischen Programmleistungen einer jeden Anstalt repräsentativen älteren Tondokumente in eigenen Katalogveröffentlichungen bekanntzumachen. Nutznießer dieses Informationsdienstes ist nicht nur eine interessierte wissenschaftliche und publizistische Öffentlichkeit, sondern in erster Linie die Gemeinschaft aller an der Programmarbeit der Anstalten Mitwirkenden.

Nach dem Norddeutschen Rundfunk, dessen Kataloge der Wortaufnahmen seit 1972 erscheinen, nach der bislang leider nur einmaligen Veröffentlichung eines Katalogs durch das Schallarchiv des Westdeutschen Rundfunks im Jahre 1978 (vgl. MITTEILUNGEN 5/1979, S. 160 ff.) und nach dem Erscheinen eines Verzeichnisses von Tonträgern im Sender Freies Berlin im Jahre 1980 (7/1981, S. 185 f.) legt jetzt erstmals das Hörfunkarchiv des Saarländischen Rundfunks einen Katalog vor. Die Sichtung und dokumentarische Aufarbeitung der Tonbandbestände aus dem Dokumentationsbereich Wort von 1949 an war freilich nach den Mitteilungen des Herausgebers nur im Rahmen einer zudem zeitlich befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme möglich. Doch welche Schwierigkeiten im einzelnen auch immer zu überwinden sind, im Endeffekt zählt das Ergebnis. Das aber überzeugt im Falle des Saarbrücker Beispiels aus mehreren Gründen.

Bei der formalen Beschreibung der Tondokumente werden zusätzlich zur Angabe der Sprecher, der Sprechdauer bei gesonderter Angabe der Dauer der O-Töne, der Archivsignatur und des Titels regelmäßig auch der Aufnahmeort und, soweit zu ermitteln, auch das Sendedatum angegeben. Für den Benutzer von besonderem Wert sind Hinweise auf technische Besonderheiten einzelner Tonaufnahmen, so z.B. auf Tonstörungen oder -schwankungen. Die insgesamt 108 beschriebenen Dokumente werden in chronologischer Folge nach dem Aufnahmedatum geordnet abgedruckt; zu empfehlen wäre für künftige Bände eine fortlaufende Numerierung der beschriebenen Tondokumente. Die Inhalte der einzelnen Aufnahmen wurden mit besonderer Sorgfalt beschrieben; vielfach konnten sprechende Personen nachträglich identifiziert, Anlässe der Tonaufnahme exakt ermittelt werden. Zusätzlich zu den bislang bekannten Katalogen aus Schallarchiven deutscher Rundfunkanstalten fügte der Bearbeiter dieses Katalogs, Walter Lonsdorf, in einem besonderen Abschnitt Hinweise auf Fundstellen von Redetexten, Tagungsberichten etc. hinzu, so daß dieser Katalog in besonderer Weise Quellenkritischen Benutzungsinteressen entgegenkommt.

Inhaltlich haben die in dem ersten Katalog aus dem Schallarchiv des Saarländischen Rundfunks beschriebenen Dokumente aus den Jahren 1954 und 1955 besonderes Gewicht. Das ergibt sich aus der zentralen Bedeutung der Diskussion um die Zukunftsorientierung des Saarlandes, die schließlich im Referendum vom 23. Oktober 1955 zur Ablehnung des europäischen Statuts der Saar durch die saarländische Bevölkerung führte und die Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland einleitete. In zahlreichen Tonaufzeichnungen von Veranstaltungen der politischen Parteien, von Interviews und aktuellen Sendungen der Zeit spiegelt sich die Härte der damaligen Auseinandersetzung wieder. Besonderer Reiz gewinnt die in dem Katalog erschlossene Überlieferung durch eine Reihe von Tonaufzeichnungen aus Veranstaltungen der damaligen prodeutschen Oppositionsparteien, die offenbar nie gesendet wurden, deren Provenienz im übrigen noch nicht definitiv geklärt werden konnte. Zusammen mit den im Rahmen des aktuellen politischen Programms jener Jahre entstandenen Tonaufzeichnungen stellen die Aufnahmen eine wichtige primäre Quellenüberlieferung zur Zeitgeschichte des Saarlandes dar. Daß darüber hinaus die Europaidee im Verständnis der Zeit dokumentiert ist, daß vielfach deutsch-französische Beziehungen wie Vorgänge der französischen Innenpolitik in dem Saarbrückener Bestand akustischen Niederschlag gefunden haben, entspricht der Vorerwartung. Unerwartet hingegen ist die Information über eine Reihe von Sendungen der Jahre 1954 und 1955 über die politische Situation in deutschen Nachbarländern, insbesondere in Österreich, aber auch in der DDR. Ein gut gearbeiteter Index mit einem Sach- und einem Personenregister mit mehr als 200 Nennungen erschließt die Inhaltsbeschreibungen zusätzlich; dabei erweist sich die Unterscheidung von Personenangaben nach mit O-Ton dokumentierten bzw. nur erwähnten als hilfreich. In ähnlicher Dichte und Repräsentativität dürfte eine akustische Dokumentation zur Geschichte des Saarlandes in der Zeit des 2. Referendums von 1955 an keiner anderen Stelle überliefert sein.

Zu dem 1983 erschienenen Band 11 der "Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks" aus den Jahren 1961 und

1962 (s. MITTEILUNGEN 10/1984, S. 115 f.) legt Marion Hackel einen wichtigen Nachtrag vor. Dieser umfaßt 33 Katalognummern, darunter allein acht zum Thema "Sturmflut in Norddeutschland" im Jahre 1962. Unter den rundfunkgeschichtlich wichtigen Aufnahmen sind weitere aus Anlaß des Urteils des Bundesverfassungsgerichts im Fernsehstreit zwischen Bund und Ländern entstanden, u.a. ein Interview mit dem Intendanten des NDR, Walter Hilpert. Im Juli 1962 würdigte H.F.G. Starke in einem Nachruf Hilpert, bei dessen Trauerfeier u.a. Hans Bausch, Peter Blachstein und Ernst Schnabel sprachen. An dieser Stelle unerwartet ist der Nachweis der Rede H.F.G. Starkes zur Eröffnung des Deutschlandfunks. Der nachfolgende 12. Band, der die Tonaufzeichnungen der Jahre 1963 und 1964 dokumentieren wird, ist für Frühjahr 1985 angekündigt.

Schließlich ist an dieser Stelle noch auf die bereits 1983 vom Schall- und Notenarchiv des Senders Freies Berlin vorgelegte "Schlagerchronik von 1897 bis 1944" hinzuweisen. Sie stellt sich als ein aus der praktischen Arbeit im Schallarchiv entstandenes Hilfsmittel zur Beantwortung von Fragen nach in bestimmten Jahren populären Schlagern dar. Die Titel und Autoren-Namen wie die Namen der Komponisten wurden an Hand der gedruckten Noten überprüft, so daß insgesamt ein zwar auf das notwendigste beschränktes, aber zuverlässiges und insgesamt anregendes Hilfsmittel entstanden ist. Die Dokumentation, durch ein Komponistenregister und einen Index der Titel- und Textanfänge erschlossen, gibt über die Rundfunkarbeit hinaus auch für den an Film und Operette Interessierten wichtige Hinweise.

Mögen sich die Archivare und Dokumentare in den Schallarchiven aller Anstalten ermutigt fühlen, trotz der nicht immer besten Arbeitsvoraussetzungen weitere Bestandsbeschreibungen und Hilfsmittel vorzulegen. Nur auf diese Weise läßt sich längerfristig der Nutzen der Tagesarbeit sicherstellen.

F.P. Kahlenberg

# Aktuelle Medienliteratur

## Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1984/85

Umfassender Überblick über Organisation, Personal, Programm und Technik von Hörfunk und Fernsehen in Deutschland und Europa sowie eine Übersicht über das außereuropäische Rundfunksystem. Aktuelle Entwicklungen im Bereich der „Neuen Medien“ wie Bildschirmtext, Satellitenkommunikation und Kabelfernsehen werden vorgestellt, die Rundfunksysteme einzelner Länder in gesonderten Textbeiträgen diskutiert.

1984, 850 Seiten, DM 89,-

## Reihe: Studien zur Massenkommunikation

Band 11  
Will Teichert

### **Die Region als publizistische Aufgabe**

1982, 254 Seiten, DM 49,-

## Reihe: Forschungsberichte und Materialien

Band 4  
Wolfgang Hoffmann-Riem/Dieter  
Stammler/Martin Stock (Hrsg.)

### **Thesen zur Fortentwicklung des Rundfunksystems**

1983, 76 Seiten, DM 9,80

Band 5  
Horst Röper

### **Elektronische Berichterstattung**

1984<sup>2</sup>, 156 Seiten, DM 24,50

## Rundfunk und Fernsehen

Wissenschaftliche Vierteljahresschrift

Diskussionsforum für Kommunikationsforschung und Medienpraxis, das Fragen von Hörfunk, Fernsehen, Presse, Film und Neue Medien behandelt. Jahresumfang ca. 500 Seiten mit Aufsätzen, Berichten, Dokumenten, Diskussionsbeiträgen, Literaturübersicht und Chronik der Hörfunk- und Fernsehentwicklung.

1984 (32. Jg.), Einzelheft DM 24,-, Jahresabonnement DM 79,- (für Studenten DM 64,-)

## Reihe: Symposien

Symposion '82

### **Satelliten-Kommunikation Nationale Mediensysteme und internationale Kommunikationspolitik**

1983, 133 Seiten, DM 27,80

Symposion '83

### **Empirische Publikumsforschung: Fragen der Medienpraxis – Antworten der Medienwissenschaft**

1984, 112 Seiten, DM 29,80

Aus dem weiteren Verlagsprogramm:

### **Gerhard Maletzke Psychologie der Massenkommunikation**

Neuaufgabe 1978, 300 Seiten, DM 32,-

### **ARD Jahrbuch '84**

1984, 426 Seiten, DM 14,80

Fordern Sie unseren ausführlichen Verlagsprospekt an.

# Verlag Hans-Bredow-Institut

Bestellung/Auslieferung: VVA-Vereinigte Verlagsauslieferung GmbH  
Postfach 77 77 · 4830 Gütersloh 1